
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
6'79
Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen

Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 701 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/30/79

Archit. DDR, Berlin **28** (1979), Juni, **6**, S. 321–384
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Städtebau und Architektur im Bezirk Halle
Zur Grundlinie der städtebaulich-architektonischen Entwicklung im Bezirk Halle
Wohnungsbauprogramm des Bezirkes Halle
im Fünfjahrplan 1976 bis 1980
Halle – eine moderne Industriestadt
Ballungsgebiet Bitterfeld – Dessau – Wittenberg
Städtebauliche Entwicklung der Stadt Dessau
Aufgaben und Ergebnisse der Generalbebauungsplanung für die Kreisstädte im Bezirk Halle
Umgestaltung in der Altstadt von Quedlinburg
Rekonstruktion von innerstädtischen Bereichen im Bezirk Halle
Landschaftsgebiete und Erholungsbereiche im Bezirk Halle

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 2. April 1979
Illusdruckteil: 10. April 1979

Titelbild:

Modellfoto des 1. Preises im kombinatsinternen Wettbewerb für den gesellschaftlichen Hauptbereich im Neubaugebiet Berlin-Marzahn des VEB Ingenieurhochbau Berlin
Foto: Rolf Vetter, Berlin

Fotonachweis:

Helmut Lindemann, Friedrichroda (1); Klaus-Christian Eckert, Berlin (9); Zentralbild/Hesse (1); Deutsche Fotothek, Dresden/May (1); Büro des Stadtarchitekten Dresden (3); J. Pietsch, Dresden (1); Rolf Vetter, Berlin (16); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (1); Bernd Vento, Berlin (4)



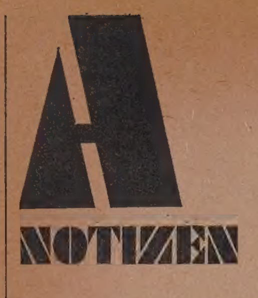
XXVIII. JAHRGANG · BERLIN · JUNI 1979

322	**Notizen**	red.
324	**Dresdens größtes Bauprogramm wird Realität**	Wolfgang Junker
329	**Berlin – Bauten für Gegenwart und Zukunft**	Gerhard Krenz
334	**Wettbewerb Berlin-Marzahn Gesellschaftlicher Hauptbereich**	
346	**Die Architektur am Weimarer Bauhaus (Zum 60. Jahrestag der Gründung des Bauhauses)**	Christian Schädlich
356	**Rationelles Bauen in hängigem Gelände**	Siegfried Kress
357	**Städtebaulich-funktionelle Probleme beim Bauen in hängigem Gelände**	Siegfried Kress
362	**Probleme des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus in hängigem Gelände**	Wolfgang Mehnert
364	**Entwicklungsprobleme der Technologie und des Tiefbaus des Wohnungsbaus in hängigem Gelände**	Wolfgang Heger
368	**Die Entwicklung der Freiflächen in hängigem Gelände**	Heidrun Günther
370	**Verkehrserschließung von Wohngebieten in hängigem Gelände**	Günter Arlt
372	**Zur Methodik der Analyse von Betriebsstandorten der produktiven Bereiche in vorhandenen Mischgebieten**	Gerhard Kirkamm
376	**Entwurfsstudie zur Rekonstruktion des Gutsparkes Mücheln**	Erich Taschner
378	**Wachsende Städte erfordern intensive Baulandnutzung**	
380	**Károly Kós**	Timon Kálmán
382	**Informationen**	

Herausgeber: **Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR**

Redaktion: **Prof. Dr. Gerhard Krenz**, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: **Erich Blocksdorf**



NOTIZEN

Zum Tag des Bauarbeiters 1979

Wie schon zu einer guten Tradition geworden, begehen die Bauschaffenden der DDR in der Mitte des Planjahres ihren Ehrentag, den Tag des Bauarbeiters 1979. Hinter ihnen liegen dann einige besonders schwere Monate des Ringens um die Aufholung jener Rückstände, die durch den langen und harten Winter verursacht wurden. Wenn es trotz dieser schwierigen Bedingungen auf den Baustellen gelang, Planqleichheit oder sogar einen Planvorsprung zu erzielen, so ist dies eine besonders hoch zu wertende Leistung und ein Ausdruck jener großen Initiativen, mit dem die Bauschaffenden dem 30. Jahrestag der DDR entgegengehen.

Gerade in diesem Jahr, in dem wir eine Generalbilanz über dreißig Jahre des Aufbaus unserer Republik ziehen können, werden auch die Leistungen der Architekten besonders zu würdigen sein, die mit ihren Werken das neue Antlitz unseres sozialistischen Landes gestalten. Ihr Schaffen hat zweifellos in den vergangenen drei Jahrzehnten wesentlich zur Verbesserung des Lebens, zur Herausbildung eines neuen, mit den sozialen, ökonomischen und kulturellen Leistungen unseres Volkes verbundenen Lebensgefühls beigetragen.

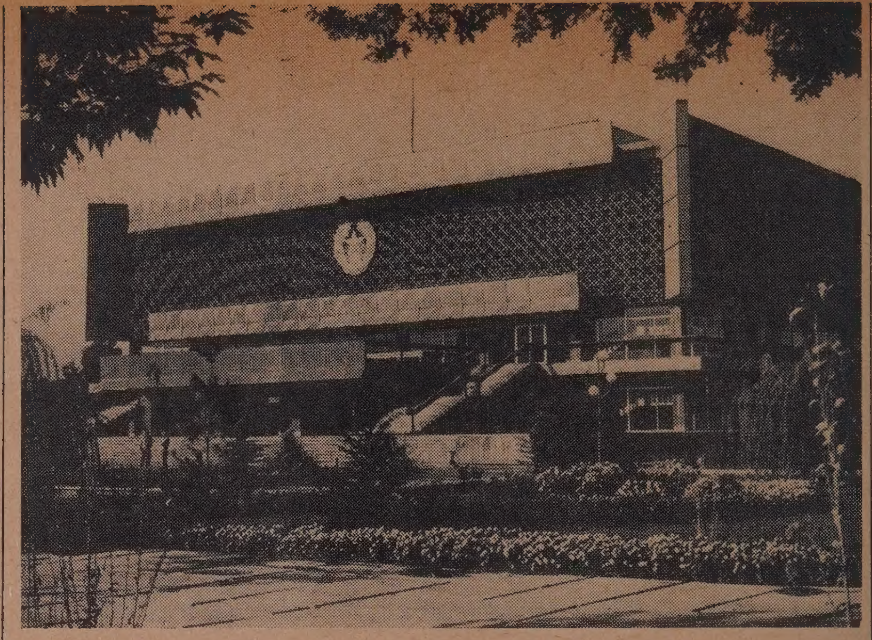
Das Bild von der DDR, wie es sich für Gäste und Besucher aus anderen Ländern darstellt, ist heute nicht von den bedeutenden Aufbauleistungen, von der Wirkung unserer Architektur zu trennen.

Die neugestalteten Bereiche und das wiederaufgebaute architektonische Erbe in unseren Städten sind ebenso wie die modernen Anlagen der Industrie und Landwirtschaft sichtbarer Ausdruck der Fortschritte bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Besonders aber der soziale Charakter des Wohnungsbauprogramms der DDR und die dynamische Entwicklung unseres Wohnungsbaus, durch die seit dem VIII. Parteitag der SED die Wohnverhältnisse für Millionen Bürger unserer Republik verbessert wurden, finden auch international starke Beachtung. Dabei wird gerade manches, was für uns schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist, zum Beispiel, daß wir gute Wohnungen mit außergewöhnlich niedrigen und für jeden erschwinglichen Mieten bauen, oder daß in den Wohngebieten das meiste an gesellschaftlichen Einrichtungen für die Kinder und Jugendlichen gebaut wird, mit besonderem Interesse vermerkt.

Zu diesen echten Errungenschaften unserer Gesellschaft gehört aber auch die von gegenseitiger Achtung getragene Gemeinschaftsarbeit aller Bauschaffenden, das gemeinsame Verantwortungsbewußtsein von Bauarbeitern, Architekten, Bauingenieuren und Bauwissenschaftlern für ein an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Bauen.

Heute, wo es mehr denn je darum geht, wachsende Bauaufgaben mit hoher Effektivität und Qualität zu lösen, ist dieses Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für das Ergebnis von entscheidender Bedeutung. Wenn jeder über den eigenen Arbeitsprozeß hinaus das Ganze sieht, wenn der Architekt die Anwendung rationeller Technologien bewußt fördert, und der Technologe aktiv hilft, der architektonischen Gestaltung neue Möglichkeiten zu erschließen, wird es Fortschritte auf dem Wege geben, unsere Republik immer schöner und wohnlicher zu gestalten.

In diesem Sinne möchten wir allen Bauschaffenden und besonders unseren Lesern zum Tag des Bauarbeiters herzliche Glückwünsche für ein erfolgreiches Schaffen bei der Lösung der vor uns stehenden großen Bauaufgaben übermitteln. Red.



Haus der polytechnischen Bildung in Duschanbe. Architekten: E. Ersowski, J. Parchow

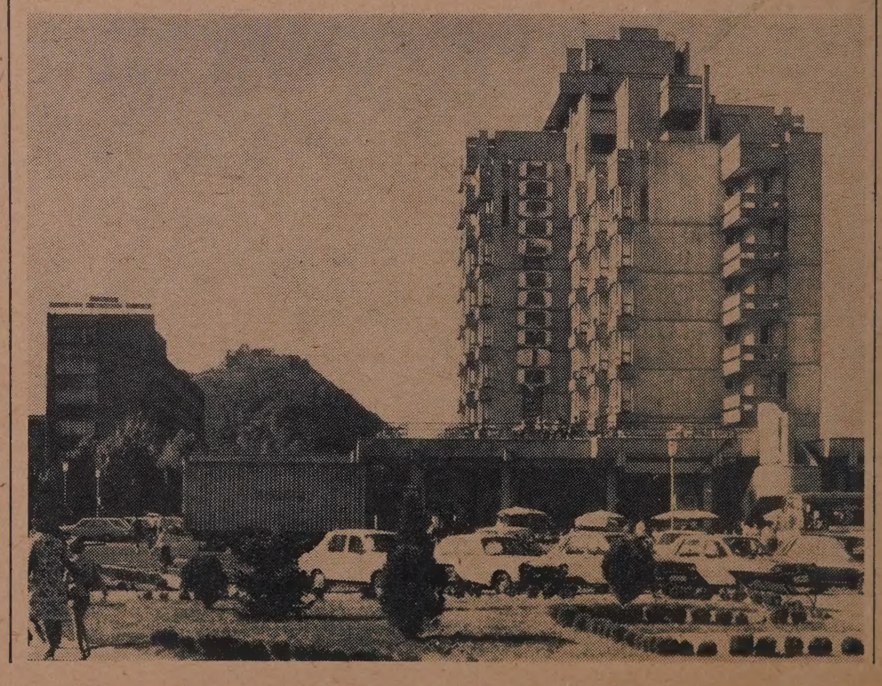
Leistungsschau des Bauwesens

Vom 27. März bis zum 5. April 1979 fand die Bauausstellung '79 der Neuerer und Rationalisatoren in Dresden statt. Sie war ein wichtiger Beitrag im Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages der Gründung der DDR. Die auf der Ausstellung gezeigten Arbeiten waren darauf gerichtet, die Intensivierung zu vertiefen und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen. Durch die Anwendung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, den Hauptweg der Intensivierung, wurden von 1976 bis 1978 etwa 78 Prozent des Leistungszuwachses realisiert.
Die in diesem Zeitraum erreichte Arbeitszeiteinsparung in Höhe von rund 210 Millionen Stunden entspricht dem jährlichen Arbeitsvermögen von 30 000 Arbeitskräften. Bei verringerter Materialkostenintensität konnte der spezifische Verbrauch von Walzstahl um 159 000 Tonnen, von Zement um 537 900 Tonnen und von Schnittholz um 123 000 Kubikmeter gesenkt werden. Die Arbeit der Neuerer hat sich immer mehr zu einem wesentlichen Faktor der Leistungssteigerung im Bauwesen entwickelt.
Die Einsparung von Selbstkosten lag 1978 mit 305 Millionen Mark um 9,6 Prozent höher als im Vorjahr. Weiterhin wurden im vergangenen Jahr gegenüber 1977 Material im Werte von 113 Millionen Mark eingespart. Die Arbeitszeiteinsparung aus der Neuererbewegung betrug über 16,5 Millionen Stunden.



oben: Rekonstruierte Karlstraße in Eisenach

Hotelneubau in Deva (SR Rumänien)



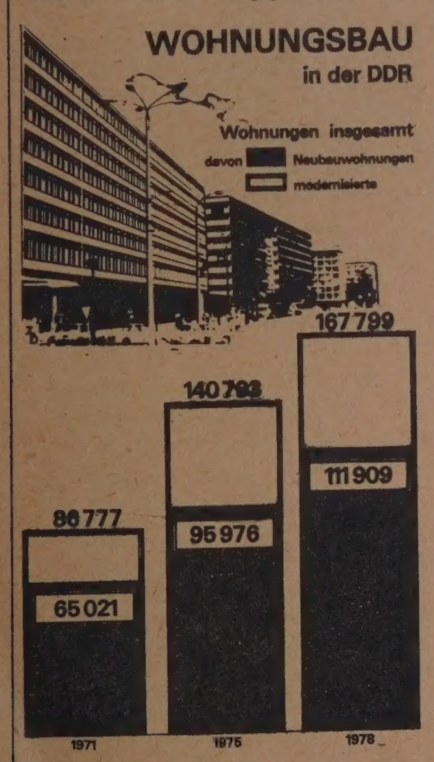
Plattenwerke für den Wohnungsbau der DDR

In Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms sind in der DDR bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen zu bauen oder zu modernisieren. Dazu werden mehr als 200 Milliarden Mark unseres Nationaleinkommens eingesetzt. Eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms ist die planmäßige Erweiterung der bestehenden Vorfertigungskapazitäten für den industriellen Wohnungsbau durch Neubau von Plattenwerken und Ergänzung vorhandener Werke durch technologische Linien mit den für den Produktionsprozeß erforderlichen Haupt- und Nebenanlagen. Im Zeitraum von 1978 bis 1980 trägt der VEB Kombinat Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinen die Verantwortung für die maschinentechnische Ausrüstung von fünf fertigzustellenden Plattenwerken – drei aus der Produktion der DDR und zwei aus der Sowjetunion importierte Werke. Darüber hinaus sind im gleichen Zeitraum elf technologische Linien zu errichten und in Betrieb zu nehmen. Davon fünf aus der Produktion der UdSSR. Mit dem Aufbau dieser Werke und Linien erhalten die Vorfertigungsbetriebe des Bauwesens Anlagen und Ausrüstungen zur Produktion von rund 25 000 Wohnungen je Jahr.

Der Import der Plattenwerke und technologischen Linien aus der UdSSR erfolgt auf der Grundlage eines im Jahre 1976 abgeschlossenen Regierungsabkommens. Sowjetische Betriebe übernehmen dabei unter anderem die Projektierung der Plattenwerke und technologischen Linien, sie liefern auch technologische Ausrüstungen. Die Plattenwerke werden Bauelemente fertigen, die auf der in der DDR entwickelten Wohnungsbauserie 70 basieren. Bei der Verwirklichung dieses Vorhabens arbeiten das Projektierungsinstitut Giprostroimasch in Moskau, das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR und der VEB Betonprojekt Dessau zum beiderseitigen Vorteil eng zusammen.

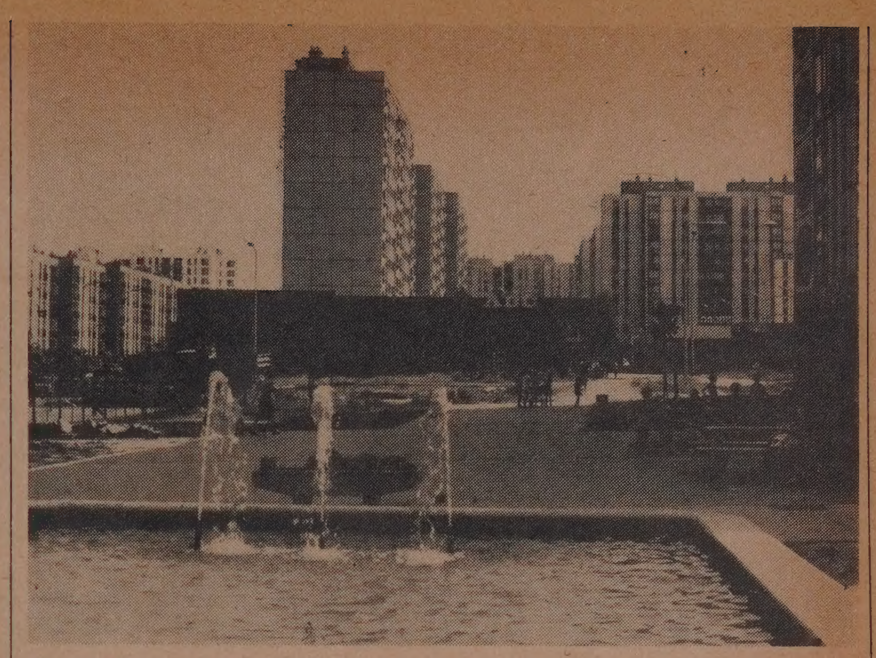
Zwei Plattenwerke aus der eigenen Produktion, die Plattenwerke in Leipzig und Stendal, produzieren seit 1977 beziehungsweise 1978 mit voller Leistung für den Wohnungsbau. Das dritte Plattenwerk im Zentrum des Schwermaschinenbaus in Magdeburg wird dieses Jahr in Betrieb genommen.

Am 31. August 1978 nahm das erste aus der Sowjetunion importierte Plattenwerk in Bautzen nach erfolgreichem Probelauf den Dauerbetrieb auf. Ein Plattenwerk in Zwickau wird gegenwärtig montiert.



Leichtes Montagedach

Ein Schnellbau-Montagedach, das hohe Festigkeit, starke Belastbarkeit bei geringem Materialaufwand und Masse in sich vereint, ist im Baukombinat Modernisierung Berlin entwickelt worden. Die neuartige Metalleichtbaukonstruktion übernimmt Tragfunktionen und die Dachabdichtung zugleich. Jedes Dachsegment mit 50 Quadratmeter Fläche hat nur eine Masse von 1,2 Tonnen und ist damit um 40 bis 50 Prozent leichter als übliche Abdeckungen. Es überbrückt 18 Meter ohne Zwischenträger, ist brandsicher und kann mit relativ kleinen Hebezeugen montiert werden.



Blick in das Zentrum des neuen Wohngebietes „Gartenstadt" in Pecs

Wohnungsbauprogramm für Ungarn

Im März dieses Jahres wurde vom Ministerrat der Ungarischen Volksrepublik ein neues Wohnungsbauprogramm für den Zeitraum bis 1990 bestätigt. Es sieht die Errichtung von 1,2 Millionen Neubauwohnungen und umfangreiche Rekonstruktionen an erhaltenswerten Wohnbauten vor und erfordert rund 1000 Milliarden Forint. Mit dem ersten Wohnungsbauprogramm wurden zwischen 1960 und 1975 bereits 1 050 000 Wohnungen in der UVR geschaffen. Zu einem wichtigen Gesichtspunkt des neuen Wohnungsbauprogramms zählt vor allem, daß in der Hauptstadt Budapest besonders viele Neubauten (25 Prozent des gesamten Zuwachses der UVR) entstehen sollen, da der Wohnraummangel hier spürbarer ist als in anderen Landesteilen. Der staatliche Wohnungsbau wird anteilmäßig auf 30 Prozent erhöht, besonders gefördert wird der genossenschaftliche Zusammenschluß zum Bau von Eigentumswohnungen und der Eigenheimbau auf dem Lande. Auch der Rekonstruktion von gut erhaltener Wohnbausubstanz wird große Bedeutung beigemessen: Insgesamt sollen rund 340 000 Wohnungen modernisiert und instand gesetzt werden. Neue rationelle Lösungen für die Rekonstruktion, Modernisierung und Werterhaltung sollen zeit- und aufwandssparend sein und eine hohe gestalterische und funktionelle Qualität der Wohnungen ermöglichen. Bereits dieses Jahr wird beispielsweise mit dem Einbau von sechs unterschiedlichen Sanitärzellen begonnen.

Wärmeschutz in Schweden

Die schwedische Regierung hat bereits im Jahr 1975 beschlossen, den gesamten Energieverbrauch des Landes bis 1985 jährlich nur noch um zwei Prozent und ab 1990 überhaupt nicht mehr steigen zu lassen.

Da der Industrie und dem Verkehr weiterhin eine Zuwachsrate von zwei Prozent zugebilligt werden, müssen auf dem Bereich der Raumheizung (bisheriger Anteil des gesamten Energieverbrauchs: 40 Prozent) besonders große Einsparungen erfolgen. Ab 1977 trat eine Verordnung in Kraft, die den Mindestwärmeschutz, die Luftdichtheit und die künstliche Belüftung für Neubau und Modernisierung von Gebäuden regelt.

Für Südschweden werden unter anderem folgende maximale k-Werte (Wärmedurchgangswerte) vorgeschrieben:

Außenmauern	0,3 W/m². K
Dächer	0,2 W/m². K
Fußboden	
(Decken gegen Keller oder Erde)	0,3 W/m². K
Fenster mit Rahmen	2,0 W/m². K
Außentüren (ohne Verglasung)	1,0 W/m². K

Um diese Vorschriften für uns vergleichbar zu machen:

In TGL 28706/01 wird für Fenster ein k-Wert von maximal 3,25 W/m². K gefordert. Die minimalen Wärmedurchlaßwiderstände R_0 (die in der DDR für die Berechnung der Wärmedämmung dienen) können annähernd mit dem reziproken k-Wert angenommen werden.

Der schwedische Bauforschungsrat hat festgestellt, daß die Energieverluste durch unzureichend wärmegedämmte Fenster fast genausogroß sind wie die durch die Außenwände, obwohl in Schweden der Anteil der Fenster an der Außenwand von Wohngebäuden unter fünfzehn Prozent liegt.

Es ist von schwedischen Fachleuten festgestellt worden, daß die Verringerung des Fensterflächenanteils das wirksamste Verfahren ist, Energieverluste zu reduzieren. Auch die Fugendichtheit von Fenstern wird in Zukunft stärker berücksichtigt.

Bauhaus-Ausstellung in Dessau

Im Wissenschaftlich-kulturellen Zentrum Bauhaus Dessau findet in der Zeit vom 2. 6. bis 1. 7. 1979 die Ausstellung „Bauhaus und tschechischer Funktionalismus – Architektur, Möbel, Polygraphie 1920 bis 1940" statt. Die Ausstellung wird vom Wissenschaftlich-kulturellen Zentrum Bauhaus Dessau in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Informationszentrum der ČSSR in Berlin und dem Kunstgewerbemuseum Prag veranstaltet.

Die Ausstellung wurde bereits 1978 in Prag und Brno mit großem Erfolg gezeigt.

Sie ist zugleich ein Beitrag zum 60. Jahrestag der Gründung des Bauhauses in Weimar.

Spekulation im „sozialen" Wohnungsbau

Spekulanten nutzen die staatlich geförderte Privatisierungs- und Modernisierungswelle zu Milliardengewinnen, stellte der Deutsche Mieterbund (BRD) fest.

Nicht nur, daß viele Käufer von Sozialwohnungen gesetzliche Bestimmungen mißachten und versuchen, die Mieter auf die Straße zu setzen, es können auf diesem Sektor Riesengewinne erzielt werden. Hier vier Beispiele:

In Essen versucht eine ehemalige Bergwerksgesellschaft, 240 Sozialwohnungen mit einem Reingewinn von acht Millionen Mark an die Mieter zu verkaufen.

In Hamburg brachte es eine Gesellschaft bei der Umwandlung von 40 Sozialwohnungen, gemessen am investierten Eigenkapital, auf einen Gewinn von fünftausend (!) Prozent.

In Bonn versucht eine Gesellschaft, 400 Bundesbediensteten-Wohnungen umzuwandeln und mit Riesengewinn zu verkaufen.

In einem Kölner Vorort will eine Wiesbadener Gesellschaft 140 Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln und für 1400 DM/m² verkaufen (Erstellungspreis 500 DM/m²).

Dresdens größtes Bauprogramm wird Realität



Aus dem Referat von Genossen Wolfgang Junker, Minister für Bauwesen

Am 26. 3. 1979 wurde auf einer Bezirksparteiaktivtagung über das Wohnungsbauprogramm in Dresden bis 1990 beraten. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus dem dort vom Mitglied des ZK der SED und Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, gehaltenen Referat, in dem er auch auf grundsätzliche Fragen der Entwicklung des Wohnungsbauprogramms in der DDR einging. red.



Mir ist die verpflichtende Aufgabe gestellt, über den Beschluß des Politbüros vom 7. November 1978 zur weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms in der Stadt Dresden im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 und bis 1990 zu sprechen. Bekanntlich wurde im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK hervorgehoben, daß mit diesem Beschluß, einschließlich der bereits beschlossenen Maßnahmen zum fortschreitenden Wiederaufbau weltbekannter kulturhistorischer Bauten im Stadtzentrum, eine klare und komplexe Konzeption für die sozialistische Ausgestaltung eurer Bezirksstadt gegeben ist, die zugleich alle wichtigen Maßnahmen für ihre effektivste Realisierung beinhaltet.

Das Zentralkomitee unserer Partei konnte auf seiner 9. Tagung erneut eine eindrucksvolle Bilanz über das seit dem IX. Parteitag Erreichte ziehen. Dabei ist unverkennbar: Die erzielten Fortschritte bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande wurden maßgeblich durch die konstruktive und unbeirrbare Friedenspolitik unserer Partei- und Staatsführung im engsten Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bewirkt. Damit untrennbar verbunden hat sich der bewährte Kurs der Hauptaufgabe in seiner Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als eine große mobilisierende Kraft erwiesen. Es entspricht deshalb zutiefst den Lebensinteressen unseres Volkes, wenn die 9. ZK-Tagung so nachdrücklich bekräftigte, auch unter den verschärften äußeren Bedingungen diese Politik konsequent fortzusetzen.

Es zeugt von hohem politischem Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen eures Bezirkes, wenn auch in Vorbereitung auf diese Bezirksparteiaktivtagung wiederum zahlreiche neue Initiativen und Verpflichtungen zur Erfüllung und Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1979 übernommen wur-

Kulturhistorisch bedeutende Ensembles des Stadtzentrums von Dresden mit der Brühlschen Terrasse und der Semper-Oper werden schrittweise wiederaufgebaut und rekonstruiert.



Von 1976 bis 1990 sollen in Dresden rund 90 000 Wohnungen neugebaut und mehr als 30 000 Wohnungen modernisiert werden

den. Mit Freude können wir feststellen, daß sich die Brigaden Zschaler, Strehlow, Kutschke, Deutschmann aus dem BKD, Kollektive aus dem VTK, dem IHK und anderen Betrieben die Aufgabe stellen, bis zum 1. Mai einen Tag Planvorsprung zu erreichen.

Das bestärkt uns in der Gewißheit, daß wir auch im Kampf um die Erfüllung des Planes 1979 voll und ganz auf die Einsatzbereitschaft, die Tatkraft und das Vertrauen der Werktätigen des Bezirkes Dresden rechnen können. Ich bin beauftragt, euch dafür im Namen des Zentralkomitees und seines Generalsekretärs, Genossen Erich Honecker persönlich, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Eindrucksvolle Bilanz der bisherigen Entwicklung

Das Wohnungsbauprogramm als Kernstück der Sozialpolitik unserer Partei wird weiter mit hoher Dynamik verwirklicht. Konsequent hält unsere Partei an ihrem erklärten Ziel fest, die Wohnungsfrage als soziales Problem Schritt für Schritt bis 1990 zu lösen. Diesem Grundanliegen widmen unsere Parteiführung und Genosse Erich Honecker persönlich ständig größte Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang ist interessant zu wissen, welche Ausgangsposition wir haben. Das spielt gerade gegenwärtig in Vorbereitung der Kommunalwahlen vielfach in den Wählergesprächen eine wichtige Rolle. Als auf dem VIII. Parteitag im Jahre 1971 die Analyse des vorhandenen Wohnungsbestandes in der DDR vorgelegt wurde, gingen wir von rund 6,2 Millionen Wohnungen aus, wobei die damalige Anzahl von Haushalten rund 6,6 Millionen betrug. Inzwischen sind fast soviel Wohnungen wie Haushalte vorhanden, wobei jedoch die territorialen Unterschiede noch nicht völlig beseitigt werden konnten. Dennoch ist ohne Zweifel ein gewaltiger Forschritt zur Lösung der Wohnungsfrage erreicht worden, den wir nirgends zerreden lassen dürfen, ein Erfolg, den auch unsere Feinde anerkennen müssen.

Wir übersehen dabei keineswegs, daß noch viel zu tun bleibt, um für alle Bürger gute Wohnverhältnisse zu schaffen. Und unser zu lösendes Hauptproblem besteht vor allem in der Verbesserung der Qualität des Wohnungsbestandes. Aber ebenso wahr ist, daß heute dafür eine bedeutend bessere Ausgangsposition besteht als zu Beginn unseres Wohnungsbauprogramms. Das betrifft ebenso die materiell-technischen Voraussetzungen für den Wohnungsbau. Dafür sind allein in den Jahren 1971 bis 1978 über acht Milliarden Mark im Bauwesen und in Zulieferzweigen der Industrie investiert worden.

Der gegenwärtige Erfüllungsstand von 1971 bis zum 28. Februar 1979 zeigt, daß rund 1,1 Millionen Wohnungen, davon 722 000 Neubauwohnungen, das heißt insgesamt 150 000 mehr als geplant, der Bevölkerung übergeben wurden. Somit sind in rund sieben Jahren für 3,3 Millionen Bürger gute Wohnbedingungen geschaffen worden.

Es zeigt sich deutlich, daß die gestellten Ziele unseres Wohnungsbauprogramms real und erfüllbar sind. Mit dem Neubau und der Modernisierung von rund 40 000 Wohnungen im Zeitraum von 1971 bis 28. Februar 1979 wurde in der Stadt Dresden ein beachtliches Ergebnis erzielt. Die Wohnverhältnisse von etwa 120 000 Dresdner Bürgern haben sich spürbar verbessert. Damit und durch die Errichtung von 10 000 Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen, 900 Unterrichtsräumen, 20 Kaufhallen und weiteren Gemeinschaftseinrichtungen sowie mit der Eröffnung des neuen CENTRUM-Warenhauses haben sich die Lebensbedingungen der Dresdner Bevölkerung weiter zum Guten gewandelt.

Im Schlußwort auf der 9. Tagung des ZK hat Genosse Erich Honecker festgestellt: „Mehr denn je kommt es darauf an, mit den verfügbaren und geplanten Mitteln, durch strikte Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative möglichst viele gute Wohnungen zu schaffen, insbesondere durch Neubau." Davon ausgehend, ist die Führungstätigkeit der Parteiorganisationen im Bezirk Dresden vor allem auf folgende Schwerpunkte zu konzentrieren:

Erstens kommt es darauf an, weiterhin die Befriedigung der dringendsten Wohnbedürfnisse, insbesondere für Arbeiter- und kinderreiche Familien sowie für junge Ehepaare, bei der künftigen Durchführung des Wohnungsbauprogramms in den Vordergrund zu stellen. Nach wie vor ist dafür die Sicherung eines dynamischen Leistungszuwachses im Wohnungsneubau eine unerläßliche Voraussetzung, insbesondere, um in den nächsten vier bis fünf Jahren zu erreichen, daß alle Haushalte in eurer Stadt über eine eigene annehmbare Wohnung verfügen bzw. junge Ehepaare kurzfristig eine solche erhalten.

Zweitens gilt es, durch strikte Wahrung der Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung zu gewährleisten, daß mit



Wohnterrassen im Wohngebiet Dresden-Prohlis

den verfügbaren Mitteln die größtmöglichsten Effekte für die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bürger entstehen. Dazu gehört auch, übertriebenen Aufwand zu vermeiden.

Drittens ist es erforderlich, den Kampf um hohe Qualität im komplexen Wohnungsbau bei strikter Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative und -richtwerte mit aller Entschiedenheit, bereits beginnend in der städtebaulichen Planung und Projektierung über die Vorfertigung bis zur Bauausführung und Freiflächengestaltung, zu führen.

Viertens ist für die zuverlässige Lösung der Wohnungsfrage im vorgesehenen Zeitraum sehr bedeutsam, wie die weitere effektivste Durchführung der dazu geplanten Baumaßnahmen noch enger mit einer sinnvollen Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes verbunden wird. Es lohnt sich, einen zweckmäßigen, unseren sozialpolitischen Aspekten dienlichen Wohnungstausch verstärkt zu unterstützen.

Die wichtigsten Ziele und Aufgaben für 1981 bis 1985 und bis 1990

Es ist von großem Vorteil, daß im Beschluß des Politbüros die hauptsächlichen Ziele und Aufgaben konkret vorgegeben wurden. Das ermöglicht, vor allem die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung und Planwirtschaft immer wirkungsvoller zu nutzen und gibt allen daran Beteiligten eine klare und begeisternde Perspektive. So sind im Zeitraum 1976 bis 1990 in der Stadt Dresden rund 120 000 bis 124 000 Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren. Darunter befinden sich rund 90 000 Neubauwohnungen. Unter Einbeziehung der im Fünfjahrplan 1971 bis 1975 realisierten Aufgaben verbessern sich damit innerhalb von 20 Jahren die Wohnverhältnisse von etwa 400 000 Bürgern eurer Bezirksstadt.

Die Gesamtzielstellung ist darauf gerichtet, daß bis zum Jahre 1990 in der Stadt Dresden rund 80 Prozent aller Wohnungen nach dem VIII. Parteitag neu gebaut, modernisiert und instand gesetzt sind, jede Familie bzw. Haushalt über eine eigene Wohnung verfügt, etwa 60 Prozent der Wohnungen mit Zentralheizung und alle übrigen Wohnungen mit modernen Etagen- bzw. Ofenheizungen ausgestattet sind und auch in den bestehenbleibenden Altbauwohnungen die sanitärtechnische Ausstattung entscheidend verbessert wird.

Das Politbüro geht in seinem Beschluß zugleich davon aus, daß diese Zielstellung für die Bezirksstadt im engen Zusammenhang mit den zu lösenden Wohnungsproblemen in den unmittelbar angrenzenden Kreisen Dresden-Land, Meißen, Freital und Pirna steht. Dort sind im Zeitraum 1976 bis 1990 insgesamt 48 000 bis 50 000 Wohnungen neu zu bauen bzw. zu modernisieren. Dabei gilt es von vornherein, die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der Bezirksstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung zu berücksichtigen.

Für die Verwirklichung dieser langfristigen Konzeption rückt jetzt immer stärker in den Vordergrund, die Aufgabenstellung für das kommende Planjahrfünft 1981 bis 1985 gründlich vorzubereiten und sicher zu machen. Das betrifft in der Stadt Dresden insgesamt 39 000 Wohnungen, darunter 28 000 bis 30 000 Neubauwohnungen einschließlich der dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen. Die Steigerung gegenüber dem Fünfjahrplan 1976 bis 1980 beträgt 157 Prozent.

Die Schwerpunkte für den Wohnungsbau in den nächsten Jahren bleiben die Wohnkomplexe Prohlis, Gorbitz, Reicker Straße, Altfranken und die Kohlenstraße.

Allein in Gorbitz werden nach der Fertigstellung im Jahre 1984 über 40 000 Menschen wohnen. Darüber hinaus wird ein weiterer großer Wohnungsneubaustandort im Nordosten der Stadt, in Dresden-Langebrück, für rund 75 000 Bürger vorbereitet. Zugleich geht es in allen Kreisen auch darum, den Eigenheimbau verstärkt zu entwickeln und dafür geeignete Standorte mit günstigem Erschließungsaufwand vorzubereiten.

Aus der dargelegten Zielstellung bis 1990 wird klar sichtbar, daß die Modernisierung, Rekonstruktion und Erhaltung von Altbauwohngebieten bzw. von Wohnungen große und stark wachsende Bedeutung erlangt. Bereits in den Jahren 1981 bis 1985 sind in der Bezirksstadt rund 11 000 Wohnungen zu modernisieren. Der Schwerpunkt liegt dabei immer in den zu rekonstruierenden Altbaugebieten, wo die Verbesserung der Wohnverhältnisse am dringlichsten ist. Auch hierbei wird eine konzentrierte Vorbereitung und Baudurchführung nach einer fundierten langfristigen Rang- und Reihenfolge unerläßlich.

Außerdem ist die entschiedene Erweiterung der Baureparaturleistungen ein erstrangiges Anliegen des Beschlusses. Rechnen wir doch damit, daß im Zeitraum 1981 bis 1985 rund 80 000 Wohnungen laufend instand gehalten werden müssen bzw. kleinere Baureparaturen durchzuführen sind. Konsequent gilt es, den vorgeschlagenen Weg zum Aufbau von Reparaturschnelldiensten und zur Leistungserhöhung der Reparaturkapazitäten bei der KWV fortzusetzen.

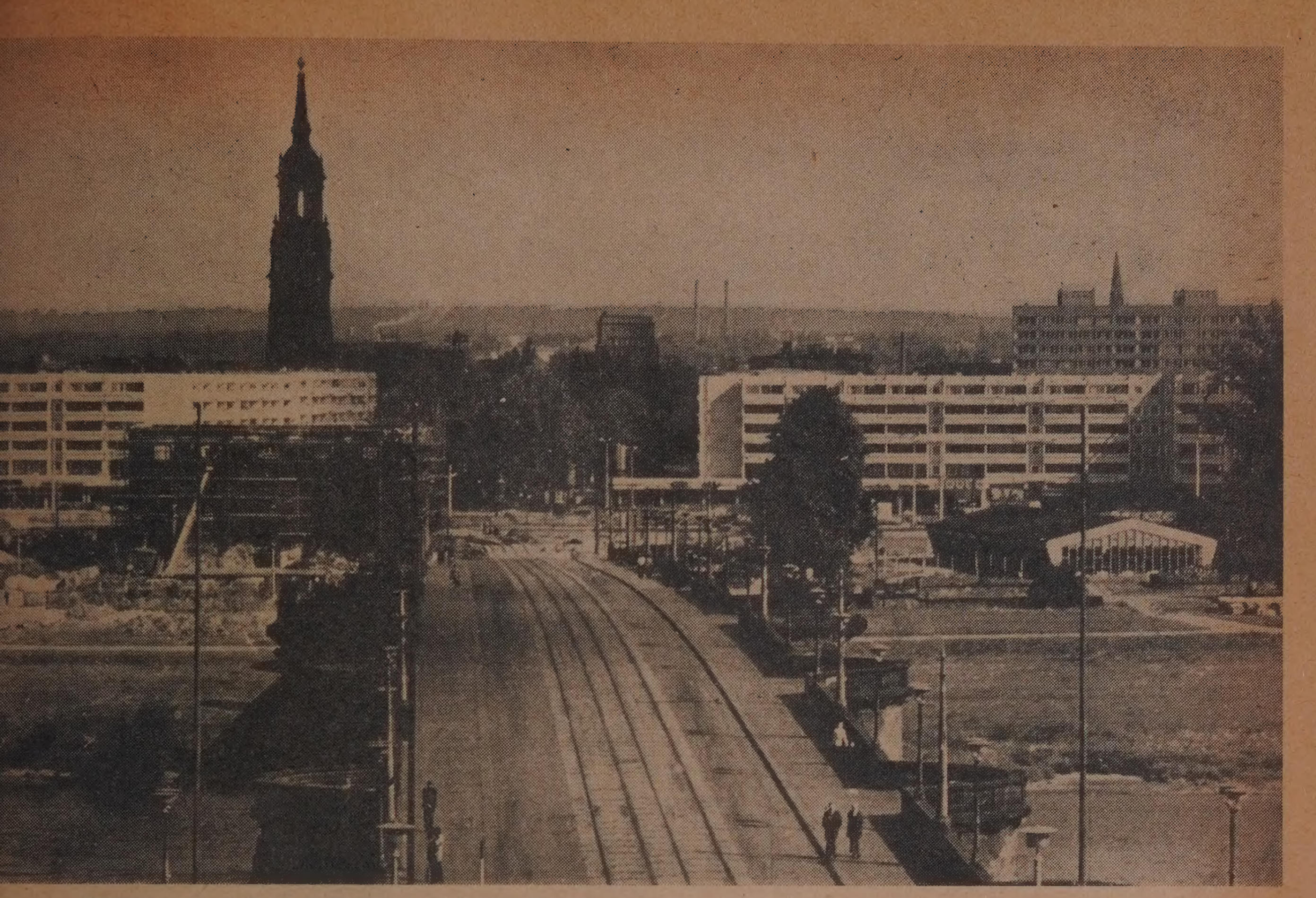
Es ist sicher verständlich, daß die Verwirklichung dieser großen Baumaßnahmen des komplexen Wohnungsbaus bedeutende Mittel und Leistungen für die stadttechnische Erschließung erfordern. Dazu gehören der Neubau und die Erweiterung der Wasser- und Abwasseranlagen in Dresden-Prohlis, in Coswig und Radebeul. Für die Wärmeversorgung wird insbesondere eine Kapazitätserweiterung des Heizkraftwerkes Nossener Brücke sowie der Neubau des Heizwerkes Dresden-Langebrück notwendig. Untrennbar verbunden mit der Durchführung des Wohnungsbauprogramms ist die weitere Gestaltung des Dresdner Stadtzentrums.

Bekanntlich sieht der Beschluß des Politbüros vom 31. 1. 1978 den schrittweisen Wiederaufbau der kulturhistorisch wertvollsten Bauten im Zentrum vor mit dem Ziel, weitgehend geschlossene Ensembles zu gestalten. So erhält der Theaterplatz mit dem Aufbau der Semper-Oper und dem nachfolgenden Wiederaufbau des Schlosses und des Taschenbergpalais wieder sein endgültiges Antlitz als Platz der Kunst und Kultur. Die Brühlsche Terrasse wird weiter als innerstädtischer Kultur- und Erholungsbereich ausgestaltet.

Mit Fug und Recht kann man sagen: Dieses beschlossene Bauprogramm für die Stadt Dresden ist das größte und zugleich menschlichste in ihrer über Jahrhunderte währenden Geschichte. Es dient wahrhaftig dem Wohl und dem Glück der Menschen, die hier leben, arbeiten und lernen.

Zur Erhöhung der Effektivität und Qualität im komplexen Wohnungsbau

Das beschlossene langfristige Wohnungsbauprogramm im Bezirk und in der Stadt



Wohnungsbau an der Straße der Befreiung in der Dresdner Neustadt

Dresden ist zugleich das an Umfang größte Investitionsvorhaben im Zeitraum bis 1990 in eurem Territorium. Es sind von 1976 bis 1990 dafür annähernd 11 Milliarden Mark Bau- und Ausrüstungsleistungen zu realisieren. Diesen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens gilt es mit hoher Effektivität zu verwenden.

Es geht darum, immer größere Reserven auf dem Hauptweg der Intensivierung zu erschließen. Das ist unerläßlich, um das Wohnungsbauprogramm und auch alle anderen Bauaufgaben planmäßig zu realisieren. Alle bewährten Erfahrungen besagen, daß bereits mit der soliden Investitionsvorbereitung und Schaffung eines ausreichenden städtebaulichen Vorlaufes das Streben der Projektanten, der bauausführenden Kollektive und aller beteiligten Werktätigen nach hohen schöpferischen Leistungen entscheidend gefördert wird. Hier werden maßgeblich die Weichen gestellt, um die geplanten Ziele auf einem ständig fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Niveau des industriellen Bauens mit hoher Kontinuität, Effektivität und Qualität zuverlässig zu verwirklichen.

Auf welche Schwerpunkte sollte die Arbeit der verantwortlichen Leiter und die politische Führungstätigkeit unserer Parteiorganisationen konzentriert werden?

Eine erstrangige Aufgabe ist es, durch eine qualifizierte Planung die gründliche Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms 1981 bis 1985 zu sichern. Im Beschluß des Politbüros ist klar festgelegt, wie die Aufgaben von allen daran beteiligten zentralen und örtlichen Staatsorganen zu lösen sind. Bereits Ende dieses Jahres sind unter Verantwortung des Rates des Bezirkes und des Rates der Stadt die städtebaulichen Konzeptionen für die Standorte des Wohnungsbaus für den Zeitraum 1981 bis 1985 auszuarbeiten und zu bestätigen. Diese Konzeptionen sollen gewährleisten, die günstigste Variante zu finden, um besonders den stadttechnischen Erschließungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Dabei spielt eine wichtige Rolle, die vorhandenen Anlagen der Primärerschließung weiter zu rekonstruieren und die notwendigen Erweiterungen nach strengen Maßstäben gründlich vorzubereiten.

Die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung im Bauwesen eures Bezirkes zur Realisierung des großen Bauprogramms geht für den kommenden Fünfjahrplan davon aus, bis 1985 gegenüber dem bis 1980 geplanten Stand, die Bauproduktion auf 134 bis 136 Prozent und die örtliche Baumaterialienproduktion auf 140 bis 142 Prozent zu steigern. Diese Leistungsentwicklung sieht ein jährliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von 4,8 bis 5,0 Prozent vor und ist in hohem Maße auf dem Hauptweg der komplexen Intensivierung und konsequenten Rationalisierung zu erreichen.

Aus den dargelegten Fakten wird verständlich, daß bereits jetzt höhere Maßstäbe für die Arbeit mit den langfristigen Intensivierungs- und Rationalisierungskonzeptionen der Baukombinate und -betriebe gesetzt sind.

Nirgends darf aus dem Blickpunkt geraten, daß für die neuzuschaffenden und zu rekonstruierenden Wohngebiete wie für die weitere Ausgestaltung des Stadtzentrums eine hohe städtebauliche, architektonische und funktionelle Qualität, die harmonische Verbindung von Altem und Neuem bei Einhaltung des geplanten Aufwandes ein erstrangiges Anliegen ist und bleibt.

Ein weiteres Grundanliegen besteht mehr denn je darin, den gesamten Prozeß der Planung und Vorbereitung der Wohnungsbaustandorte über Vorfertigung, Transport und Montage bis zur gesamten Bauausführung auf eine hohe Kontinuität des Bauens einzustellen. Das ist unabdingbar, um die großen und längst nicht ausgeschöpften Effekte der Industrialisierung der Bauprozesse wirksam zu machen. Ausschlaggebend dabei bleibt, wie das technologische Niveau durch breite Anwendung der Takt- und Fließfertigung mit aller Entschiedenheit weiter erhöht wird. Hier liegen beträchtliche Reserven, um mehr, schneller, besser und billiger zu bauen. Nicht geringer sind die Vorteile, die zügiges Arbeiten den Kollektiven auf den Baustellen bietet. Ihr Ringen um hohe Leistungen kann durch die bewährte Arbeit mit Objekt- und Brigadeverträgen wesentlich gefördert werden. Genau in diese Richtung zielt die bekannte Wettbewerbsinitiative „Tempo 1000". So hat das Kollektiv Köckritz damit Ergebnisse erzielt, die allein nur übertragen auf die gegenwärtigen Taktstraßen der WBS 70 im Baukombinat ermöglichen würden, ohne zusätzliche Arbeitskräfte jährlich über 200 Wohnungen mehr zu bauen.

Dem vorwärtsdrängenden Elan der Baukollektive, nach dieser Initiative zu arbeiten, gilt es entschlossen den Weg zu ebnen.

Von ganz entscheidendem Einfluß auf die effektivste Sicherung des gestellten Bauprogramms wird selbstverständlich sein, wie wir verstehen, die ökonomische und soziale Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik noch entschiedener zu erhöhen. Hier liegt mehr denn je der Schlüssel für den Gesamterfolg.

Die Grundorientierung für die Führung unseres Kampfes um die Beschleunigung des



Wohnbereich im Neubaugebiet Dresden-Prohlis

arbeit der Technischen Universität mit der Bauakademie und den Baukombinaten eurer Stadt erreicht wurden. Jetzt gilt es, diese nutzbringende gemeinsame Arbeit noch zielstrebiger fortzusetzen.

Einen Schwerpunkt bildet in eurem Bezirk der weitere Ausbau des Baukombinats Dresden zu einem leistungsstarken Wohnungsbaukombinat, das als Generalauftragnehmer komplexe Wohngebiete projektiert und realisiert. Bis zum Jahre 1985 ist seine Jahreskapazität auf rund 10 000 Neubauwohnungen in industrieller Bauweise einschließlich der Gemeinschaftseinrichtungen zu steigern. Besonders wichtig ist, die Eigenleistungen des Kombinates zu erhöhen.

Es gilt, das Verkehrs- und Tiefbaukombinat Dresden zum leistungsfähigen Hauptauftragnehmer für die komplexe stadt- und verkehrstechnische Erschließung zu entwikkeln, wobei vorrangig die Leistungen für unterirdische Versorgungsnetze zu steigern sind. Bis 1985 sollen sich die Leistungen dieses Kombinates auf mindestens 150 Prozent erhöhen. Das gilt es durch weitere Verbesserung der Tiefbaukoordinierung wirkungsvoll zu fördern. Im Beschluß des Politbüros ist weiterhin festgelegt, in welcher Richtung das Ingenieurhochbaukombinat Pirna, der VEB Grünanlagenbau Dresden und der VEB Gesellschaftsbau Dresden zu entwickeln sind.

Eine umfangreiche und zugleich komplizierte Aufgabe besteht in der Herausbildung eines leistungsfähigen Kombinates für die Modernisierung und Rekonstruktion in der Stadt Dresden.

Die Zielstellung lautet, daß von diesem Kombinat ab 1983 jährlich bis 1500 Wohnungen in Taktstraßen komplex modernisiert werden. Das erfordert, schrittweise eine Vorfertigungsbasis zu schaffen, industriemäßige Methoden anzuwenden und die Fließfertigung durch spezialisierte Taktstraßen breit einzuführen. Nicht zuletzt setzen wir den bewährten Weg der weiteren Herausbildung leistungsfähiger Kreisbaubetriebe fort.

wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen muß nach wie vor darin bestehen, in möglichst kurzer Frist bei den Haupterzeugnissen und vorherrschenden Technologien den internationalen Höchststand zu erreichen und mitzubestimmen. Zugleich geht es darum, die praktische Anwendung vorhandener, progressiver wissenschaftlich-technischer Lösungen und bewährter Neuerungen auf dem Weg der sozialistischen Rationalisierung mit immer größerer Breitenwirksamkeit durchzusetzen. Mit der Entwicklung und Einführung der WBS 70 haben wir bekanntlich im komplexen Wohnungsbau eine solche Grundlinie eingeschlagen. Aber noch liegt ein großes fruchtbringendes Arbeitsfeld vor uns, um all ihre Möglichkeiten so auszuschöpfen, daß allein im Wohnungsneubau überall das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis erzielt wird.

Unter den konkreten Bedingungen des Rohstoff- und Energieaufkommens unserer Republik ist von größter ökonomischer Bedeutung, überall den spezifischen Aufwand an Material und Energie in wachsendem Umfang zu verringern. Allein für das Wohnungsbauprogramm der Stadt Dresden werden im Zeitraum 1976 bis 1985 rund 100 000 Tonnen Stahl und nahezu 1 Million Tonnen Zement eingesetzt. Nur ein Prozent davon weniger verwandt, heißt Stahl und Zement für 600 Wohnungen zu gewinnen.

Es lohnt sich also, die Fragen des energie- und materialwirtschaftlichen Bauens bereits in Vorbereitung des kommenden Fünfjahrplans absolut in den Vordergrund zu rükken.

Das Allerwichtigste besteht jetzt darin, daß die verantworlichen Leiter im Bezirks- und Stadtbauamt sowie in den Baukombinaten sich persönlich voll für ein hohes schöpferisches Niveau der wissenschaftlich-technischen Arbeit engagieren und die betreffenden Parteiorganisationen dafür sorgen, in den Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungskollektiven eine wirkliche Atmosphäre des Wetteiferns um beste Ergebnisse zu erzeugen. Das muß bereits bei einer klaren, anspruchsvollen und kontrollfähigen Aufgabenstellung in den Plänen Wissenschaft und Technik sowie in den Pflichtenheften beginnen.

Groß und vielfältig sind die Möglichkeiten, um das tatkräftige Mitwirken der Wissenschaftler, Angehörigen des Lehrkörpers und auch der Studenten der Technischen Universität wie ebenfalls der Hochschule für Verkehrswesen an der wissenschaftlich-technischen, funktionellen und gestalterischen Lösung der gestellten Bauaufgaben in der Stadt Dresden mit bestem Erfolg zu nutzen. Hier ist ein reiches und lohnendes Tätigkeitsfeld gegeben.

Wir schätzen sehr die Fortschritte, die bereits in der praxisbezogenen Zusammen-

Unter Führung der Partei weitere Initiativen zur würdigen Vorbereitung des 30. Jahrestages

In Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der DDR, der großen Leistungsschau des Sozialismus auf deutschem Boden, haben die Bauschaffenden eures Bezirkes unter der politischen Führung der Grundorganisationen unserer Partei vorbildliche Verpflichtungen übernommen. Die Fortschritte im Kampf um die Planerfüllung sind unverkennbar. Das alles schätzen wir hoch ein. Dennoch dürfen wir uns damit nirgends zufriedengeben, schon gar nicht, wenn wir es aus der Sicht der wachsenden Anforderungen betrachten. Wir sind überzeugt, daß auch die heutige Parteiaktivtagung gut genutzt wird, um noch energischer im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 30. Jahrestages für die volle Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1979 zu kämpfen.

Das alles bestärkt uns, mit Gewißheit zu sagen: Das begeisternde Bauprogramm zur weiteren Ausgestaltung der Stadt Dresden wird vor allem den Bauschaffenden und allen daran beteiligten Werktätigen eures Bezirkes kraftvolle Impulse geben. Damit ist ihnen, wie keiner Generation zuvor, eine Perspektive gestellt, für die es sich lohnt, das ganze Wissen und Können aufzubieten.

Berlin – Marzahn

1

Berlin – Bauen für Gegenwart und Zukunft



1
Gesamtmodell des Wohngebietes Berlin-Marzahn, das im Nordosten Berlins für 100 000 Einwohner entsteht

Als lebendiges Zentrum unserer Republik mit steigender Industrieproduktion und zunehmender Einwohnerzahl und als eine Stadt, in der Wissenschaft und Kultur aus den Schätzen der Vergangenheit schöpfen und für Gegenwart und Zukunft wirken, charakterisierte der Generalsekretär der SED, Erich Honecker, vor einiger Zeit unsere Hauptstadt Berlin.

Dies spiegelt sich auch für jeden sichtbar in der umfangreichen und von Jahr zu Jahr wachsenden Bautätigkeit wider, die spürbar dazu beiträgt, die Lebensbedingungen der Bürger zu verbessern und das neue Antlitz der Hauptstadt weiter auszuprägen.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Berlin konnte der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Konrad Naumann, darüber eine aufschlußreiche Bilanz ziehen. Von 1971 bis 1978 wurden in Berlin rund 95 000 Wohnungen, und zwar 65 000 neugebaute und 30 000 modernisierte Wohnungen übergeben. Allein innerhalb der letzten acht Jahre konnten damit in Berlin für etwa 258 000 Bürger die Wohnverhältnisse verbessert werden. Auch der Umfang der Werterhaltungsmaßnahmen wuchs beträchtlich; er stieg von 1970 bis 1978 auf mehr als 153 Prozent.

Im gleichen Zeitraum entstanden in der Hauptstadt 2324 Unterrichtsräume und 90 Schulturnhallen. Durch den Bau von weiteren 18 000 Kindergartenplätzen ist die Versorgung auf diesem Gebiet fast als gelöst anzusehen. Auch 7690 neue Kinderkrippenplätze, rund 6200 Plätze in Feierabendheimen, 9500 Gaststättenplätze und 6 Schwimmhallen trugen in dieser Zeit dazu bei, das Leben angenehmer zu machen.

1979, zum 30. Jahrestag der DDR, werden in Berlin weitere bedeutende Bauvorhaben ihrer Bestimmung übergeben. Im Neubaugebiet Berlin-Marzahn, der größten Wohnungsbaustelle der DDR, soll bis zum Jahresende die 10 000. Wohnung bezugsfertig sein. Insgesamt werden 1979 und 1980 in Berlin 25 000 bis 26 000 Neubauwohnungen an verschiedenen Baustandorten, unter anderem in Friedrichsfelde Ost, an der Straße der Befreiung und in Hohenschönhausen, entstehen.

Im Stadtzentrum werden das Wohngebiet Leipziger Straße zwischen Spittelmarkt und Charlottenstraße mit zahlreichen Einrichtungen des Handels und der Gastronomie, das Palast-Hotel an der Spree und das Centrum-Warenhaus am Ostbahnhof fertiggestellt. 1979, im Jahr des Kindes, wird auch der Pionierpalast in der Wuhlheide seine Pforten für die Jugend öffnen.

An weiteren bedeutenden Bauvorhaben, die in den kommenden Jahren fertig werden sollen, wird intensiv gearbeitet. An der Hermann-Matern-Straße recken sich bereits die Gleitkerne für das neue Chirurgische Zentrum der Charité in die Höhe. Am Platz der Akademie, einem der schönsten historischen Plätze Berlins, werden das ehemalige Schauspielhaus sowie der Französische und

2

2
Modell des gesellschaftlichen Hauptbereichs im Wohngebiet Leninallee/Ho-Chi-Minh-Straße

3
Bebauungskonzeption für ein neues Wohngebiet in Berlin-Kaulsdorf

4
Modell für die Rekonstruktion und Neugestaltung der Berliner Charité mit dem im Bau befindlichen über 80 Meter hohen chirurgisch orientierten Zentrum

3

Deutsche Dom wiederaufgebaut. Schritt für Schritt sollen auch solche Magistralen der Hauptstadt, wie die Karl-Marx-Allee, die Frankfurter Allee, die Straße der Befreiung, die Leninallee, die Prenzlauer Allee, die Greifswalder Straße, die Schönhauser Allee und die Zubringerstrecke zum Flughafen Berlin-Schönefeld, weiter gestaltet werden.

Für die Zukunft vorgesehen ist die Neugestaltung des Bereiches zwischen Spandauer Straße, Molkenmarkt, Rathausstraße und Spree. Für die Gestaltung dieses Gebietes, in dem sich auch noch ein historischer Bereich um die alte Nicolaikirche herum befindet, wurde kürzlich ein Architekturwettbewerb abgeschlossen.

Zu den interessantesten Bauvorhaben der Hauptstadt gehört ein großes Sport- und Erholungszentrum, das am Volkspark Friedrichshain bereits im Bau ist. Der Haupttrakt der Anlage, die Schwimm- und Badehalle, wird mehrere Schwimmbecken, darunter ein Wellenbecken und ein besonderes Becken für Versehrtensport, sowie eine Sauna enthalten. An die Halle schließt sich ein Freibad an. Der Bauteil an der Leninallee wird Eislauf- und Rollschuhanlagen, gastronomische Einrichtungen und Mehrzweckräume für Billard, Tischtennis und andere Freizeittätigkeiten umfassen.

Eine Sporthalle für Ballspiele, Hallen für Turnen, Gymnastik und Ballett sowie 16 Bowlingbahnen befinden sich in dem dritten, an der Dimitroffstraße gelegenen Trakt.

Auf 45 000 Quadratmeter Freigelände werden verschiedene Ballsportplätze, Möglichkeiten für Großschach, Krocket, Minigolf, Boccia, Kegeln und Tischtennis, Kinderspielplätze und Liegewiesen entstehen. Die gesamte Anlage soll bereits Ende 1980 den Bürgern zur Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen.

Schwerpunkt allen Bauens ist und bleibt auch in der Hauptstadt die weitere Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung. Für den Wohnungsneubau, die Hauptquelle der notwendigen Erweiterung des Wohnungsbestandes, sind vor allem solche Standorte vorgesehen, die bei geringem Abriß alter Bausubstanz eine rasche Erweiterung der Wohnungsfonds ermöglichen. Dafür sieht die Generalbebauungsplanung neben dem im Aufbau befindlichen Gebiet Berlin-Marzahn für künftig 100 000 Einwohner neue große Wohnungsbaustandorte vor allem im Norden und Nordosten der Stadt vor, darunter auch das neue Wohngebiet Kaulsdorf-Nord, für das jetzt Architektenkollektive aus verschiedenen Bezirken Entwürfe vorgelegt haben (sie werden demnächst hier veröffentlicht) und das als Gemeinschaftswerk von Wohnungsbauern aus den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Schwerin entstehen wird. Bereits im nächsten Jahr sollen dort die ersten 100 Wohnungen übergeben werden.

Verschiedene Architektenkollektive arbeiten gegenwärtig an den Projekten für den gesellschaftlichen Hauptbereich des bereits weitgehend fertiggestellten Wohngebietes Leninallee, in dem rund 50 000 Menschen leben werden. In zwei Wettbewerben junger Architekten, die im Rahmen der FDJ-Initiative Berlin durchgeführt wurden, entstanden für dieses Gebiet auch Gestaltungsvorschläge für einen Wohngebietspark und eine Fußgängerbrücke.

Für den gesellschaftlichen Hauptbereich von Berlin-Marzahn wurden jetzt in einem Wettbewerb von Entwurfskollektiven und



4

Technologen des BMK Ingenieurhochbau Berlin recht interessante Lösungsvorschläge entwickelt, die wir im folgenden Beitrag vorstellen.

Große Aufgaben sind auch bei der Modernisierung von Altbauwohngebieten zu lösen. Bei dieser wichtigen Form der Verbesserung der Wohnverhältnisse wird darauf orientiert, den Bauaufwand zu senken, bei der Modernisierung weitgehend auf Grundrißveränderungen zu verzichten und möglichst wenig nutzbare Bausubstanz abzubrechen. Künftig soll auch die Eigeninitiative der Bürger zur Modernisierung ihrer Wohnungen wirksamer gefördert werden. Größeres Gewicht wird auf Instandsetzungs- und Werterhaltungsmaßnahmen an Wohnbauten gelegt. Dabei soll die Instandsetzung der Wohngebäude möglichst mit der Modernisierung der Wohnungen verbunden werden.

Die umfangreichen Baumaßnahmen in der Hauptstadt, zu denen neben dem Wohnungsbau auch viele Vorhaben des Industrie- und Verkehrsbaus und der stadttechnischen Versorgung gehören, erfordern eine dynamische Leistungsentwicklung im Berliner Bauwesen und die Mitwirkung zahlreicher Baukollektive aus anderen Bezirken. Mehr denn je gilt es dabei, das Augenmerk aller Bauschaffenden, von den Architekten in der Stadtplanung und Projektierung bis zu den bauausführenden Kollektiven, auf eine höhere Effektivität und Qualität zu lenken.

Was entsteht, soll – wie es Erich Honecker in seinem Schlußwort auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz ausdrückte – „den Bewohnern zur Freude und den Erbauern zur Ehre gereichen". Diesem hohen gesellschaftlichen Anspruch an die architektonische Gestaltung, der sich damit verbindet, gerecht zu werden, wird den Architekten viel abverlangen, aber auch einer vielseitigen Förderung des Architekturschaffens bedürfen.

In diesem Sinne hat auch der Bund der Architekten der DDR in Vorbereitung des 30. Jahrestages unserer Republik bereits eine aktive Arbeit geleistet. Der BdA/DDR war Initiator von drei Wettbewerben junger Architekten für Bauaufgaben in der Hauptstadt. Er unterstützte die Durchführung des Wettbewerbs Spandauer Straße. Die Leitung des Bundes befaßte sich Anfang des Jahres mit der Mitwirkung von Architekten und bildenden Künstlern bei der weiteren Gestaltung des Wohngebietes Berlin-Marzahn. Und Mitte dieses Jahres wird der BdA/DDR mit Architekten aus der DDR und aus den befreundeten sozialistischen Ländern ein Internationales Entwurfsseminar durchführen, in dem Vorschläge für die Neugestaltung des Berliner Bersarinplatzes erarbeitet werden.

Über alle diese Initiativen der Architekten für die weitere Gestaltung unserer Hauptstadt Berlin wird zu gegebener Zeit noch ausführlicher zu berichten sein.

G. Krenz

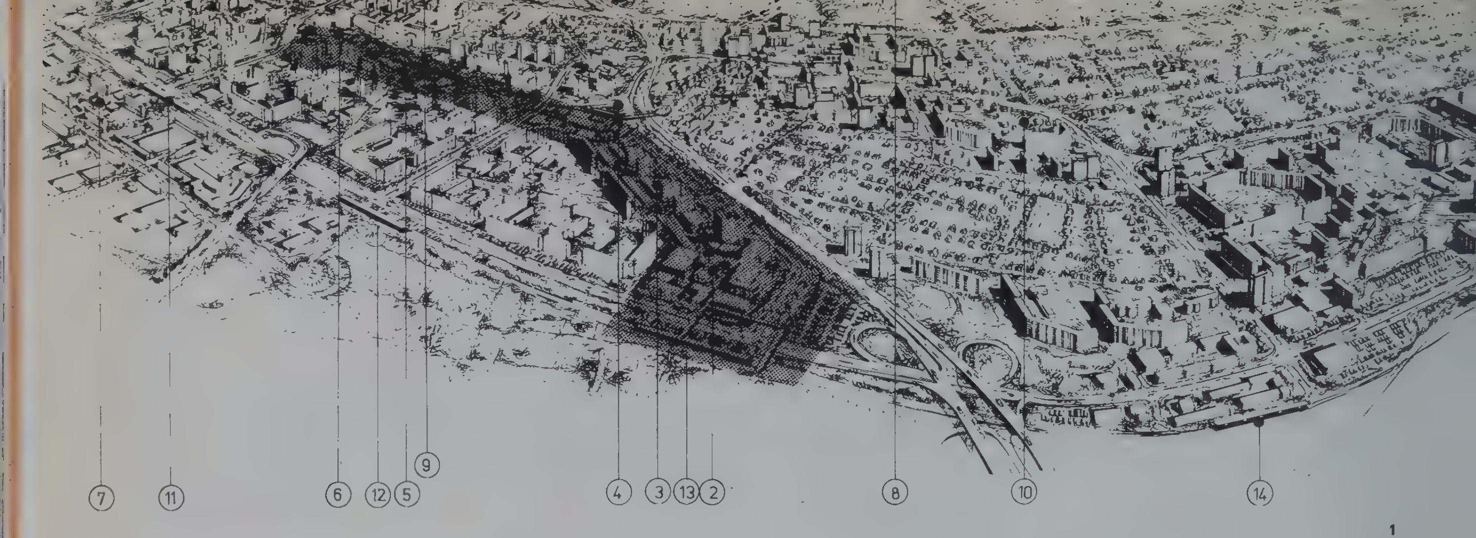
5

5
Weiterhin ein Anziehungspunkt für Millionen Besucher: Der Palast der Republik

6
Modell des neuen Centrum-Warenhauses am Ostbahnhof, das noch in diesem Jahr eröffnet wird

6

7|8
Modell des im Bau befindlichen Sport- und Erholungszentrums am Volkspark Friedrichshain, das künftig zu den attraktivsten Freizeitanlagen der Hauptstadt gehören wird. Der Baukomplex soll bis Ende 1980 fertiggestellt werden.



1

Wettbewerb Berlin-Marzahn

Studien für den gesellschaftlichen Hauptbereich

Zur Aufgabenstellung:

Bereits vor einigen Jahren übertrug das Bezirksamt Berlin dem VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin (IHB) den Auftrag, ein System gesellschaftlicher Einrichtungen für den komplexen Wohnungsbau in Berlin zu entwickeln. Ergebnis dieser Entwicklungsarbeiten sind Projekte für Kaufhallen, Klubgaststätten, Schwimm- und Turnhallen sowie für ein Haus der Dienste, die inzwischen bereits vielfach an verschiedenen Standorten realisiert wurden.

Ungeachtet der ständigen Verbesserung der Gebrauchswerteigenschaften der einzelnen Bauwerke erschwerte deren isolierte Einordnung in die Gesamtbebauung eine komplexe, räumliche Gestaltung und führte allgemein nicht zu der gewünschten Ensemblebildung.

Die willkürliche Einfügung von Einzelobjekten in nicht eindeutig markierte Baubereiche ergab in einigen Fällen, insbesondere im Hinblick auf Raumgliederung und Baumassenverteilung, gestalterisch unbefriedigende Situationen.

Mit dem Ziel, einen spürbaren Beitrag zur Gestaltung neuer Wohngebiete zu leisten, schrieb das Kombinat IHB im August 1978 einen kombinatsinternen Wettbewerb zur Ausarbeitung von Studien für die gesellschaftlichen Bereiche des komplexen Wohnungsbaus in Berlin-Marzahn aus.

Der Wettbewerb umfaßte den gesellschaftlichen Hauptbereich für Berlin-Marzahn – den Bereich Bahnhof Marzahn und das Marzahner Dreieck, den verbindenden Wohngebietspark und den Bereich Nord.

Neben den üblichen Vorgaben und grundsätzlichen Anforderungen hinsichtlich einer hohen Qualität und Effektivität der Lösungen enthielt die Wettbewerbsausschreibung eine klare Orientierung auf die notwendige Komplexität der Bearbeitung und auf einen hohen Grad der Wiederverwendbarkeit der konzipierten Lösungen in anderen Wohngebieten der Hauptstadt.

Die zu erbringenden Leistungen wurden von allen Teilnehmern vollständig und termingemäß am 15. 12. 1978 übergeben. Im Rahmen der Vorprüfung des vorgelegten Materials wurde festgestellt, daß die Arbeiten der fünf teilnehmenden Kollektive die mit der Aufgabenstellung vorgegebenen Bedingungen erfüllen.

Unabhängig von der Preisvergabe konnte die Jury feststellen, daß alle nachstehend auszugsweise veröffentlichten Wettbewerbsarbeiten wertvolle Beiträge zur weiteren Qualifizierung der gesellschaftlichen Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaus enthalten.

Die Jury betrachtet den durch den VEB BMK IHB initiierten kombinatsinternen Wettbewerb als effektive und richtungweisende Methode zur kollektiven Erarbeitung von im Hinblick auf Funktion, Gestaltung, Konstruktion, Bautechnologie und Ökonomie aussagefähigen Entscheidungsgrundlagen für die Vorbereitung und Durchführung von Investitionskomplexen.

Nach Vorlage und Auswertung der Wettbewerbsergebnisse traf der Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, die Entscheidung, das Bau- und Montagekombinat IHB als Generalprojektanten für die gesellschaftlichen Bereiche des Investitionsgebietes Berlin-Marzahn einzusetzen. Diese Entscheidung ist mit der Erwartung verbunden, zum Nutzen der Berliner Bevölkerung bei der Gestaltung des größten Wohnungsbaustandortes unserer Republik eine wesentliche Qualitätssteigerung zu erzielen.

Mitglieder der Jury:

Dr. Günter Peters, Bezirksbaudirektor (Vorsitzender)

Oberingenieur Hermann Wern, Stadtrat Aufbauleitung Berlin-Marzahn

Dipl.-Ing. Roland Korn, Chefarchitekt der Hauptstadt

Architekt Heinz Graffunder, Chefarchitekt der Aufbauleitung Berlin-Marzahn

Professor Hubert Matthes, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Oberingenieur Günter Wachholz, Hauptdirektor des VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin (IHB)

Dipl.-Gewi. Dieter Wessel, Parteisekretär im VEB BMK IHB

Dipl.-Ing. Kurt Ullmann, 1. Stellvertreter des Hauptdirektors des VEB BMK IHB

Dipl.-Ök. Peter Lübke, Stellvertreter des Hauptdirektors für Ökonomie des VEB BMK IHB

Oberingenieur Heinz Schneeweiß, Betriebsdirektor des Betriebes Zentrale Bauten im VEB BMK IHB

Bauingenieur Peter Böttcher, Betriebsdirektor des Betriebes Industriebau im VEB BMK IHB

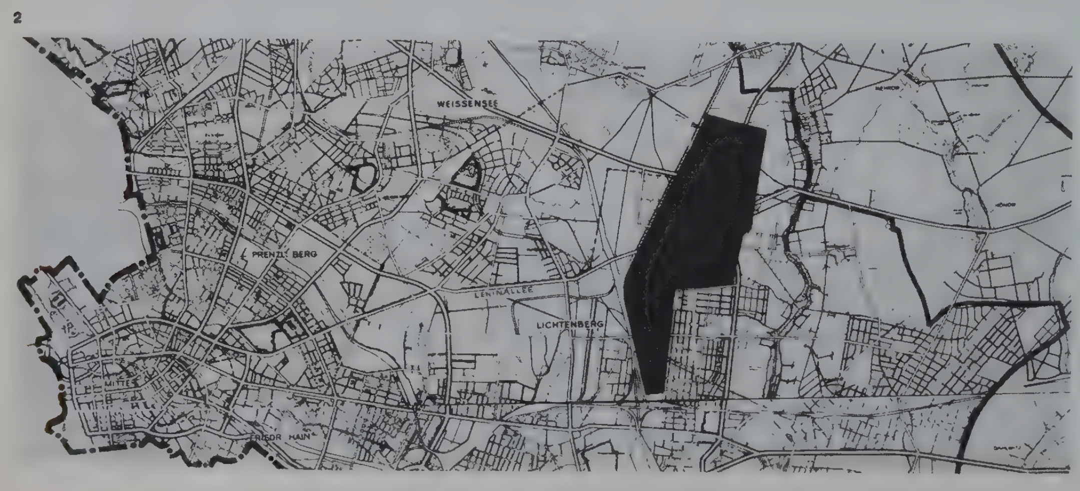
Bauingenieur Helmut Graßnick, Betriebsdirektor des Betriebes Montagebau im VEB BMK IHB

Dipl.-Ing. Günter Mann, 1. Stellvertreter des Betriebsdirektors des Betriebes Projektierung im VEB BMK IHB

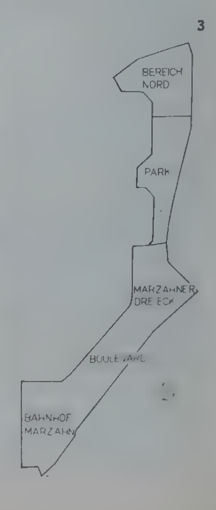
Dipl.-Ing. Siegfried Wagner, Vorsitzender der Betriebsgruppe des BdA/DDR

Ingenieur Klaus-Peter Glanz, Fachbereichssekretär Projektierung der KDT

2



3



Aus der Ausschreibung:

Gegenstand des Wettbewerbs sind die gesellschaftlichen Bereiche der Bauabschnitte 7, 9 und 8 im Wohngebiet 3 des komplexen Wohnungsbaus Berlin-Marzahn, für die grundfondswirtschaftliche Untersuchungen (Studien) zu erarbeiten sind.

Städtebauliche Akzente der Aufgabenstellung sind in den folgenden funktionellen Anforderungen als Vorschlag für die gesellschaftlichen Bereiche

- Bahnhof Marzahn
- Boulevard
- Marzahner Dreieck
- Park und
- Bereich Nord

zu sehen:

■ Bereich Handel

Warenhaus, Einrichtungshaus, Kaufhallen, Fachverkaufsstellen (wie Modesalons, Boutiquen, Spezialverkaufsstellen), Haus der Dienste, Industriewarenhaus

■ Bereich Kultur

Filmtheater, Stadtbezirksbibliothek, Kreiskulturhaus, Klubs, Pionierhaus

■ Bereich Verwaltung

Funktionsgebäude für staatliche und gesellschaftliche Organe, Bank, Versicherung, Reisebüro, Sparkassen, Hauptpostamt und andere Postämter

■ Bereich Gastronomie

Gaststättenkomplexe, Jugendklubs, Spezialgaststätten, Cafés

■ andere gesellschaftliche Bereiche

Busbahnhof, Sporthalle, Schwimmhalle, Hotel, Poliklinik

Die standortspezifischen Besonderheiten (Topographie, Baumbestand, Gewässer) sind zu berücksichtigen.

Die räumliche Zuordnung der Gebäude ist so zu vollziehen, daß sich eine flächige Gestaltung (Platz, Anger) oder eine lineare Gestaltung (Boulevard, Straße) ergibt, wobei die konsequente Trennung zwischen Lieferzone und Angebots-Verkaufszone in der Raumkonzeption zu berücksichtigen ist.

Der Lösungsvorschlag ist komplex zu erarbeiten. Dazu gehören Aussagen zu Grünanlagen, Wasserspielen, Platzgestaltung, fliegenden Bauten für Saisonversorgung (Obst, Gemüse, Speiseeis), Terrassierungen, Sitzgelegenheiten, Überdachungen, Pergolen, Plastiken usw.

■ Bauweisen und -verfahren

Bei Übereinstimmung von Funktion und geforderter Kapazität können die bewährten Vorzugslösungen

Schwimmhalle
Kaufhalle 1500 (einschließlich Neuentwicklung für Industriewaren)
Kaufhalle 1000 S (Neuentwicklung)
Klubgaststätte (mit Rampenüberbauung) und
Haus der Dienste

in die städtebauliche Konzeption eingeordnet werden.

Für alle Ergänzungen und Neuentwicklungen sind die kombinatstypischen Bauweisen anzuwenden.

Die vorgeschlagenen Konstruktionsprinzipien müssen mit den IHB-spezifischen Technologien realisierbar sein. Dazu sind die entsprechenden Abstimmungen zwischen dem Produktionsbereich Tragkonstruktion, den bauausführenden Betrieben und dem Produktionsbereich Ausbau mit den Kooperationspartnern des Gebäudeausbaus und der Gebäudeausrüstung vorzunehmen.

Alle Projektlösungen für die betreffenden Funktionsträger sind unter Beachtung eines hohen Wiederverwendungsgrades bei anderen Wohngebieten der Hauptstadt zu konzipieren.

◀ 1
Neubaugebiet Berlin-Marzahn
(Vogelperspektive von Dieter Urbach)
1 Springfuhl
2 Bahnhof Marzahn
3 Boulevard
4 Marzahner Dreieck
5 Park
6 Bereich Nord
7 Gewerbestättengebiet
8 Naherholungsgebiet Nord
9 Naherholungsgebiet Süd
10 Dorf Marzahn
11, 12, 14 S-Bahnhöfe
13 S-Bahnhof Berlin-Marzahn
15 S-Bahnhof Springfuhl

2
Lage des Neubaugebietes Marzahn innerhalb der Hauptstadt der DDR, Berlin

3
Übersichtsskizze für den gesellschaftlichen Hauptbereich



1

1. Preis

Entwurfskollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut, Architekt BdA/DDR

Gestaltungsprinzipien:

Die umgebende Wohnbebauung wird räumlich-funktionell einbezogen und zum aktiven Bestandteil des gesellschaftlichen Hauptbereiches. Der Promenadenbereich ist als Bindeglied zwischen Wohnungsbau und den gesellschaftlichen Schwerpunkteinrichtungen zu verstehen.

Eine großräumige Korrespondenz und gestalterische Einheit des gesellschaftlichen Hauptbereiches soll durch drei einprägsame Platzbildungen (Bahnhof Marzahn – Marzahner Dreieck – Bereich Nord) geschaffen werden.

Der Waren- und Anlieferverkehr für die Promenade zwischen Rathausplatz und Platz am Kulturhaus wird vom Süden konzentriert erschlossen.

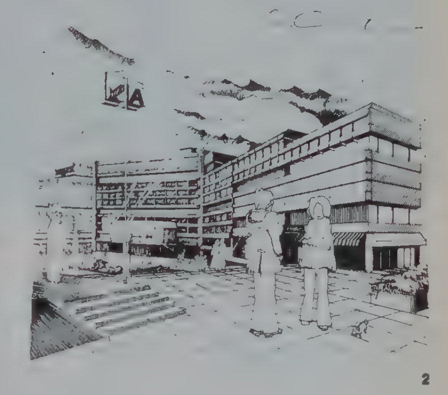
Markante Bauwerke sind der Rathausturm, das Kulturhaus und im Bereich Nord Wohnhochhäuser.

1
Modellfoto. Blick von Westen

2
Rathausplatz. Perspektive

3
Promenade. Perspektive

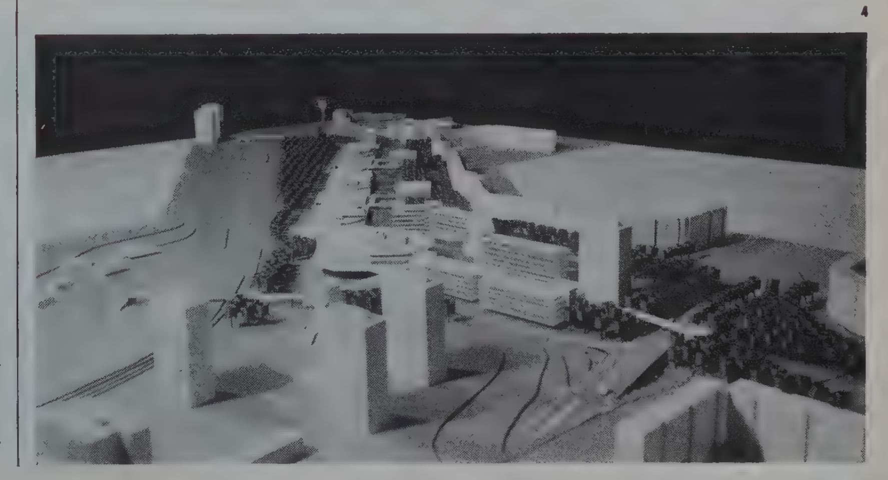
4
Modellfoto. Blick von Osten



2



3



4

5

Aus der Begründung der Jury

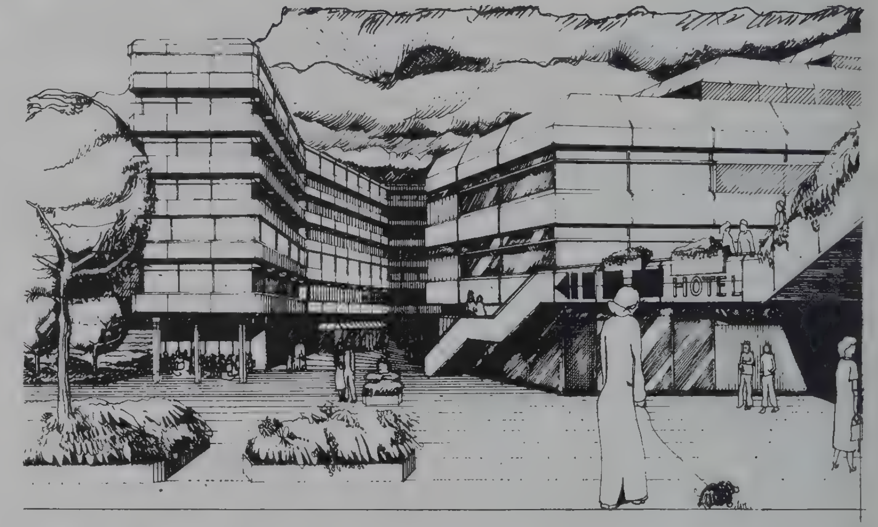
Der Entwurf überzeugt durch die eindeutige räumlich-funktionelle Einbeziehung der umgebenden Wohnbebauung, die dadurch zum aktiven Bestandteil der zentralen Bereiche wird. Damit entsteht ein Wohngebietszentrum von unverwechselbarem Charakter. Mit drei einprägsamen Platzbildungen – Bahnhof Marzahn, Marzahner Dreieck und dem Bereich Nord – schaffen die Verfasser eine großräumige Gliederung von überzeugender gestalterischer Einheit. Die Ähnlichkeit räumlich-formeller Mittel beim Bahnhofsplatz und am Marzahner Dreieck, jedoch mit standortunterstützenden Umkehrungen, hebt diese Wirkung noch hervor.

Der Bereich Nord ist in seiner funktionellen und architektonischen Gliederung gut gelöst und zeigt städtebaulich die reifste Lösung.

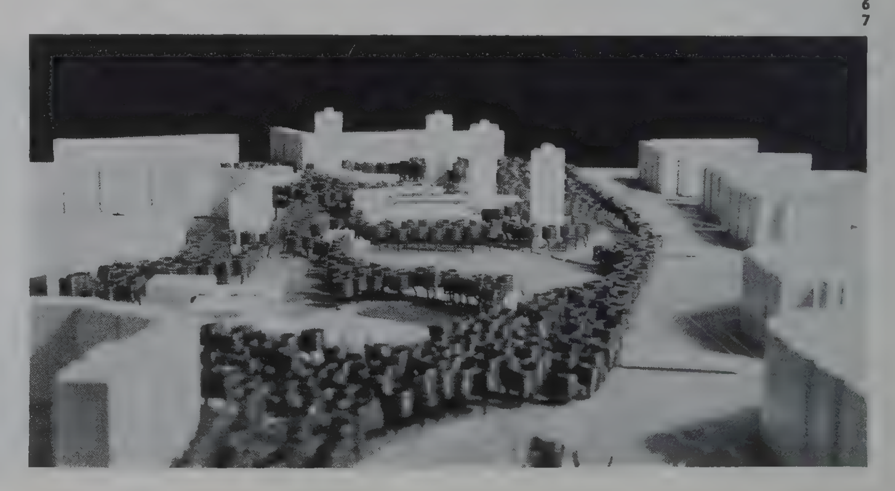
Die Mittel der Landschaftsarchitektur werden differenziert zur Unterstützung der städtebauräumlichen Absicht eingesetzt. Die völlige Erhaltung und Nutzung des Wohngebietsparks für Einrichtungen der aktiven und passiven Erholung sind ebenso überzeugend wie die differenzierte Ausweisung von offenen Parkräumen und kompakten Baummassiven.

Der Übergang zum gesellschaftlichen Bereich Nord ist unter Ausnutzung der Geländetopographie und der richtigen Einbeziehung der Schwimmhalle ebenso vorbildlich gelöst wie der gesellschaftliche Bereich selbst. Damit wird auch in diesem Abschnitt ein sehr guter Kontrast zwischen geschlossenem städtebaulichem Raum und offenem landschaftlichem Wohngebietspark geschaffen.

Die Errichtung der Tragkonstruktion ist mit



6
7



den IHB-spezifischen Bauweisen und Technologien realisiert. Die materielle Sicherstellung der trapezförmigen Plattenelemente und des Randbalkens für die um 45° angeschnittenen Grundrißlösungen stellt kein technisches oder technologisches Problem dar.

Die Einordnung der Vorzugslösungen Kaufhalle und Wohngebietsgaststätte in den mittleren Bereich, mit deren Bau zum frühestmöglichen Zeitpunkt begonnen werden soll, gestattet eine partielle Fertigstellung der gesamten Promenade etwa in der Reihenfolge Verkaufskomplex, Kino, Bibliothek, Gaststättenkomplex, Einrichtungshaus.

Eine hohe Wiederverwendbarkeit wird durch dreiseitig orientierte Einzelgebäude mit unterschiedlichen Funktionen sowie katalogisierte Systemlösungen angeboten.

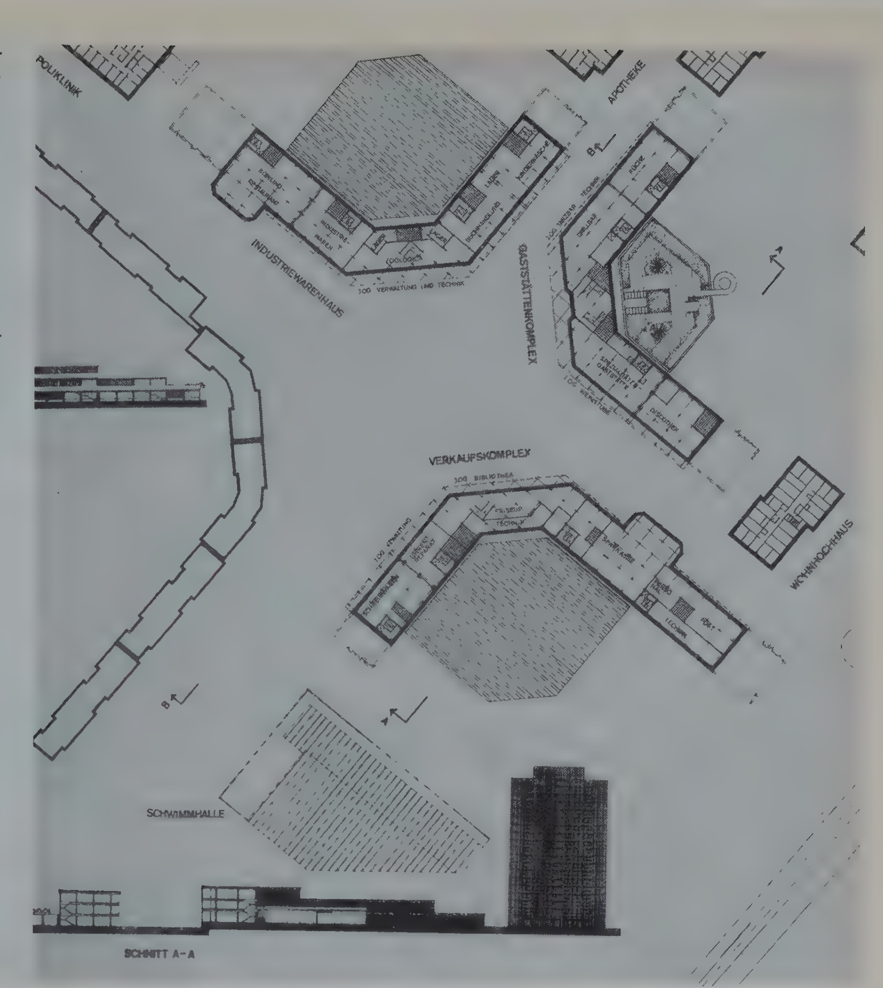
5
Modellfoto.
Gesamtübersicht aus südwestlicher Richtung

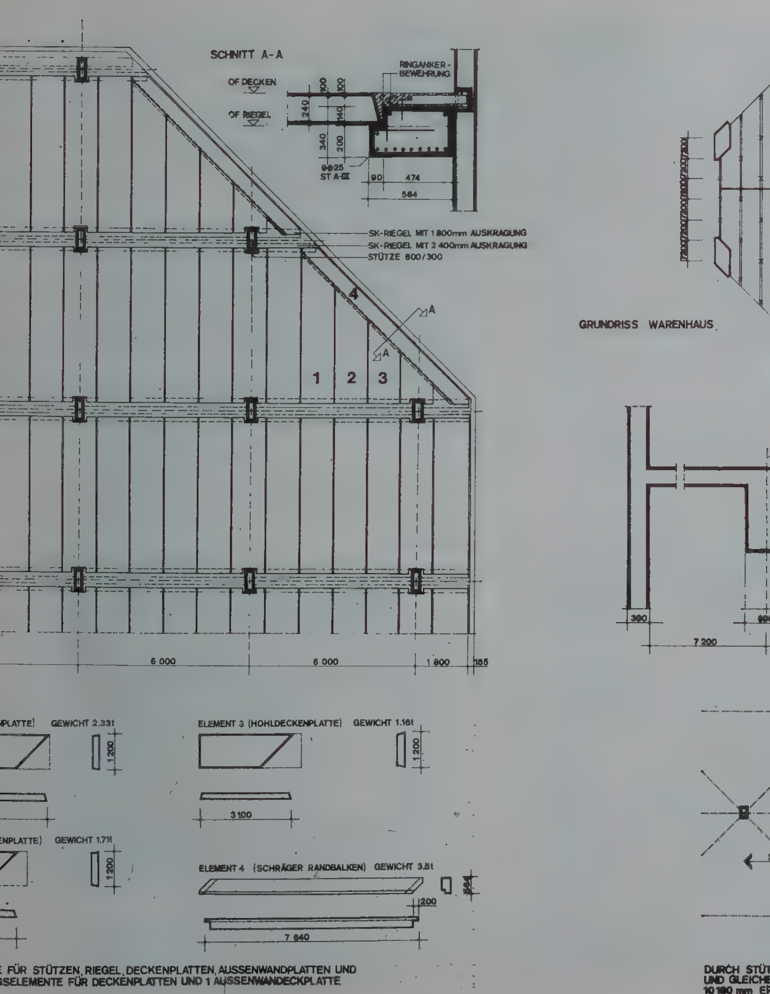
6
Platz am Kulturhaus. Perspektive

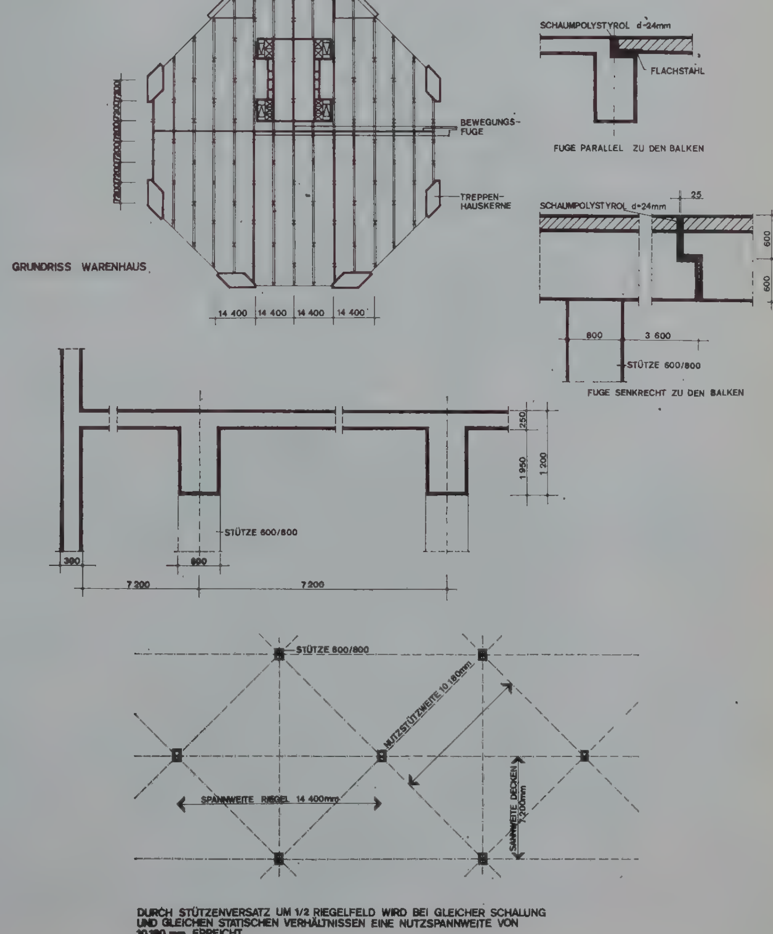
7
Modellfoto.
Blick auf den Park und den Bereich Nord

8
Zentraler Bereich.
Grundrisse Obergeschoß, Ansichten, Schnitte

9
Konstruktion:
SK-Bauweise und Schaltisch-Absenkverfahren

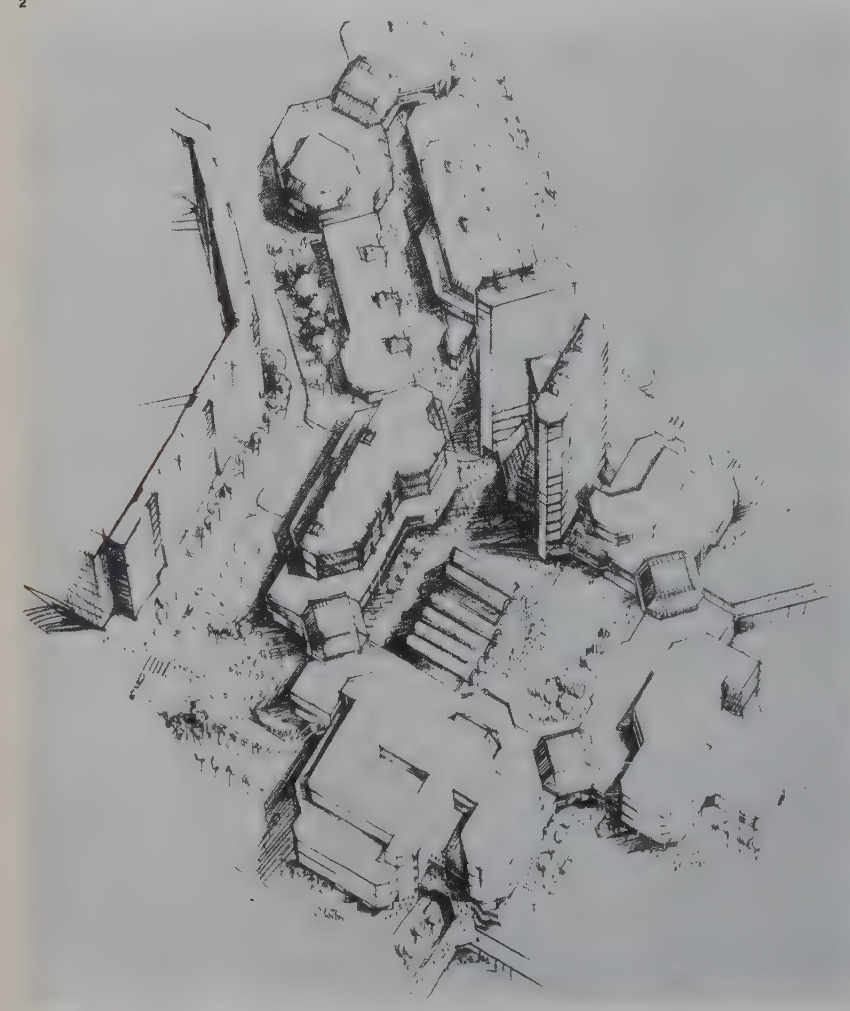






1

2



2. Preis

Entwurfskollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Gerd Pieper, Architekt BdA/DDR

Gestaltungsprinzipien:

Eine städtische Wirksamkeit von Maßstab und funktioneller Dichte wird durch eine Konzentration von gesellschaftlichen Einrichtungen und Gebäuden in drei Bereichen angestrebt.
Dadurch sind großzügige Freiflächengestaltungen möglich.
Dominanten sind am Rathausplatz Rathaus, Warenhaus, Markthalle, Einrichtungshaus und Post, am Marzahner Dreieck Hotel und Kulturhaus sowie im Bereich Nord zweigeschossige Baukörper und Sporteinrichtungen.
Es werden Systemlösungen für gesellschaftliche Einrichtungen als zweigeschossige Bauwerke entwickelt, die für sich und in Kombination funktionstüchtig sind. Mehrfach verwendbare Vorzugslösungen sind für Kaufhalle, Gaststätte, Dienstleistungseinrichtungen und Schwimmhalle (bei Beibehaltung einer einheitlichen Tragkonstruktion) erarbeitet worden.

Aus der Begründung der Jury:

Die hohe städtebauliche Wirksamkeit des Entwurfs ist durch funktionelle Verdichtung und starke Gebäudekonzentration erreicht worden.
Durch die Schaffung von drei in sich geschlossenen Plätzen am Bahnhof Marzahn, Marzahner Dreieck und Bereich Nord, die

durch Freiflächen klar voneinander getrennt sind, wurde ein bewußter Kontrast zwischen konzentrierten städtebaulichen Räumen und landschaftlichen Freiflächen erzielt. Damit ist bei erhöhtem gesellschaftlichem Bedarf eine stufenweise Verdichtung in dem Freiraum zwischen S-Bahnhof und Marzahner Dreieck möglich.

Die landschaftsarchitektonische Konzeption reicht in der vorliegenden Form nicht aus, die drei bewußt voneinander getrennten Zentren organisch und spannungsreich miteinander zu verbinden. Anzuerkennen ist das Bemühen, den Wohngebietspark in voller Größe als Landschaftspark zu belassen und ihm durch die große zentrale Grünfläche und die an den Rändern konzentrierten Baummassive den Charakter der Weite zu geben.

Positiv beurteilt wurde die Studie auch im Hinblick auf die Aussagen zur Wiederverwendbarkeit von Projekten und die Durcharbeitung von Systemlösungen zweigeschossiger Bauwerke für unterschiedliche Funktionen mit einheitlicher Gebäudeform, Prinziplösungen für Tragkonstruktion, Gebäudeausbau und Funktionsbereiche, sowie einer weiterentwickelten Schwimmmhalle mit 50-m-Bahnen.

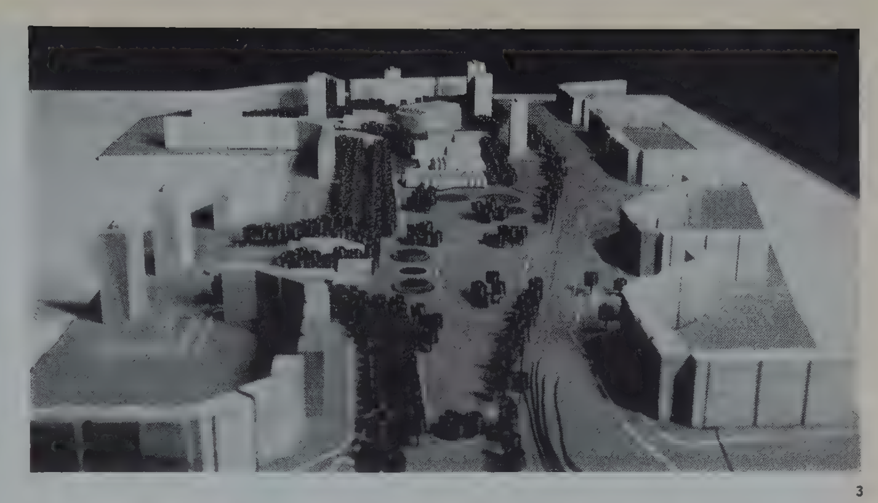
1 Modellfoto.
Gesamtübersicht aus südwestlicher Richtung

2 Isometrie
Platz am Rathaus (Bereich Bahnhof Marzahn)

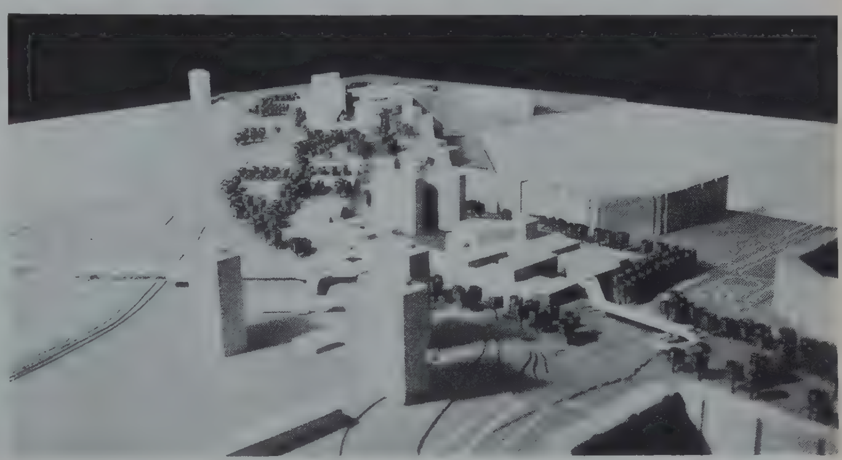
3 Modellfoto.
Blick auf den Park und den Bereich Nord

4 Modellfoto. Blick von Osten

5 Neue, für die Wiederverwendung projektierte Funktionslösung
oben: Kaufhalle unten: Wohngebietsgaststätte



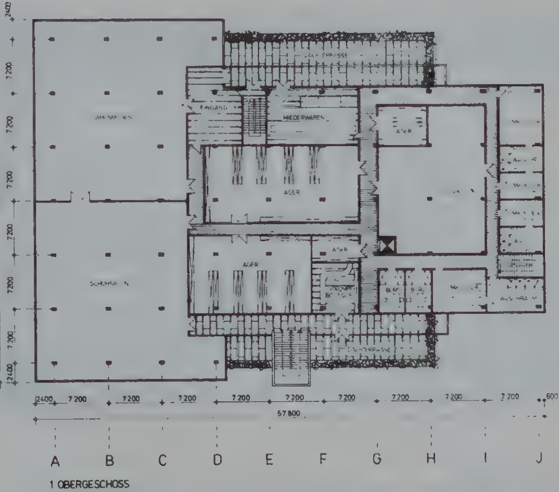
3

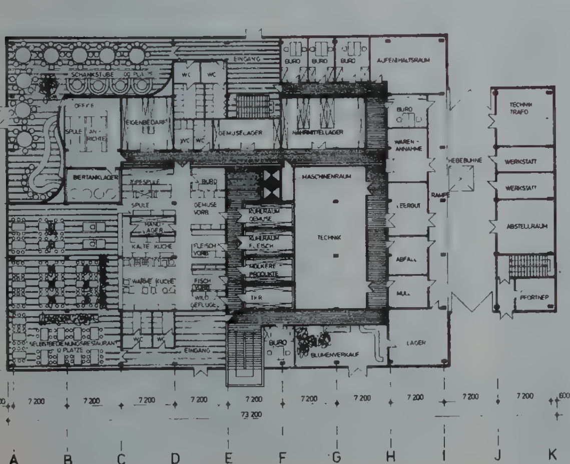


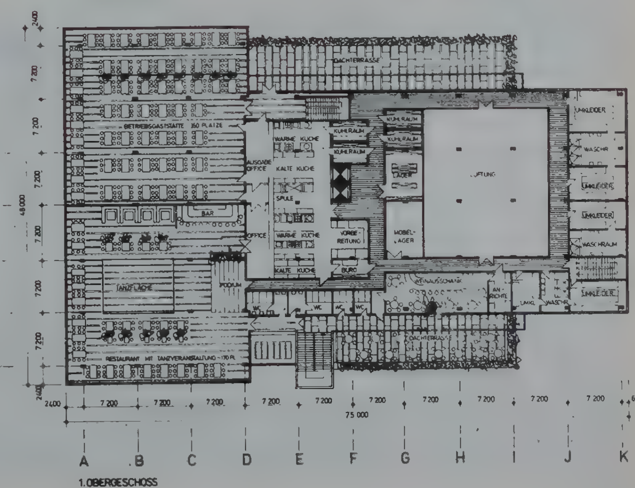
4

5

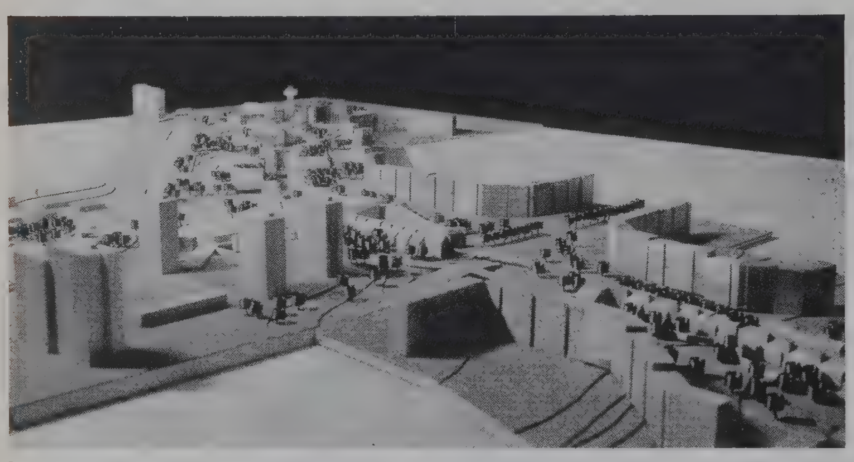






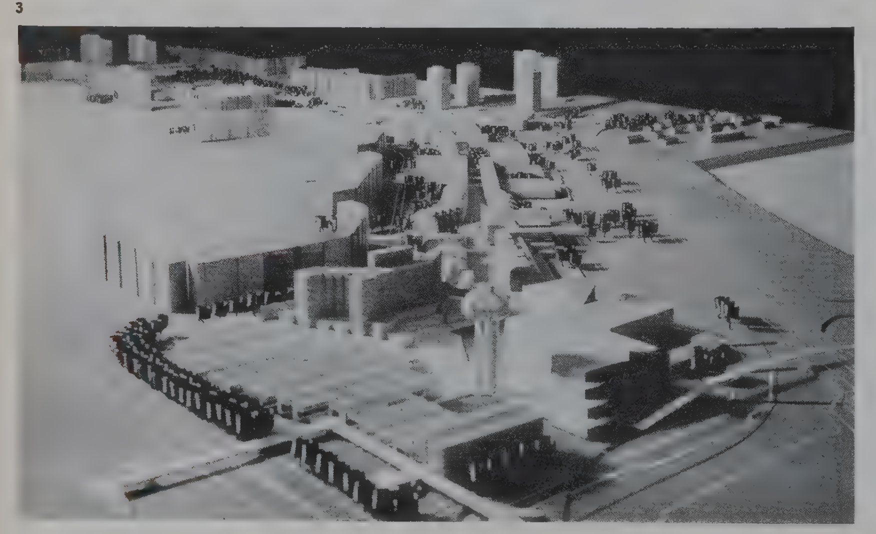


1



2

3



3. Preis

Entwurfskollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Dieter Bankert, Architekt BdA/DDR

Gestaltungsprinzipien:

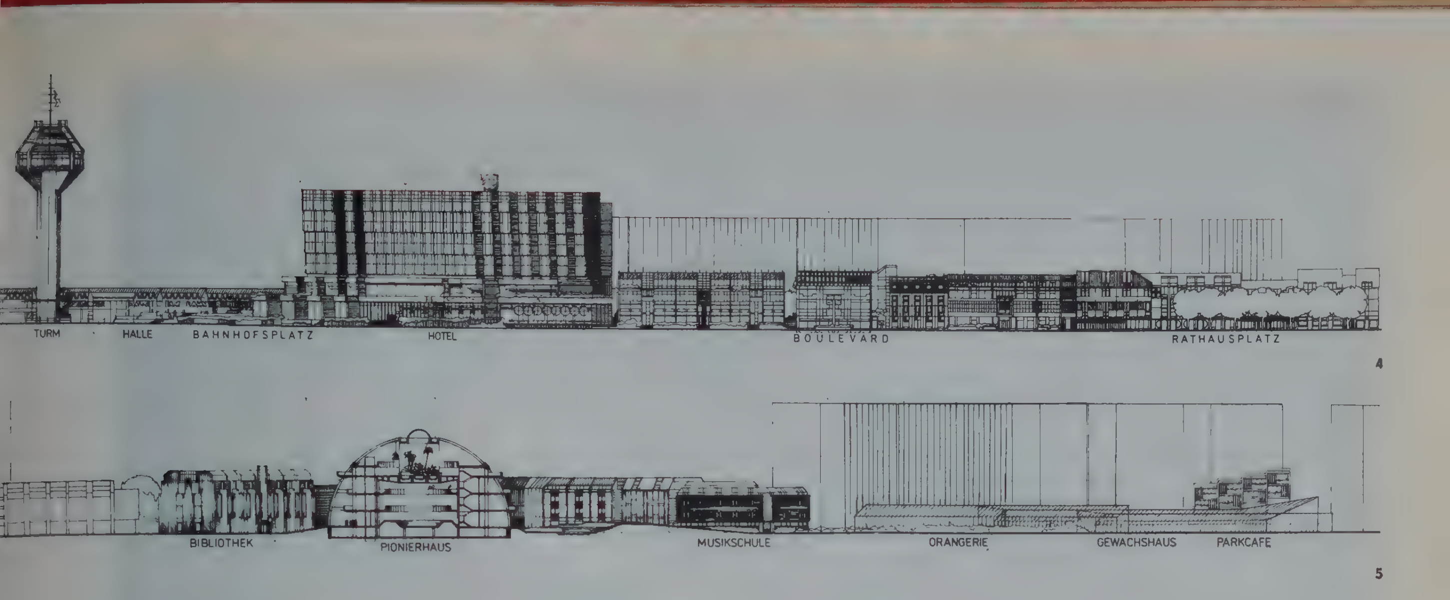
Es wurde eine Raumfolge von Straßen, Plätzen und Parkanlagen angestrebt. Die städtebauliche Raumbildung erfolgt vorwiegend durch viergeschossige Häuserzeilen mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohnungen (Erdgeschoß: Läden, Klubs, Werkstätten, Ausstellungen, Gaststätten; Obergeschosse: Wohnungen, Werkstätten; Dachgeschoß: Ateliers, Klubs, Wohnungen).

Die fünf Erlebnisbereiche erhielten jeweils ein dominantes Bauwerk:

Bahnhofsvorplatz – Turm mit Aussichtscafé
Boulevard – Rathaus
Marzahner Dreieck – Kulturhaus/Markt
Park – Pionierhaus
Bereich Nord – Treppenstraße/Tanzgaststätte

Aus der Begründung der Jury:

Die städtebaulich-architektonische und freiräumliche Lösung ist von hoher gestalterischer Qualität. Das Bemühen, durch maßstäbliche und geschlossene städtische Bereiche als Kontrast zur Wohnbebauung dem gesellschaftlichen Hauptbereich Unverwechselbarkeit und Einmaligkeit zu verleihen, wird anerkannt.



1
Modellfoto.
Gesamtübersicht aus südwestlicher Richtung

2
Modellfoto. Blick von Osten

3
Modellfoto. Blick von Westen.
Im Vordergrund der Bahnhof Marzahn

4
Abwicklung Bahnhofsplatz und Boulevard

5
Abwicklung Wohngebietspark

6
Vorzugslösung für Häuserzeilen

Die zur Realisierung dieser Lösung notwendigen volkswirtschaftlichen und bereichsspezifischen Voraussetzungen sind jedoch nicht gegeben.
Der Entwurf stellt einen interessanten Beitrag für die weitere städtebauliche und architektonische Gestaltung von Erlebnisbereichen in Neubau- und besonders in Rekonstruktionsgebieten mit späteren Realisierungszeitstrecken dar.
Die landschaftsarchitektonische Lösung ist integrierter Bestandteil der städtebaulichen Konzeption. In der abwechslungsreichen Folge der städtebaulichen Räume und Freiräume wird auf die üblichen dekorativen Zutaten in Form von Hochbeeten, Kleinarchitekturen und anderem weitgehend verzichtet. Die gute räumliche Gliederung des Wohngebietsparkbereiches und die günstige Ausnutzung der Geländetopographie lassen vielfältige Möglichkeiten der Eingliederung von Freizeitspiel- und Sportmöglichkeiten zu.

Die Gesamtkonzeption ist eine gute Ausgangslösung für die Erarbeitung einer differenzierten landschaftsarchitektonischen Lösung von hohem Kommunikations- und Erholungswert.

Durch den großen Anteil von Sonderbauten und Schalenkonstruktionen wären ein nicht vertretbarer finanzieller Mehraufwand, insbesondere beim Gebäudeausbau, und eine verlängerte Bauzeit zu erwarten.

6

GRUNDRISS EBENE 1

QUERSCHNITT

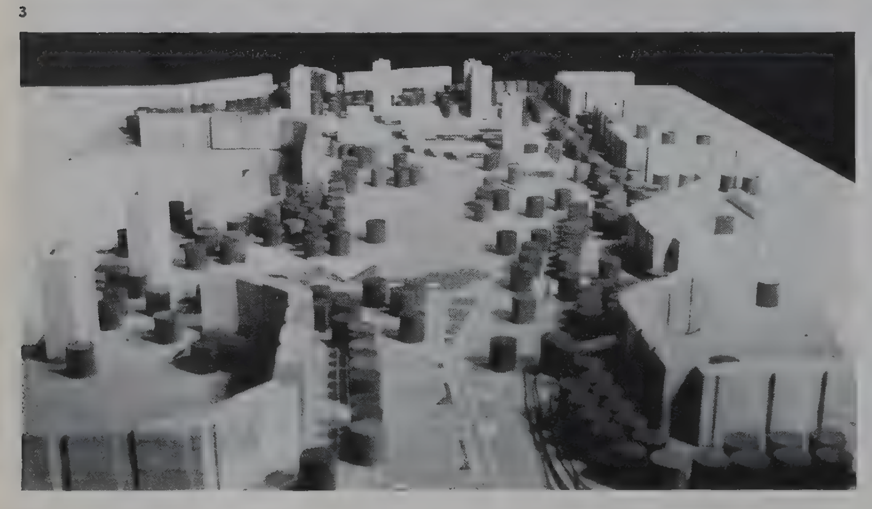
GRUNDRISS EBENE 2

1



2

3



3. Preis

Entwurfskollektiv unter Leitung von Dr.-Ing. Günter Stahn, Architekt BdA/DDR

Gestaltungsprinzipien:

Eine geschlossene städtebauliche Raumbildung zwischen Bahnhof Marzahn und Marzahner Dreieck (an den Endpunkten: Rathaus und Kulturhaus) wurde angestrebt. Der Boulevard ist in Abschnitte von etwa 300 m Länge unterteilt, dadurch ergeben sich entsprechende Plätze.

Größere und kleinere gesellschaftliche Einrichtungen sind in Funktionsgruppen zusammengefaßt.

Der Entwurf konzentriert sich bei der Gestaltung der Baukörper auf die SK-Bauweise und sieht bei den flachen Baukörpern eine großräumige Dachkonstruktion mit VT-Falten vor, die durch Kragsysteme und industrielle monolithische Bauverfahren eine anspruchsvollere Gestaltung ermöglichen sollen.

Aus der Begründung der Jury:

Der Entwurf löst die Aufgabenstellung über alle drei Bauabschnitte wirkungsvoll und ausgewogen als eine räumlich-kompositorische Einheit mit standörtlich begründeten unterschiedlichen Wertungen und Konzentrationen. Der Bahnhofsvorplatz erhält einen maßstabsgerechten „Basarcharakter", dem allerdings eine raumverbindende

Übersichtlichkeit fehlt. Mit dem Ausschwenken des Rathausplatzes in den Boulevardbereich gewinnt dieser an Bedeutung, die durch gute Gliederung in drei Platzbereiche unterstützt wird.

Die Arbeiterwohnheime und das Hotel verstärken die aktive Einwirkung auf die Magistrale erheblich, wobei die Position des Kulturhauses in Verbindung mit dem Marzahner Dreieck noch eindeutiger formuliert werden müßte.

Der Kulturplatz löst den komplizierten Richtungswechsel der Zentrumsachse in großzügig gestalteter Weise. Dem gesellschaftlichen Bereich Nord fehlt es an markantem Ausdruck.

Die Freiraumkonzeption ist durch eine bewußte Differenzierung in geschlossene architektonische und offene landschaftlich gestaltete Bereiche eindrucksvoll. Die eingesetzten landschaftsarchitektonischen Mittel entsprechen der jeweiligen städtebaulichen Situation und garantieren eine abwechslungsreiche Raumfolge.

Der in sich geschlossene Rathausplatz, der Boulevard mit seinen differenzierten Räumen und den akzentuierten Eingängen in das Wohngebietsinnere weisen schöne, der städtischen Atmosphäre entsprechende Platzgestaltungen auf. Der Hochkörper des Hotels gibt der Fußgängerführung einen betonten Richtungswechsel in das Kulturzentrum, das mit seinem Kulturhaus und der differenzierten Freiflächengestaltung einen sehr guten organischen Übergang zum Wohngebietspark bildet.

Die Geländetopographie ist gut zur Parkeingangssituation ausgenutzt. Der landschaftlich zentrale Parkraum mit einer großen Wiese und den seitlichen Baummassiven erhöht die Spannung zwischen den in sich geschlossenen Bereichen Marzahner Dreieck und Nord wirkungsvoll.

Der Entwurf konzentriert sich bei der Gestaltung der Baukörper auf die SK-Bauweise und sieht bei den flachen Baukörpern eine großräumige Dachkonstruktion mit VT-Falten vor, die in dieser Massierung, insbesondere bei den eingeschossigen Bauten, nicht überzeugend wirkt.



4

1
Modellfoto.
Gesamtübersicht aus südwestlicher Richtung

2
Modellfoto. Blick von Osten

3
Modellfoto.
Blick auf den Park und den Bereich Nord

4
Rathausplatz. Perspektive

5
Prinziplösung für gesellschaftliche Einrichtungen

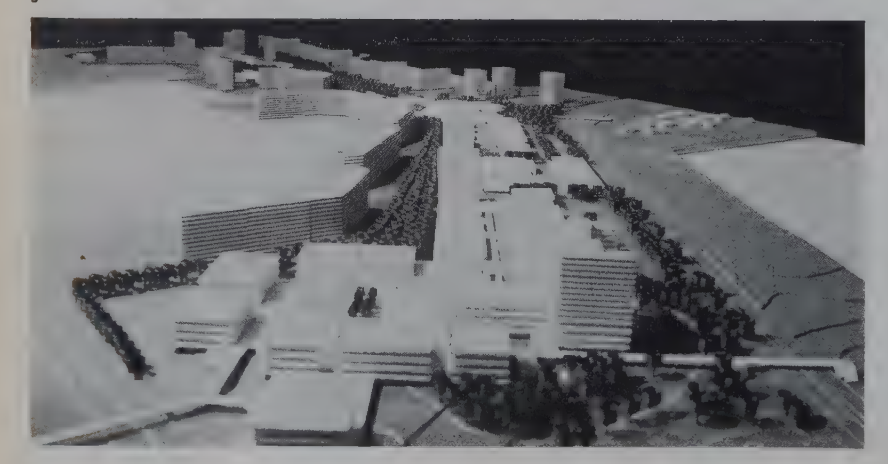
5

1



2

3



3. Preis

Entwurfskollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Achim Wolff, Architekt BdA/DDR

Gestaltungsprinzipien:

An den Verkehrspunkten und in den zentralen Bereichen werden die Funktionen verdichtet. Die Vielzahl der Funktionen ist in einzelnstehende oder miteinander verkoppelte Funktionsbausteine eingeordnet.

Es soll der Nachweis erbracht werden, daß das Forderungsprogramm weitgehend auf der Grundlage eines Konstruktionsmoduls und systematisierter Gebäudeparameter umsetzbar ist.

Ein Wiederholungseffekt wird dadurch erreicht, daß die Anwendung von Gebäudesektionen und -segmenten, Passagen, Verbindern sowie Eingangs- und Kernbereichen vorgesehen wurde. Alle Gestaltungsmöglichkeiten der SK-Bauweise sind ausgenutzt.

Aus der Begründung der Jury:

Der Entwurf spiegelt das Bemühen wider, die bei der Einordnung von gesellschaftlichen Bauten gewonnenen Erfahrungen schöpferisch anzuwenden.

Es wurde versucht, durch wiederverwendungsfähige Baukörper als Funktionsbausteine die bisherige Einzelstandortpraxis zu überwinden und gleichzeitig differen-

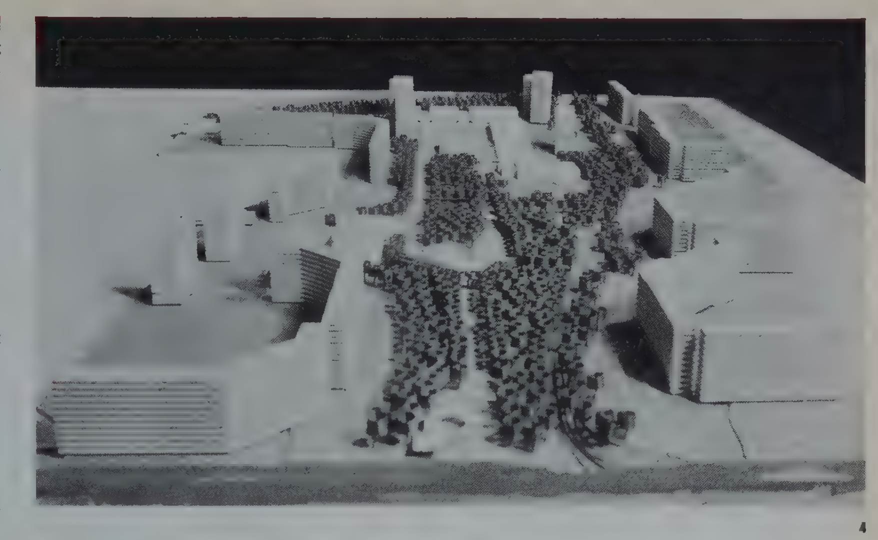
zierte, standörtlich begründete Räume und Raumfolgen zu schaffen. Dies geschieht unter Beibehaltung erprobter Bautechnologien des VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin.

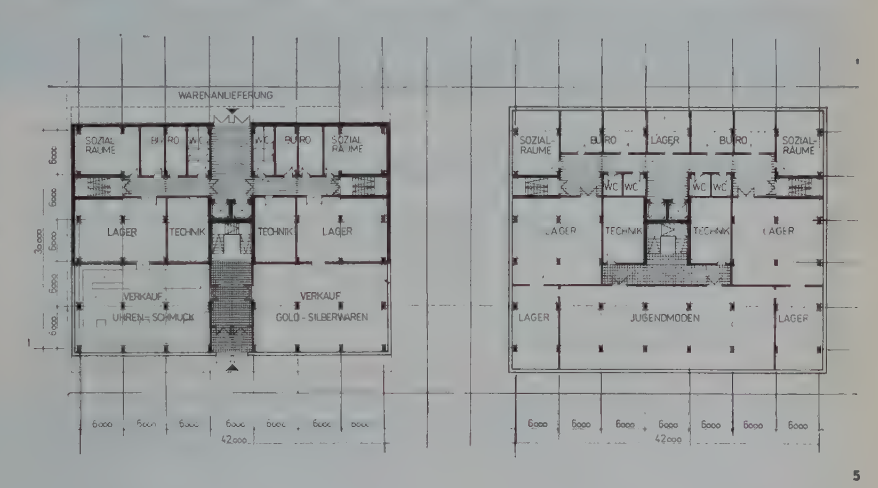
Die angestrebte Konsequenz erstreckt sich auch auf solche Gebäude (Rathaus, Kulturhaus), die als Unikate zu einer Unverwechselbarkeit beitragen sollten und führt zu einer unnötigen Erstarrung der Komposition. Die Diagonalstellung des Bahnhofsplatzes ist, weil räumlich nicht allseitig lösbar, problematisch.

Der Bereich Nord ist überladen und leidet unter der geometrischen Strenge des rechten Winkels.

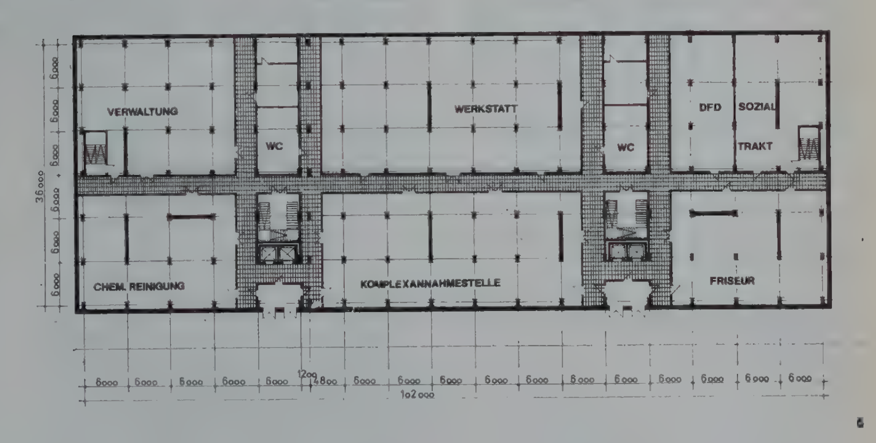
Die landschaftsarchitektonische Konzeption läßt trotz schöner Einzelbereiche kein ausdrucksvoll differenziertes Erlebnis von städtebaulichen und landschaftlichen Räumen zu. Der Wohngebietspark ist nicht als großräumiger Landschaftspark erfaßbar.

Der Boulevard selbst ist trotz reicher Ausstattung mit Brunnen, Blumenbeeten und Baumpflanzungen spannungslos. Anzuerkennen ist das Bemühen, durch Hochhäuser und eine gemäße Freiflächengestaltung die Anbindung der wichtigen Fußgänger- und Grünverbindungen ins Wohngebietsinnere zu verdeutlichen. Der Wohngebietspark weist zwar Freizeitspiel- und Sporteinrichtungen auf, bleibt aber durch den Verzicht auf einen offenen mittleren Grünflächenbereich ausdrucksarm.

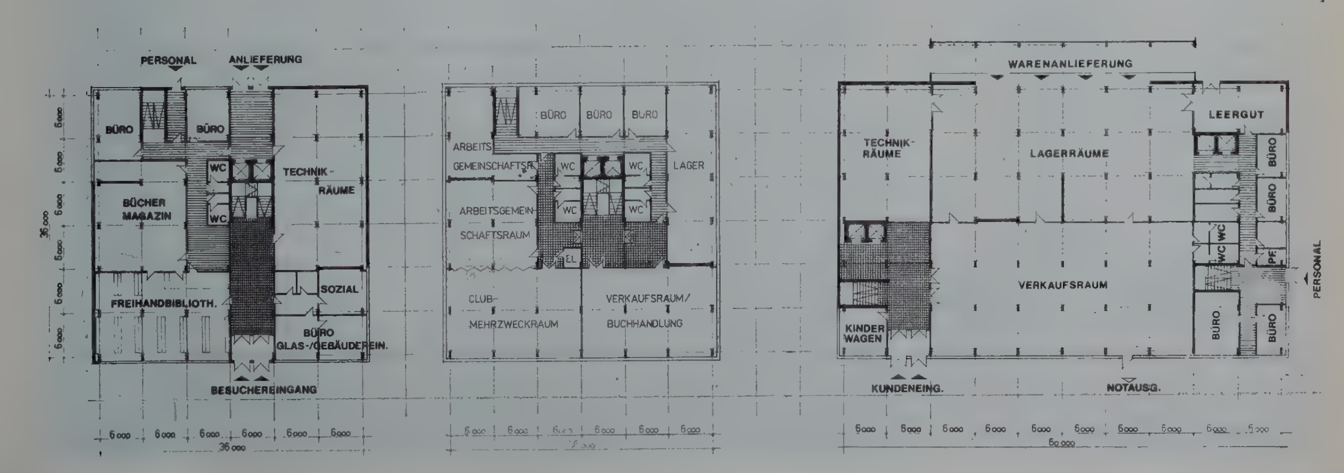

4



5



6



7

1
Modellfoto.
Gesamtübersicht aus südwestlicher Richtung

2
Isometrie (Bereich zwischen Bahnhof Marzahn und Marzahner Dreieck)

3
Modellfoto. Blick aus westlicher Richtung

4
Modellfoto.
Blick auf den Park und den Bereich Nord

Funktionslösungen

5
Uhren/Schmuck
(links: 1. Geschoß, rechts: 2. Geschoß)

6
Haus der Dienste (2. Geschoß)

7
Jugendklub (1. und 3. Geschoß),
Industriewarenhaus (1. Geschoß)

Vor 60 Jahren wurde in Weimar das Bauhaus gegründet. Mit dem Wirken namhafter progressiver Künstler und Architekten am Bauhaus verbanden sich vor allem das Streben um eine Erneuerung von Kunst und Architektur und ein beharrlicher Kampf gegen überlebte Formen des Historismus und Eklektizismus, gegen den Widerspruch zwischen humanistischen Bestrebungen in der Architektur und der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Besonders jene Werte, die namhafte Vertreter des Bauhauses für die Erneuerung der Formsprache der Architektur, für die Industrialisierung des Bauens, für die Formgestaltung sowie für Forschung und Lehre hervorbrachten, sind für uns heute Bestandteile eines wertvollen kulturellen Erbes, das wir in die Lösung unserer heutigen und künftigen Aufgaben einbeziehen. Daher ist die Geschichte des Bauhauses auch heute sicher von prinzipiellem Interesse.



1

Die Architektur am Weimarer Bauhaus

Zum 60. Jahrestag der Gründung des Bauhauses

Prof. Dr.-Ing. habil. Christian Schädlich
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

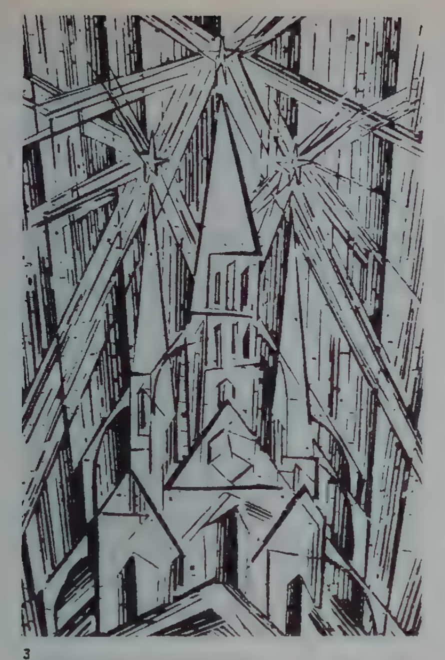
Mit Wirkung vom 1. April 1919 wurde dem Architekten Walter Gropius die Leitung der Hochschule für bildende Kunst einschließlich der ehemaligen Kunstgewerbeschule in Weimar übertragen. Am 12. April teilte das Hofmarschallamt dem neuen Direktor mit, daß die republikanische provisorische Regierung einem bereits Mitte März gestellten Antrag stattgegeben habe, die Schule umzubenennen in „Staatliches Bauhaus in Weimar (Vereinigte Großherzogliche Hochschule für bildende Kunst und ehemalige Großherzogliche Kunstgewerbeschule)". Formaljuristisch war das nicht exakt; denn die Kunstgewerbeschule galt mit dem Weggang Van de Veldes 1915 als aufgelöst. Inhaltlich aber enthielt diese Formulierung ein bedeutendes künstlerisches und kunstpädagogisches Programm: Die bildende Kunst und das Kunstgewerbe sollten unter Hinzufügung der Architektur und in ihr zur Synthese geführt werden.

Der „große Bau" als Ziel

Das von Gropius verfaßte und im April 1919 als Flugblatt gedruckte Programm des Bauhauses beginnt mit dem markanten Satz: „Das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit ist der Bau!" Ihn zu schmücken – heißt es weiter – sei die vornehmste Aufgabe der bildenden Künste gewesen. Nun aber stünden sie in „selbstgenügsamer Eigenheit", sie müßten daraus erlöst werden durch ein neues Mit- und Ineinanderwirken aller Werkleute. Die alte Kunsthochschule habe diese Einheit nicht zu erzeugen vermocht. Es sei nötig, sie durch die Werkstatt zu ersetzen. Die „nur zeichnende und malende Welt der Musterzeichner und Kunstgewerbler" müsse endlich wieder zu einer **bauenden** werden. So ergab sich für die Schule als Ziel: „Das Bauhaus erstrebt die Sammlung alles künstlerischen Schaffens zur **Einheit, die Wiedervereinigung aller werkkünstlerischen Disziplinen** – Bildhauerei,

2





3



4

1
Bauhaus-Ausstellung 1923. Blick in die Abteilung mit der Siedlungsplanung und den Serienhäusern

2
Bauhaus-Ausstellung 1923. Modelle der internationalen Architekturausstellung

3
Titelblatt des Bauhausprogramms von 1919 (Holzschnitt von L. Feininger)

4
Berlin. Haus Sommerfeld (W. Gropius und A. Meyer 1921)

5
Berlin. Haus Otte (W. Gropius und A. Meyer 1921/22)

Malerei, Kunstgewerbe und Handwerk – zu einer neuen Baukunst als deren unablösliche Bestandteile. Das letzte, wenn auch ferne Ziel des Bauhauses ist das **Einheitskunstwerk – der große Bau –**, in dem es keine Grenze gibt zwischen monumentaler und dekorativer Kunst." Gropius rief dazu auf, gemeinsam den „neuen Bau der Zukunft" zu erschaffen, „der aus Millionen Händen der Handwerker einst gen Himmel steigen wird als kristallenes Sinnbild eines neuen kommenden Glaubens". Dementsprechend lautete einer der Grundsätze des Bauhauses: „Gemeinsame Planung umfangreicher utopischer Bauentwürfe – Volks- und Kultbauten – mit weitgestecktem Ziel" (1).

Gropius sprach in diesem Zusammenhang von der „Zukunftskathedrale" oder vom „Freiheitsdom der Zukunft". Auf dem Titelblatt des Bauhausprogramms war Feiningers Holzschnitt einer Kathedrale mit funkelnden Sternen zu sehen, gedacht als symbolische Verkörperung des aus Gemeinschaftsarbeit hervorgegangenen Gesamtkunstwerkes, das „mit seiner Lichtfülle bis in die kleinsten Dinge des täglichen Lebens hineinstrahlen" sollte.

Das Einheitskunstwerk war also nicht nur eine ästhetisch-formale Aufgabe. Es verband sich damit ein gesellschaftsveränderndes Ziel. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die deutsche Novemberrevolution hatten in breiten Kreisen der künstlerischen Intelligenz die Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft genährt. Die erstrebte ästhetische Synthese des Einheitskunstwerkes wurde zum Symbol für eine neue, harmonische menschliche Gemeinschaft (2). Das Bauhaus sei – so formulierte Schlemmer später – zunächst zum Sammelpunkt derer geworden, die „zukunftsgläubig-himmelstürmend die Kathedrale des Sozialismus" bauen wollten (3). Solche Vorstellungen von einer neuen harmonischen Gesellschaft erwiesen sich als Utopie. Das Scheitern der Novemberrevolution bot keinerlei Aussicht auf ihre Verwirklichung. Enthusiastisch vorgetragene Programmforderungen mußten überprüft werden. Wiederum erfaßte Schlemmer die Situation deutlich. Im Juni 1922 schrieb er in sein Tagebuch: „Abkehr von der Utopie. Wir können und dürfen nur das Realste, wollen die Realisation der Ideen anstreben. Statt Kathedralen die Wohnmaschine . . . "(4)

Zweifellos waren neben äußeren, durch die Nachkriegssituation bedingten Hemmnissen auch die inneren Widersprüche des künstlerisch-sozialen Programms Ursache dafür, daß beim beabsichtigen Bauhaus Idee und Wirklichkeit zunächst stark auseinanderklafften. Obgleich in den Satzungen immer wieder als künstlerisches und pädagogisches Ziel wie als Bestandteil des Studienganges ausgewiesen, gab es am Weimarer Bauhaus keine reguläre Baulehre. Es hat indes nicht an praktischen Schritten gefehlt, sie einzurichten.

Bemühungen um die Baulehre

Die Weimarer Hochschule hatte in der Architektenausbildung keine Traditionen. Versuche Van de Veldes vor dem ersten Weltkrieg, an der Kunstgewerbeschule eine Architekturlehre einzurichten, scheiterten am Widerstand höfischer Kreise. Gropius

5





6



7

8



suchte die fehlenden Voraussetzungen – wie ehedem auch Van de Velde – durch Kooperation mit der Baugewerkenschule Weimar zu schaffen, deren Direktor Paul Klopfer dem Bauhausgedanken aufgeschlossen gegenüberstand. Mit ihm wurde für Herbst 1919 ein „Zwischensemester" für die an Architektur interessierten Bauhausschüler vereinbart. Da das Ministerium seine Zustimmung versagte, ließ Gropius den achtwöchigen Kursus mit je 24 Wochenstunden auf privater Basis im Bauhaus durchführen. Etwa 15 Schüler nahmen am Unterricht in Bauzeichnen, Baukonstruktion, Statik und Baustofflehre teil. Im gleichen Studienjahr 1919/1920 hospitierten 10 Schüler des Bauhauses an der Baugewerkenschule, und Baumeister Schumann lehrte am Bauhaus Projektions- und Werkzeichnen. Klopfer führte einen auf Achitekturanalysen aufgebauten Kurs „Grundfragen der Architektur" durch. Gropius selbst hielt Vorlesungen über Raumkunde und geometrisches Zeichnen.

Darin erschöpfte sich zunächst die Zusammenarbeit mit der Baugewerkenschule, und auch die Versuche, eine Baulehre einzurichten, blieben stecken. Ein Teil der Schülerschaft drängte immer wieder darauf, dies vor allem seit 1923, nachdem mit der Siedlungsplanung und dem Bau des Versuchshauses die Architektur schon praktischer Arbeitsgegenstand geworden und überdies auf der großen Ausstellung von 1923 ein internationaler Querschnitt der modernen Architektur zu sehen war. In Form von Zeichnungen, Fotos und Modellen stellten sich folgende Architekten vor: Aus Holland: Oud, Wills, Dudok, Mart Stam. Aus Dänemark: Lönberg-Holm. Aus Frankreich: Le Corbusier, Mallet-Stevens, Guevrekian. Aus der Tschechoslowakei: Feuerstein, Obrtel, Krejcar, Fragner. Aus den USA: Wright. Aus Deutschland: Gropius und Adolf Meyer, Bruno Taut, Max Taut, Mendelsohn, Döcker, Mies van der Rohe. Das Bauhaus verpflichtete ab Januar 1924 abermals Baurat Schumann zu einem Kurs über Baukonstruktionen, der von rund 15 Schülern besucht wurde. Im April 1924 legten Meister Georg Muche und die Gesellen Marcel Breuer und Farkas Molnar eine Denkschrift zur Gründung einer Architekturabteilung vor. Sie wollten damit dem Bauhaus seine letzte und wichtigste Aufgabe, den „Bau" ermöglichen und den Werkstätten durch Mitarbeit am Bau ihren Sinn geben. Mehr als eine Arbeitsgemeinschaft wurde nicht daraus. Ebenfalls im April 1924 schlug Gropius selbst unter einer Reihe von

6
Jena. Haus Auerbach
(W. Gropius und A. Meyer 1924)

7
Jena. Stadttheater
(W. Gropius und A. Meyer 1922)

8
Entwurf für Haus Kallenbach in Berlin.
(W. Gropius und A. Meyer 1922)

9
Wettbewerbsentwurf für das Bürogebäude der Chicago Tribune
(W. Gropius und A. Meyer 1922)

10
Entwurf für die Landmaschinenfabrik Gebrüder Kappe & Co. in Alfeld an der Leine
(W. Gropius und A. Meyer 1922)

Organisationsveränderungen auch die Gründung einer Architekturabteilung vor. Die angehenden Architekten sollten darin weitgehend frei und selbständig arbeiten. Um dies zu gewährleisten, erachtete Gropius für den Eintritt in die Abteilung eine Vorbildung in dreierlei Hinsicht für notwendig: Beherrschung eines Handwerkes (Gesellenbrief), bautechnische Kenntnisse (erworben durch Baugewerkenschule, Technische Hochschule oder Kurse am Bauhaus) und besondere künstlerische Begabung. Der Bauhausrat billigte diese Gedanken. Sie wurden indes in Weimar nicht mehr verwirklicht.

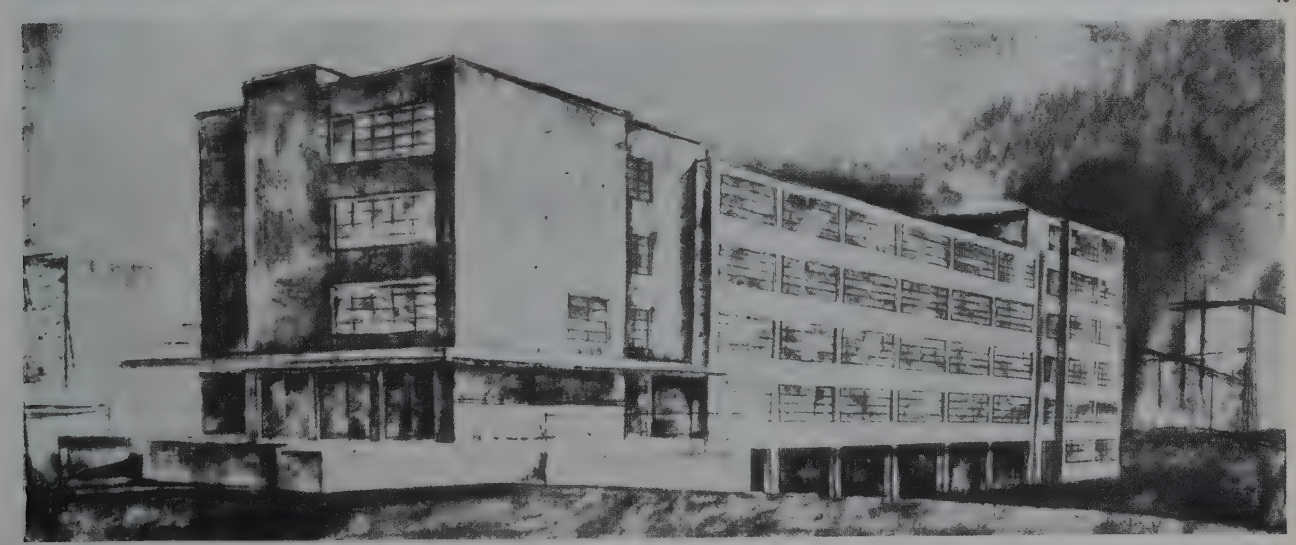
So blieb das Weimarer Bauhaus ohne Baulehre, und auch in Dessau wurde sie erst 1927 aufgenommen. Trotzdem war Architektur nicht nur theoretisch postulierte Zielfunktion künstlerischen Schaffens. Sie spielte auch am Weimarer Bauhaus eine Rolle als praktische Auseinandersetzung mit baulichen Problemen des Wohn- und Gesellschaftsbaus. Anregend wirkte hier die private Architektentätigkeit des Direktors.

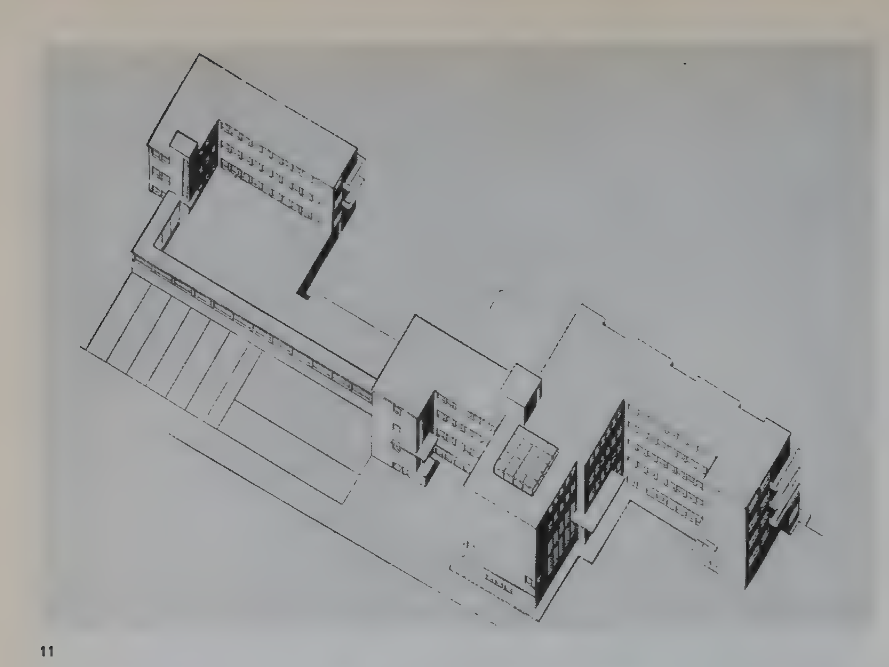
Das Architekturbüro Gropius

Wichtigster pädagogischer Grundsatz des Bauhauses war die möglichst auf dem realen Auftrag beruhende Werkstattarbeit. Es lag deshalb nahe, daß Gropius danach trachtete, sein privates Architekturbüro in engen organisatorischen Zusammenhang mit der Schule zu bringen. Sein Mitarbeiter Adolf Meyer wurde als außerordentlicher Meister für Architektur ans Bauhaus berufen. Er ist allerdings als solcher nicht wirksam geworden, gab nur Werkzeichnen und fungierte ansonsten als Assistent von Gropius. Das Büro aber blieb Katalysator für die Beschäftigung mit Architektur am Bauhaus und eröffnete den Werkstätten Betätigungsmöglichkeiten für praktische Arbeit am Bau.

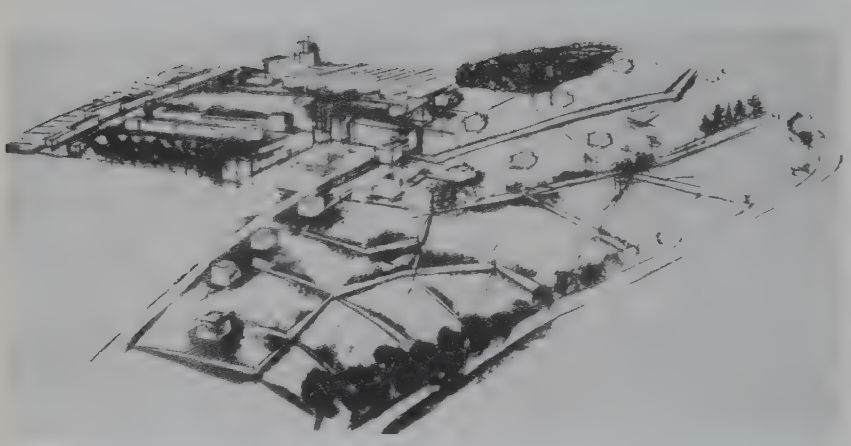
Die Bauten und Projekte, die Walter Gropius zusammen mit Adolf Meyer in den ersten Bauhausjahren bis 1924 ausführte, sind in der baugeschichtlichen Literatur noch wenig bearbeitet. Sie stehen meist im Schatten der vorangegangenen oder folgenden Leistungen wie dem Faguswerk Alfeld 1911 und der Musterfabrik auf der Werkbundausstellung Köln 1914 oder dem Bauhausgebäude, der Meisterhäuser und der Siedlung Törten in Dessau ab 1926. Einiges scheint in Vergessenheit geraten. Erst in jüngerer Zeit gibt es Bemühungen diese gewiß nicht unbedeutenden Beispiele

9
10

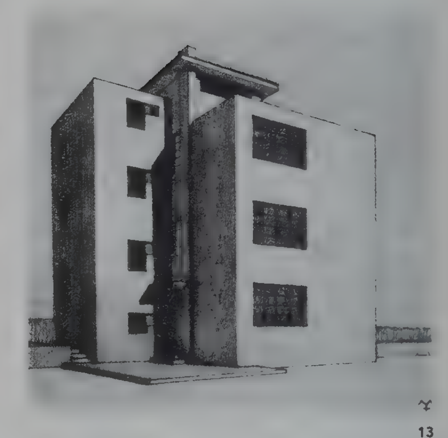




11



12



13

11
Entwurf für eine Internationale Philosophische Akademie in Erlangen
(W. Gropius und A. Meyer 1924)

12
Plan der Bauhaussiedlung in Weimar (1922)

13
Entwurf für ein Atelierhaus in der Bauhaussiedlung
(F. Forbat 1922)

14
Grundtyp eines Wohnhauses für die Bauhaussiedlung
(F. Forbat 1922) (Umzeichnung)

15
Baukasten im Großen (W. Gropius 1923)

16
Serienhäuser nach dem Wabensystem auf der Bauhaus-Ausstellung 1923
(W. Gropius und F. Forbat)

des architektonischen Schaffens wieder in das Blickfeld der Forschung zu rücken (5).
Am Anfang einer Reihe von Wohnhäusern steht das Holzhaus für den Industriellen Sommerfeld in Berlin-Dahlem. Es wurde 1921 in Blockbauweise errichtet. Ebenso kompakt, jedoch aus Mauerwerk ist das 1921/1922 erbaute Haus Otte in Berlin-Zehlendorf. Das Gestalttypische beider Baukörper wird wesentlich durch das Dach bestimmt. Es folgen zwei nicht ausgeführte Entwürfe, der eine für das Haus Kallenbach in Berlin, 1922, (es war in Beton gedacht) und der andere für ein nicht näher bezeichnetes Berliner Wohnhaus wohl aus demselben Jahr. Beide Projekte weisen bei gleichzeitigem Übergang zum Flachdach eine differenzierte Massenkomposition auf. Sie leiten zu dem 1924 in klaren kubischen Formen gebauten Haus Auerbach in Jena über. Erwähnenswert sind schließlich noch die im gleichen Jahr und in gleicher Haltung angefertigten Entwürfe für ein Strandhaus auf der Düne und – nur von Adolf Meyer – für das Wohnhaus Walter Dexel in Jena.
Haus Sommerfeld, erstes Objekt des Baubüros Gropius, bot auch erste Möglichkeit zur Mitwirkung der Bauhauswerkstätten bei der Ausstattung. Joost Schmidt versah die in kostbarem Teakholz gehaltene Diele mit plastischen Ornamenten an Türen und Treppenwangen. Josef Albers gestaltete ein buntes Glasfenster. Im Raum standen Stühle von Marcel Breuer. Es gelang nicht, diese ersten bescheidenen, doch hoffnungsvollen Ansätze zur Wiedervereinigung aller werkkünstlerischen Disziplinen am Bau wesentlich zu erweitern. Für das Haus Otte schuf Josef Albers abermals ein farbiges Glasfenster. Ansonsten fand nur die Werkstatt für Wandmalerei ein Betätigungsfeld. Bei allen ausgeführten Bauten wirkte sie an der Farbgestaltung mit, so bei den Häusern Sommerfeld, Otte und Auerbach wie auch beim Umbau des Stadttheaters Jena. Dieses 1922 ausgeführte Objekt kennzeichnet mit seinen harten und klaren Formen die sich in jenen Jahren am Bauhaus anbahnende stark rationalistische, technikorientierte Arbeitsweise.

Im Jahre 1922 entstanden die Projekte zu zwei Verwaltungsgebäuden. Hält sich das für den Sommerfeldkonzern an die Form des mehrgeschossigen kompakten Bürobaus, so gelingt mit dem Wettbewerbsentwurf für den Wolkenkratzer der Chicago Tribune eine zukunftsweisende Lösung auf der Grundlage des Stahlbetonskeletts. Sie wurde ebensowenig prämiert wie mehrere ähnliche moderne Vorschläge.

In zwei Entwürfen für Industriebauten führten Gropius und Meyer Erfahrungen der Vorkriegszeit fort: Landmaschinenfabrik Gebrüder Kappe & Co. 1922 und Papierfabrik Hannover 1924, beide in Alfeld an der Leine. Im ersten Entwurf scheinen Ausdruckswerte des späteren Bauhausgebäudes vorweggenommen.

Erwähnenswert sind schließlich die Arbeiten zu Schul- und Heimbauten im Sinne von Gemeinschaftsanlagen des Arbeitens und Lebens. Im Jahre 1924 entstanden die Projekte für eine Internationale Philosophische Akademie in Erlangen und für das Friedrich-Fröbel-Haus in Bad Liebenstein. Das Fröbelhaus sollte Forschungsstätte, Kindergarten und Kinderheim sein. Der Vorschlag ist ideell mit der progressiven Thüringer Schulreform verbunden, in die auch das Bauhaus sich einzuordnen suchte. Aus solchen Beziehungen entstand dann auch der als Typ gedachte Entwurf eines Kindergartens für thüringische Dörfer von Adolf Meyer.

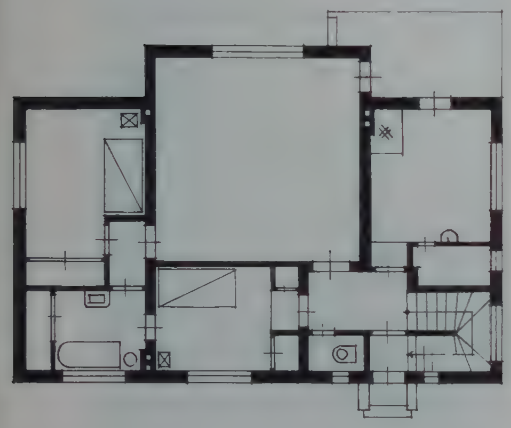
Es ist hier nicht der Ort tiefgründiger Analyse dieser Bauten und Projekte. Bereits eine flüchtige Überschau macht aber deutlich, wie sich in den Weimarer Jahren die für das spätere Schaffen von Gropius charakteristischen schöpferischen Prinzipien weiter ausprägten, wie sich die Mittel der Grundrißgestaltung, Massenkomposition und Formenbehandlung entwickelten. Sicherlich wirkte das alles anregend auf das architektonische Denken und die Beschäftigung mit Architektur am Bauhaus. Ganz bestimmt aber tat dies das ebenfalls im Büro Gropius erarbeitete Projekt für die Bauhaussiedlung. War es doch ursächlich mit wesentlichen Zielstellungen des Bauhauses verbunden!

Siedlungsplan und Entwürfe für Serienhäuser

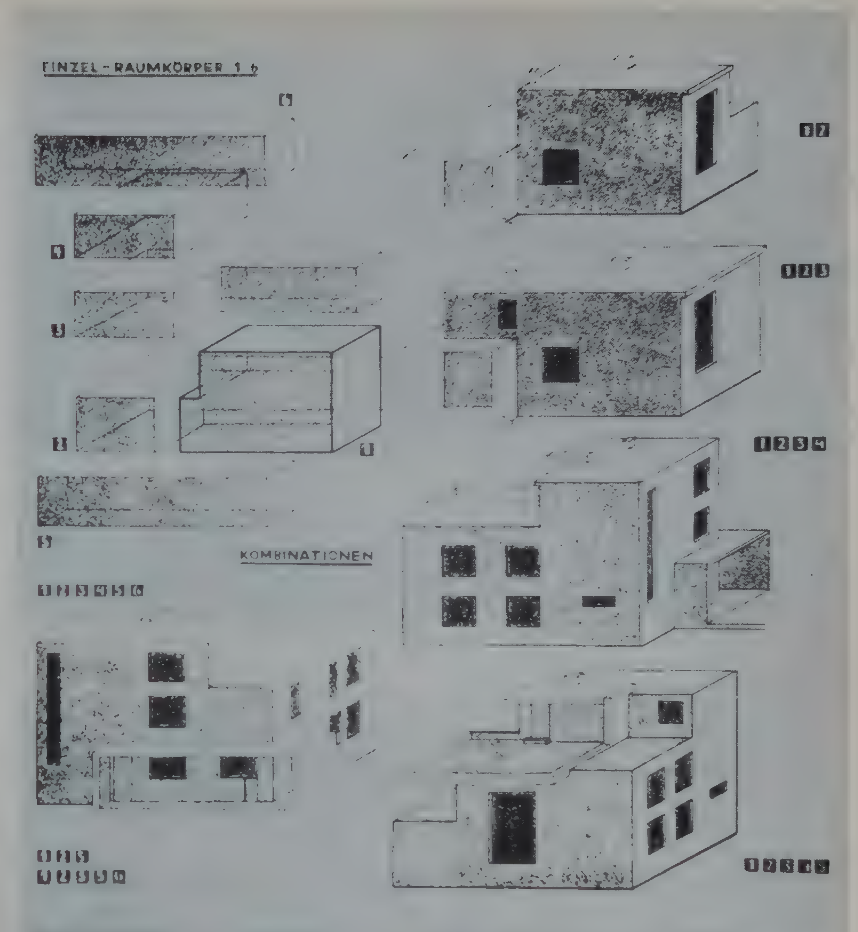
Unmittelbarer Anlaß für den Siedlungsgedanken waren zweifellos die Wohnungsnot und die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage der Bauhäusler. Eine Siedlung

konnte aber auch die baulich-räumlichen Bedingungen für die am Bauhaus erstrebte Arbeits- und Lebensgemeinschaft schaffen und die Werkstätten mit Auftragsarbeit versehen, ihnen ein breites Experimentierfeld erschließen. Nach längeren Verhandlungen stellte die Landesregierung 1920 ein Gelände am Hang östlich des Parkes in Weimar zur Verfügung. Im April 1922 wurde die Bauhaus-Siedlungsgenossenschaft gegründet (6).

Als Architekt der Genossenschaft war im Architekturbüro Gropius Fred Forbat tätig. Unter der Leitung von Gropius und wohl auch Beteiligung weiterer Mitarbeiter erarbeitete er im Frühjahr und Sommer 1922 den Plan der Siedlung. Ausgewiesen sind neben 19 in Gärten eingebetteten Einfamilienhäusern mehrere Blöcke Reihenhäuser für 52 Familien. Gedacht waren diese Wohnbauten unterschiedlichen Typs für Angehörige und Freunde des Bauhauses. Für Studenten enthält der Plan fünf Wohnheime in unmittelbarer Nachbarschaft des vorgesehenen Schulgebäudes.



14



BAUKASTEN IM GROSSEN, AUS DEM SICH NACH VORBEREITETEN MONTAGEPLÄNEN JE NACH KOPFZAHL UND BEDÜRFNIS DER BEWOHNER VERSCHIEDENE „WOHNMASCHINEN" ZUSAMMENFÜGEN LASSEN

15

Forbat begann, einzelne Gebäude zu projektieren. Bei einem Atelierhaus gruppieren sich um das quadratische innenliegende Treppenhaus außer der Teeküche und Sanitäreinrichtungen jeweils drei Wohnateliers mit abgetrenntem Schlafteil. Der Entwurf für die Einfamilienhäuser geht von einem Grundtyp aus. Ein quadratisches, etwas vorspringendes Wohnzimmer wird an drei Seiten von den übrigen Zimmern umschlossen. Das zweigeschossige Haus ist als Ein- oder – wenn die Treppe wenig verändert wird – als Zweifamilienhaus möglich. Es scheint, daß auch ein über zwei Geschosse reichender kubischer Wohnraum in den Überlegungen eine Rolle gespielt hat. Im Zusammenhang mit der weiteren Durcharbeitung der Wohntypen entwickelten Gropius und Forbat gemeinsam interessante, von ihnen als Wabensystem bezeichnete Vorschläge zur Typisierung und Rationalisierung des Einfamilienhausbaus. Sie gingen von räumlichen Funktionselementen aus, die je nach Gruppierung – abhängig auch von unterschiedlichem Raumbedarf – unterschiedliche Baukörper ergaben. So gelang es trotz Vereinheitlichung und damit möglicher Rationalisierung doch Gleichförmigkeit zu vermeiden. Das Sortiment bestand aus einem Grundkörper und sieben ergänzenden Teilen. Auf der Ausstellung von 1923 waren Modelle von solchen Häusern zu sehen.

Im Herbst 1923 bildete das Büro Gropius dieses System weiter durch. Es entstand der bekannte „Baukasten im Großen". Sechs „Raumkörper" lassen sich je nach Kopfzahl und Bedürfnis der Bewohner zu verschiedenen Häusern zusammenfügen. In allen Fällen reicht das Wohnzimmer (Raumkörper Nr. 1) über zwei Geschosse. Die von Gropius hier gefundene Lösung entsprang seinen Bemühungen zur Industrialisierung des Hausbaus. Es käme darauf an, so meinte er, nicht die ganzen Häuser, sondern die Bauteile zu typisieren, industriell zu vervielfältigen und sie dann zu verschiedenen Haustypen zusammenzusetzen. Daß er dabei von räumlichen Funktionsbausteinen ausgeht, ist ein bemerkenswerter Ansatz, auch wenn Aussagen über Konstruktion und Technologie des gedachten Montagesystems vorerst noch nicht gemacht werden.

Eine der möglichen Kombinationen des Baukastens (die aus den Körpern 1, 2, 3, 4) bearbeitete Gropius weiter. Der zweigeschossige, aus den Elementen 1, 2 und 3 gebildete Grundkörper mit durchreichendem Wohnraum erhielt ein teilweises drittes Geschoß aufgesetzt, dem eine Dachterrasse

16





17



18

19

vorgelagert ist. Karl-Heinz Hüter vermutet sicher zu Recht, daß Gropius dieses Projekt für das geplante Versuchshaus des Bauhauses gedacht hatte. Die Schülerschaft indes entschied sich für den Entwurf des Malers und Meisters Georg Muche.

Das Versuchshaus des Bauhauses

Das Haus wurde auf dem Siedlungsgelände des Bauhauses, an der Straße „Am Horn“, errichtet und stand im Spätsommer 1923 als Ausstellungsobjekt zur Verfügung. Muches Entwurf ist ideengeschichtlich mit den vorangegangenen Typenuntersuchungen von Gropius und Forbat verbunden. Was ihn für die Schülerschaft so anziehend machte, war sicherlich die Folgerichtigkeit, mit der das Grundkonzept der funktionellen und räumlich-körperlichen Ordnung verwirklicht ist. Der quadratische, überhöhte Wohnraum liegt im Zentrum des Gebäudes. Die übrigen Zimmer sind ihm ringsherum angelagert. So entstehen zwei klare, sich gegenseitig durchdringende Körper. Hochliegende Fenster belichten den Wohnraum ausreichend. Außerdem ist er über das Fenster in der Arbeitsnische auch in Augenhöhe mit der Außenwelt verbunden.

Projektiert wurde das Haus im Büro Gropius. Finanziert hat es der Industrielle Sommerfeld. Die „Soziale Bauhütte Weimar“ führte es unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der sich verschärfenden Inflation aus. Für die Anwendung einer industriellen Montagebauweise fehlten noch der wissenschaftliche Vorlauf und die technischen Voraussetzungen. Jedoch wurden Baustoffe und Baukonstruktionen bevorzugt, die „einem neuen, synthetischen Baugedanken“ entgegenkamen. „Ersatzbauweisen waren bewußt ausgeschaltet, dagegen wurde Wert auf Übereinstimmung von Material und Konstruktion gelegt, um

17
Weimar. Versuchshaus des Bauhauses
(G. Muche 1923) Ansicht

18
Weimar. Versuchshaus des Bauhauses
(G. Muche 1923) Grundriß

19
Weimar. Versuchshaus des Bauhauses
(G. Muche 1923)
Einrichtung des Zimmers der Dame (M. Breuer)

20
Entwurf zu einem Wohnhaus in Fachwerk
(F. Molnar 1923)

21
Entwurf zu einem Einfamilienhaus
(F. Molnar 1923)

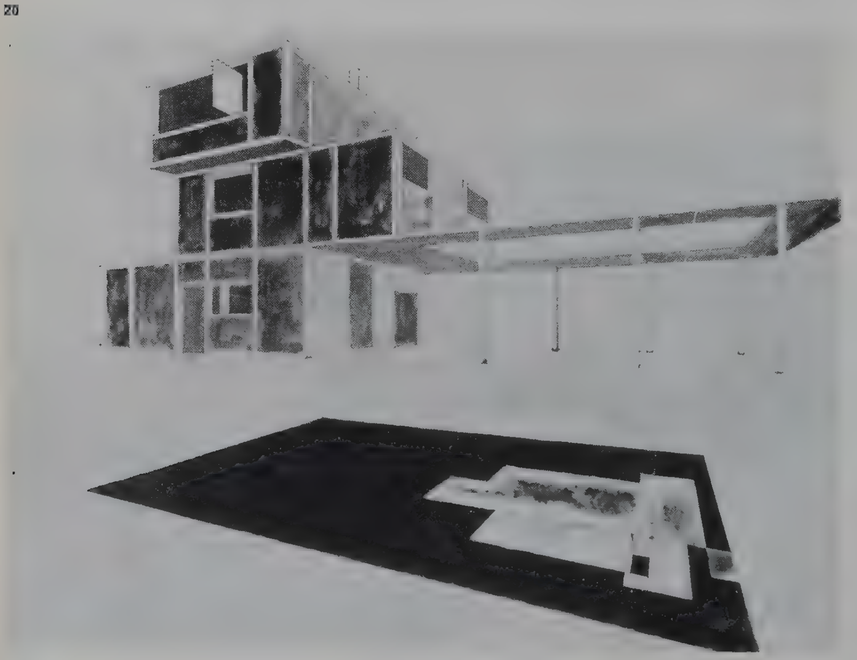
22
Haus des „Weißen Mannes“
(Litographie von J. Itten 1922)

23
„Der Rote Würfel“. Entwurf zu einem Wohnhaus
(F. Molnar 1923) Ansicht

24
Variationen zum Versuchshaus des Bauhauses
(A. Meyer, M. Breuer)

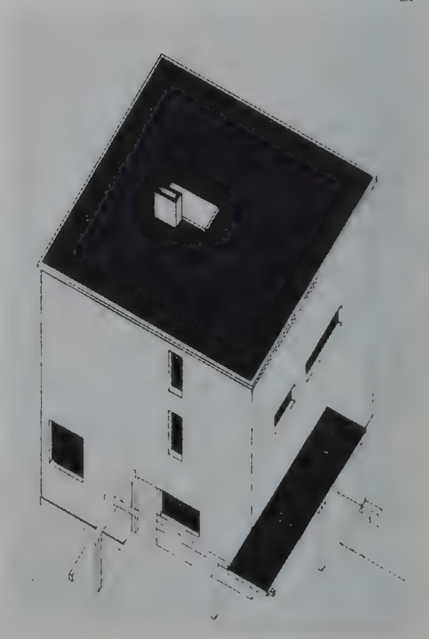
25
Entwurf zu einem Reihenwohnhaus
(F. Molnar)

20



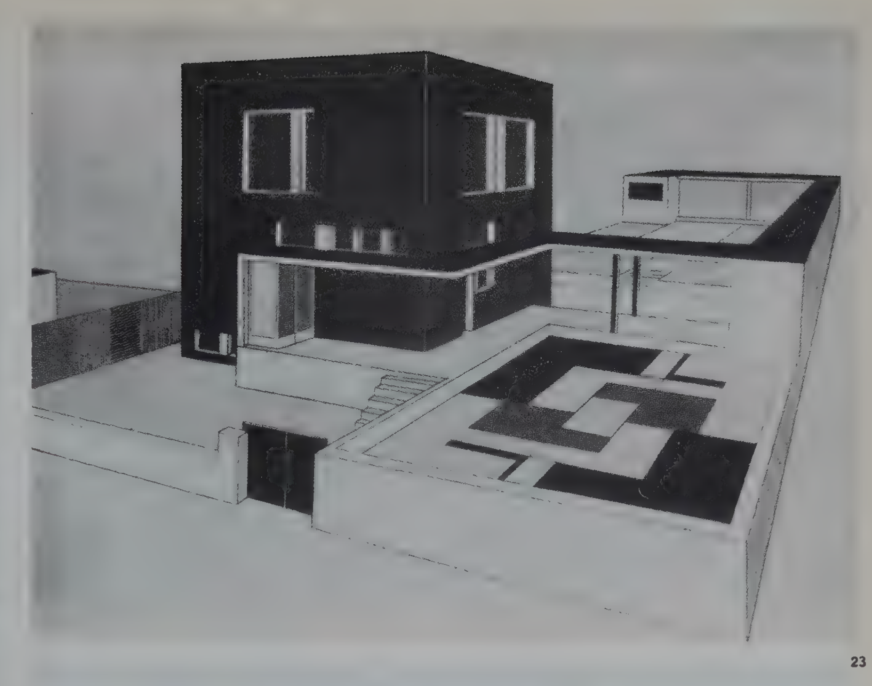


21



einen über die jetzige ökonomische Gebundenheit hinaus, heute schon möglichen Weg nach vorne aufzuzeigen", schrieb Adolf Meyer, der die Bauleitung innehatte (7). Die Innengestaltung und Ausstattung erfolgte durch die Werkstätten des Bauhauses, die hier erstmals in so komplexer Weise die Möglichkeit zur Mitarbeit am Bau erhielten.

Zur Einschätzung dieses Versuchshauses genügt es, einen Zeitgenossen zu zitieren. Bruno Taut fand, „daß dieses Gebäude in seiner gesamten Auffassung, besonders in seiner Inneneinrichtung eine sehr große Fülle von Anregungen, Aufschlüssen über manche, anderswo nicht gewagte Fragen bietet, so daß sein Zweck im besten Sinne erfüllt ist. Es liegt hier immerhin ein wichtiger Versuch vor, eine Wohnung darzustellen, welche auf Bildchen und überflüssige Kleinigkeiten verzichtet zugunsten einer umfassenden und deshalb genügenden Raumgestaltung. Der Hauptwohnraum, die Küche, das Bad, das Kinderzimmer und manche sonstige Einzelheiten sind Dinge, die zweifellos wirksame Kraft in sich haben, und deren Spuren man im weiteren architektonischen Schaffen begegnen wird" (8).



23

Untersuchung der Wohnprobleme



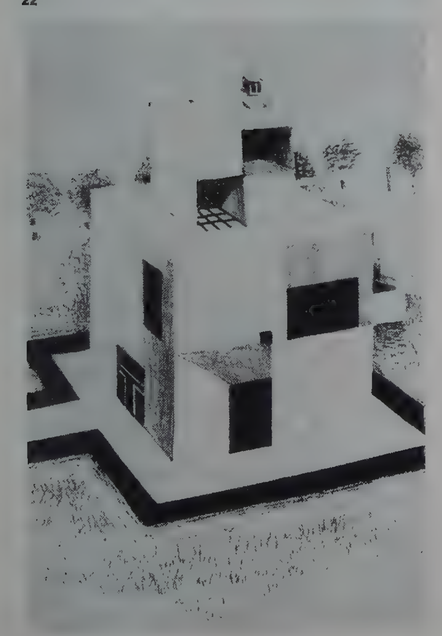
In der bereits erwähnten Denkschrift zur Gründung einer Architekturabteilung aus dem Jahre 1924 gingen Muche, Breuer und Molnar davon aus, daß eine erfolgreiche Auftragsprojektierung nur durch systematische Untersuchung der Wohnprobleme möglich ist, daß vorher Normenprojekte, die auf wesentlichen Neuerungen beruhen, ausgearbeitet werden müßten. Und sie verwiesen darauf, daß diese Arbeit u. a. durch ihre eigenen Entwürfe bereits begonnen habe.

Besonders vielseitig setzte sich Farkas Molnar mit Wohnformen und Wohnhausbau auseinander. Im Mittelpunkt der Bemühungen stand zunächst noch das Einfamilienhaus. Beim Entwurf zu einem Wohnhaus in Fachwerk 1923 sind die konstruktiven Möglichkeiten des Gerüstes genutzt, um einzelne Geschosse gegeneinander zu versetzen und auszukragen. Stützen und Riegel treten als gliedernde Elemente in Erscheinung. Völlig geschlossen und unstrukturiert dagegen ist der prismatische Körper eines

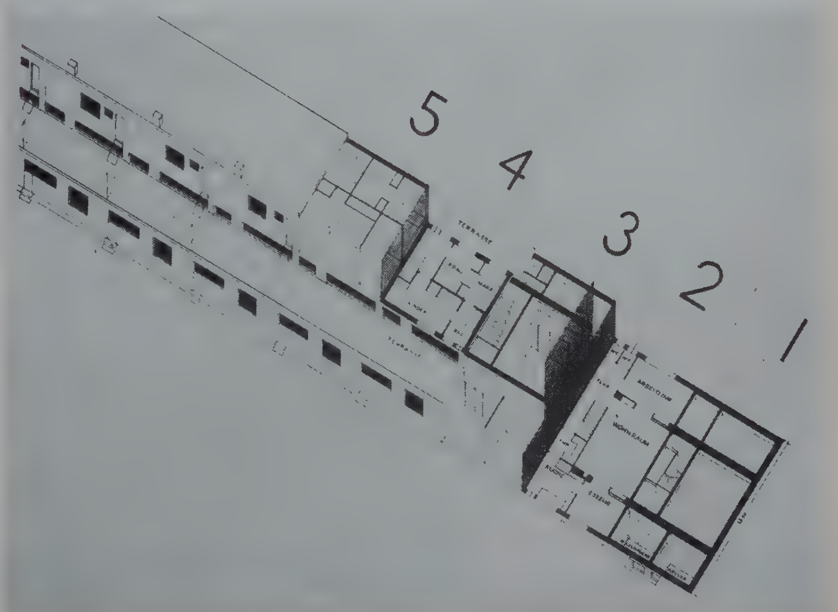


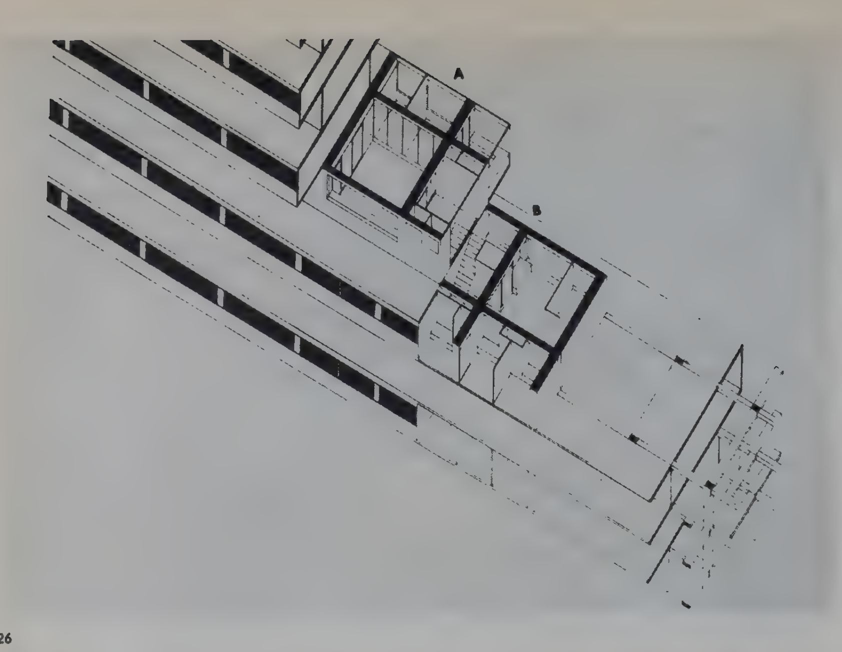
24

22



25





26

27

im gleichen Jahr entstandenen Entwurfes für ein dreigeschossiges Einfamilienhaus. Am weitesten durchgearbeitet aber wurde „Der rote Würfel". Das Haus steht seitlich im Grundstück. Terrassen und scheibenförmige Verdachungen der Umgänge verbinden den Kubus mit dem Freiraum und schließen beide zu einer einheitlichen, rationalistisch bestimmten Komposition zusammen. Das Raumprogramm entspricht gehobenen Wohnbedürfnissen. Im Erdgeschoß befinden sich Küche, Eßzimmer, Wohnzimmer und im Obergeschoß die Schlafzimmer, getrennt nach Mann, Frau und Kindern.

Quadrat und Kubus sind wesentliche Elemente der Formenlehre des Bauhauses. So treten sie auch vielfältig in Architekturentwürfen als Grundrißform oder Raum- und Körperproportion in Erscheinung. Von Johannes Itten gibt es aus dem Jahre 1922 eine architektonische Studie mit dem Titel „Haus des weißen Mannes". Diese in der „Meistermappe" der Bauhausdrucke veröffentliche Lithografie zeigt ein weißes, würfelförmiges Haus, dem noch ein kleiner Würfel aufgesetzt ist.

Anregend auf die weitere Beschäftigung mit Wohnproblemen wirkte naturgemäß das Versuchshaus von 1923. Breuer und Meyer fertigten Entwürfe an, die als Varianten des Versuchshauses die Wandlungsfähigkeit des Typs deutlich machen sollten. Die Körper sind asymmetrisch, ihr charakteristisches Merkmal ist aber der überhöhte Wohnraum, der nun allerdings mit einer oder zwei Seiten frei stehend angeordnet wird. Molnar entwickelte das Prinzip des Versuchshauses zum zweigeschossigen Reihenhaus weiter. Im Erdgeschoß befindet sich der überhöhte Wohnraum mit hochliegenden Fensterbändern. An der Vorder- und Rückseite sind niedrigere Räume angelagert. Das Obergeschoß nimmt in der Tiefe des Wohnraumes die Schlafräume auf. Von dort aus kann man über eine kleine Treppe auf die Terrasse über den Vorbauten herabsteigen.

Diese gewiß nicht problemlose, doch bemerkenswerte Lösung deutet auf eine nächste Stufe der Auseinandersetzung mit Wohnformen hin. Um eine rationellere Bebauung erreichen zu können, wandte man sich dem mehr- und vielgeschossigen Wohnungsbau zu. Molnar fertigte 1923 den Entwurf zu einem „Etagenreihenhaus" für Kleinwohnungen an. Zweigeschossige Einfamilienreihenhäuser werden mehrfach übereinandergestapelt. Die beiden durch eine innere Treppe verbundenen Geschosse der Wohnung sind derart verschoben daß an beiden Längsseiten des Gebäudes – geschoßweise versetzt – Terrassen entstehen. Auf der einen Seite werden sie als Gang zur Erschließung der Wohnungen genutzt. Es handelt sich hier um eine beachtliche Frühform des in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre häufiger auftretenden Maisonnettetyps.

Breuer und Muche steuerten ebenfalls Wesentliches zu kompakteren Wohnformen bei. Im Rahmen eines Wettbewerbes für billige

26
Entwurf zu einem Etagenreihenhaus
(F. Molnar 1923)

27
Wettbewerbsentwurf zu einem Wohnhaus mit Kleinwohnungen (M. Breuer 1924)

28
Entwurf für ein Stadtwohnhaus (G. Muche 1924)

Wohnungen, den die „Bauwelt" 1924 veranstaltete, entwarf Breuer ein siebengeschossiges scheibenförmiges Wohnhaus mit Kleinwohnungen. Die weit vorkragenden Deckenplatten bilden offenbar geräumige Freisitze. Bedeutende Freiflächen sind den Wohnungen auch im 15geschossigen Punkthaus von Muche, ebenfalls 1924 entworfen, zugeordnet. Nur ein Teil der Geschoßfläche wird von Wohnungen eingenommen. Der verbleibende Rest ist als Etagengarten gedacht. Versätze und Durchbrechungen im Körper sowie unterschiedlich weit auskragende umlaufende Balkone gliedern die Baumasse.

Zukunftsweisende Bilanz

Eine umfassende Untersuchung zu den architektonischen Leistungen des Weimarer Bauhauses müßte noch weitere Entwürfe aus dem „Umkreis" (etwa von Carl Fieger, der im Büro Gropius arbeitete) heranziehen. Unberücksichtigt blieb hier ebenso die erste Beschäftigung mit dem Theaterbau (Molnars bemerkenswerter Entwurf für das U-Theater), weil am Bauhaus das Hauptaugenmerk eindeutig dem Wohnungsbau galt. Und das in komplexer Weise und unter deutlich sozialem Aspekt. Muche führte in der Beschreibung des Versuchshauses aus: „Das Ideal des Wohnhauses liegt in der Zukunft und nicht in irgendwelchen vergangenen Kulturepochen. Es entsteht aus den kulturellen, sozialen, ökonomischen und hygienischen Forderungen der Zeit. Die Wohnung ist eine Einrichtung zur Pflege der körperlichen und geistigen Gesundheit des Menschen. Ihre Vervollkommnung muß mit der wissenschaftlichen Forschung und den Erfindungen der Technik Hand in Hand gehen. Es ist notwendig, daß durch die Anwendung der Prinzipien der höchsten Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit und durch den möglichst großen Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch die mechanische und elektrische Leistung eine Veränderung, Vervollkommnung und Vereinfachung des Haushalts erreicht wird" (9).

Es hängt mit dieser Aufgabenstellung zusammen, daß eine gezielte Arbeit zur Entwicklung industrieller Bauweisen aufgenommen wurde. Serienhäuser, Wabenbausystem und „Baukasten im Großen" waren wichtige Vorarbeiten dazu. Erwähnenswert ist, daß in die Weimarer Jahre auch Muches erste Überlegungen zum Montagebau unter Anwendung eines Stahlskeletts fallen.

Der so gewählte rationalistische Ausgangspunkt brachte neue ästhetische Werte hervor. Viele der Entwürfe, insbesondere die der auf Stahlbetonskelettkonstruktion beruhenden vielgeschossigen Wohnhäuser, hatten eine hohe ästhetische Qualität. Sie sind Vergegenständlichung dessen, was Gropius – sicherlich teilweise auch in Anschauung solcher Leistungen – 1923 als Credo so formuliert hatte: „Wir wollen den klaren organischen Bauleib schaffen, nackt und strahlend aus innerem Gesetz heraus ohne Lügen und Verspieltheiten, ... der seinen Sinn und Zweck aus sich selbst heraus durch die Spannung seiner Baumassen zueinander funktionell verdeutlicht und alles Entbehrliche abstößt, das die absolute Gestalt des Baues verschleiert" (10).

Diese architektonischen Versuche trugen wesentlich dazu bei, ein grundlegendes künstlerisches und pädagogisches Ziel zu verwirklichen, nämlich – nach Gropius – den schöpferischen Gestaltungsvorgang als unteilbares Ganzes aufzufassen. Insbesondere gilt das natürlich für das ausgeführte Objekt des Versuchshauses, an dessen Ausstattung alle Werkstätten – erstmals in diesem Umfang – mitwirkten. Es war aber nicht mehr Ensembleleistung im Sinne des ursprünglich gedachten Gesamtkunstwerkes, des „großen Baus", der Zukunftskathedrale usw. Hier handelte es sich um die architektonische Lösung von Wohnproblemen. Aber gerade die Ergebnisse solchen schöpferischen Bemühens dürften Gropius die sichere Basis gegeben haben, an den Anfang der noch 1924 formulierten „Grundsätze der Bauhausproduktion" den Satz zu stellen: „Das Bauhaus will der zeitgemäßen Entwicklung der Behausung dienen, vom einfachen Hausgerät bis zum fertigen Wohnhaus" (11).

Die hier kurz vorgestellten architektonischen Leistungen waren entwicklungsfähige Beiträge zur Erneuerung der Wohnformen und Wohnbauten. Das Erreichte erscheint um so beachtlicher, als ein anregendes fachliches Zentrum am Bauhaus selbst, wie es eine Architekturabteilung hätte sein können, noch nicht vorhanden war.

Anmerkungen

(1) Das Programm abgedruckt in K.-H. Hüter: Das Bauhaus in Weimar. Berlin 1976, Dok. 8

(2) Vgl. K.-H. Hüter: Vom Gesamtkunstwerk zur totalen Architektur. Synthesekonzeptionen bei Gropius und dem Bauhaus. Wiss. Zeitschr. d. Hochsch. f. Arch. u. Bauw. Weimar 23 (1976) H. 5/6, S. 507 bis 514

(3) In einem Prospekt zur Bauhausausstellung 1923. Abgedruckt bei W. Scheidig, Bauhaus Weimar 1919–1924. Werkstattarbeiten. Leipzig 1966, S. 57

(4) Oskar Schlemmer. Briefe und Tagebücher. Stuttgart 1977, S. 59

(5) Vgl. H. Klotz: Materialien zu einer Gropius-Monographie. Architectura 1 (1971) H. 2, S. 176 bis 196

(6) Vgl. A. Behr: Das Musterhaus des Staatlichen Bauhauses in Weimar von 1923. Wiss. Zeitschr. d. Hochsch. f. Arch. u. Bauw. Weimar 20 (1973) 2, S. 167–177

(7) Ein Versuchshaus des Bauhauses in Weimar. München o. J. (= Bauhausbücher 3), S. 24

(8) Bauwelt 14 (1923) 45, S. 643; zitiert nach Behr, wie Anm. 6

(9) G. Muche: Das Versuchshaus des Bauhauses. In: Ein Versuchshaus des Bauhauses. München o. J. (Bauhausbücher 3), S. 15

(10) W. Gropius: Idee und Aufbau des Staatlichen Bauhauses Weimar. München o. J., S. 9

(11) W. Gropius: Grundsätze der Bauhausproduktion. In: Neue Arbeiten der Bauhauswerkstätten. München 1925 (Bauhausbücher 7), S. 5

28



Rationelles Bauen in hängigem Gelände

Dr.-Ing. Siegfried Kress
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur



1
Das Wohngebiet „Fritz Heckert" am Helbersdorfer Hang in Karl-Marx-Stadt

Mit der Fertigstellung und Bestätigung der „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten" im Dezember 1975 wurde eine wichtige Etappe in der Grundlagenarbeit für die Wohngebietsplanung abgeschlossen.
Entsprechend dem Charakter einer Richtlinie können darin jedoch die spezifischen Teilprobleme nur im begrenzten Maße betrachtet werden. Sie bedarf demzufolge vertiefender und erweiternder Aussagen.
Eines dieser spezifischen Probleme ist das Bauen in hängigem Gelände.
Die Dringlichkeit der Erfassung dieses Problems und der Erarbeitung von rationellen Lösungsvorschlägen wird deutlich durch den Umfang der Bauaufgaben in diesem Bereich.

So stehen in den südlichen Bezirken der DDR, insbesondere in vielen Städten der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera, Erfurt und Suhl, nur noch in begrenztem Umfang ebene Flächen zur Verfügung.

Natürlich muß die Standortwahl zunächst darauf zielen, alle relativ ebenen und mit geringem Tiefbauaufwand zu erschließenden Flächen intensiver zu nutzen. Wo aber ebene Standorte in der notwendigen Größenordnung nicht mehr verfügbar sind und im Interesse der Nutzung städtischer Baulandressourcen auch an Hängen gebaut werden muß, da gilt es, solche Flächen so rationell wie möglich zu bebauen. Das Bauen in hängigem Gelände kann in solchen Fällen, wo für die Primärerschließung (städtische Erschließung) gegenüber anderen Standorten geringere Aufwendungen entstehen, auch im Sinne der Optimierung gesamtstädtischer Aufwendungen ökonomische Effekte erzielen.
Aber auch hierbei gilt es, die Normative einzuhalten und durch rationelle Lösungen das günstigste Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen zu erzielen.
Deshalb wurden im Zeitraum 1976/77 entsprechende Forschungsaufgaben formuliert und gelöst.
Den Untersuchungen lagen folgende Prämissen zugrunde:
- Anwendung der WBS 70 in vorgegebenen volkswirtschaftlichen Größenordnungen
- Anwendung der Grundregeln der WBS 70, insbesondere der vorhandenen technischen Ausstattung.

Weitere Ausgangspositionen bildeten
- die Aufwandsnormative bzw. Orientierungskennziffern und
- die Komplexrichtlinie für Neubauwohngebiete.

Daraus ergab sich, daß der Schwerpunkt der Untersuchungen bei städtebaulich-funktionellen, hochbautechnischen und ökonomischen Problemstellungen lag.
Kernstück der Forschungsergebnisse sind theoretische Bebauungsstudien im Maßstab 1 : 2000. Sie sind im wesentlichen funktionelle Studien und nicht im gleichen Maße gestaltungsorientiert.
Die Profilierung und Erarbeitung der Forschungsergebnisse erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Büros für Städtebau und der Baukombinate der Südbezirke der DDR. Es waren zwei Arbeitsgruppen (Städtebau und Technologie) tätig, die wesentlich zur Praxiswirksamkeit der Ergebnisse beitrugen.
Diese Form der Zusammenarbeit bereits während der Bearbeitung eines Forschungsergebnisses hat sich in jeder Hinsicht als positiv erwiesen.
Das Forschungskollektiv selbst umfaßte folgende Mitarbeiter:

Dr.-Ing. Günter Arlt (Verkehr)
Dipl.-Gärtn. Heidrun Günther (Freiflächen)
Dipl.-Ing. oec. Jutta Haase (Ökonomie)
Dipl.-Ing. oec. Ulf Hahn (Ökonomie)
Dipl.-Ing. Wolfgang Heger (Technologie)
Dipl.-Ing. Friedrich Hrach (IIT) (Stadttechnik)
Dr.-Ing. Siegfried Kress (Städtebau)
Dipl.-Ing. Wolfgang Mehnert (Hochbau)

Konsultative Mitwirkung:
Dipl.-Ing. Dieter Engelstädter

Aus den Ergebnissen der Begutachtung, aus Beispielplanungen und Wettbewerbsarbeiten sowie aus Konsultationen mit den betreffenden Büros für Städtebau geht hervor, daß alle Teilbereiche der Wohngebietsplanung – einschließlich Hochbau und Technologie – von den Problemen, die das Bauen in hängigem Gelände hervorruft, beeinflußt werden.

In den folgenden Artikeln werden deshalb die wesentlichsten Untersuchungsergebnisse der Teilbereiche in kurzgefaßter Form durch die entsprechenden Bearbeiter dargestellt. Die Forschungsarbeit selbst liegt als Broschüre vor.

Städtebaulich-funktionelle Probleme beim Bauen in hängigem Gelände

Dr.-Ing. Siegfried Kress

Mit den theoretischen Bebauungsstudien sollten die objektiven, d. h. die zwangsläufigen Veränderungen einer Grundkonzeption, die sich aus der Vergrößerung der Hangneigung ergeben, ermittelt und zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen geführt werden.

Ausgangspunkt ist eine Bebauungsstudie im ebenen Gelände, der allgemeine funktionelle Gliederungsprinzipien zugrunde liegen (Bild 1).

Dieser Lösung wie auch den folgenden wurden für den Wohnungsbau ausgewählte Gebäudeteile der WBS 70 zugrunde gelegt (Bild 2).

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß diese städtebaulichen Untersuchungen von optimalen Bedingungen ausgehen (Konfiguration des Gebietes, anwendbare Bebauungsformen, technologische Realisierbarkeit u. a. m.). Demzufolge werden mit den Ergebnissen Grenzwerte erreicht, die in der Praxis nur unter ähnlich günstigen Voraussetzungen auftreten können.

Auf der Grundlage dieser Studie für ebenes Gelände sind Hangneigungen von 5, 10 und 15 Prozent untersucht worden und dafür ebenfalls Bebauungsstudien erarbeitet worden:

Bebauungsstudie für Hangneigung 5 Prozent (Bild 3)

Die Lösung entspricht der im ebenen Gelände. Lediglich bei der Gegenhangbebauung treten in geringem Umfange erste Einschränkungen auf, und zwar bei Gebäudelängen über 4 Segmenten bzw. bei mehr als 2 aus einem Kranbereich zu montierenden Segmenten.

Bebauungsstudie für Hangneigung 10 Prozent (Bild 4)

Ausgehend vom ebenen Gelände treten insbesondere durch folgende Aspekte zwangsläufig Veränderungen ein:

- Veränderung der Straßenführung gegen den Hang (max. Neigung 8 Prozent)
- weitergehende Beschränkungen in der Gegenhangbebauung.

Daraus ergibt sich im Vergleich zum ebenen Gelände eine Beibehaltung der 5geschossigen Wohnbebauung und der 11geschossigen Punkthäuser als Akzente, aber beginnende Auflösung der mäanderförmigen Bebauung und Ersatz der entsprechenden Zeilen durch 5geschossige Würfelhäuser, zumindest im Innenbereich.

Bebauungsstudie für Hangneigung 15 Prozent (Bild 5)

Bei einer Hangneigung von 15 Prozent kann die ursprüngliche Grundkonzeption nicht mehr beibehalten werden. Die Veränderungen resultieren vor allem aus

- der veränderten Trassenführung für den fließenden Verkehr
- der Reduzierung der Einzugsbereiche gesellschaftlicher Einrichtungen
- dem Fortfall der Gegenhangbebauung.

Daraus leitet sich ab:

- eine Gliederung in zwei Teilgebiete, entsprechend dem Einzugsgebiet einer 2zügigen POS
- schleifen- und stichförmige Erschließung der Wohnbereiche mit Kreuzungen der Fußgängerbereiche
- Parkzonen im Bereich der inneren Erschließungsstraße
- zeilenförmige 5geschossige Bebauung mit Endbetonung durch 5geschossige Würfelhäuser sowie Akzentuierung des Zentrumbereiches mit 11geschossigen Punkthäusern
- Aufteilung des konzentrierten Zentrumsbereiches in zwei Teilbereiche infolge Verkehrsstraße
- selbständige Versorgung der zwei Teilkomplexe mit Vorschul-, Schul-, Sport- und Spieleinrichtungen
- Freiaufstellung der Pkw mit hochbaulichen Erweiterungsmöglichkeiten (Parkpalette).

In Tabelle 1 sind die erreichten Kennwerte zusammengefaßt ausgewiesen.

Aus den Studien lassen sich folgende allgemeine Schlußfolgerungen ableiten:

Bis zu einer durchgängigen Hangneigung von 5 bis 6 Prozent kann nach den üblichen städtebaulichen Prinzipien geplant werden. Darüber hinaus werden Modifikationen erforderlich und bei mehr als 10 Prozent ist eine Gliederung in kleinere Teilgebiete unumgänglich.

Bei durchgängigen Hangneigungen über 15 Prozent sind auch keine kompletten Teilgebiete mehr realisierbar, d. h. im Sinne der vollen Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen und deren Lagebedingungen.

Das erklärt sich vor allem daraus, daß sich bei Hangneigungen bis 15 Prozent Bereiche für die Gesamtgliederung ergeben, für deren Bestimmung in erster Linie die Verkehrserschließung maßgebend ist. Die generelle Beschränkung auf 15 Prozent ergibt sich dadurch, daß bei größeren Neigungen keine flächenaufwendigen Freiflächen von gesellschaftlichen Einrichtungen mehr untergebracht werden können (Sportplatz, Schulen, Vorschuleinrichtungen).

Diese Schwellen treten auch in den Teilbereichen auf bzw. lösen diese Teilbereiche die komplexen Veränderungen aus.

- So lösen sich im Wohnungsbau mit zunehmender Hangneigung die geschlossenen Bebauungsformen auf. Bis etwa 5 Prozent Neigung ist ohne wesentliche Erhöhung der Aufwendungen eine Gegenhangbebauung möglich und anzustreben. Zwischen 5 und 10 Prozent sollte die Gegenhangbebauung nur noch dort angestrebt werden, wo insbesondere städtebauhygienische und städtebauökonomische Gründe zwingend sind. Über 10 Prozent Hangneigung ist sie auf der Basis des Großplattenbaues 5,0 Mp technisch und ökonomisch kaum noch vertretbar.
- Die Möglichkeiten einer weitgehenden Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen (Komplexzentrum, Schulkomplex, Sportkomplex) bleiben bis zu einer Hangneigung von etwa 10 Prozent erhalten. Darüber hinaus ergibt sich eine verstärkte Tendenz zur Kapazitätsreduzierung und zur Dezentralisierung.
- Die Beibehaltung größerer verkehrsfreier Fußgängerbereiche läßt sich ebenfalls nur bis ungefähr 10 Prozent Hangneigung gewährleisten. Darüber hinaus sind infolge veränderter Verkehrsbedingungen solche Prinzipien nur noch für Teilbereiche aufrechtzuerhalten.
- Der öffentliche Personennahverkehr ist bei größeren Hangneigungen (> 5 Prozent) nur noch durch den Bus bzw. O-Bus zu bewältigen. Dessen Flexibilität erlaubt auch ohne größere Schwierigkeiten die Einhaltung der zulässigen Wegeentfernungen, wenn die Verkehrsführung diesen Erfordernissen von vornherein Rechnung trägt.
- Bei konsequenter Zuordnung von Zonen für den ruhenden Verkehr zu den Erschließungsstraßen und der Nutzung der Anliegerstraßen in den Wohnbereichen zum (einseitigen) Parken lassen sich generell die erforderlichen Kapazitäten für die Freiaufstellung unterbringen. Die notwendigen Geländeregulierungen bieten darüber hinaus in genügendem Maße günstige Möglichkeiten für die spätere Ergänzung mit Anlagen zum Parken in mehreren Ebenen.

Mit zunehmender Hangneigung werden die Bedingungen für eine ökonomische Bebauung ungünstiger:

- Die Einwohnerdichte sinkt und damit der Nutzungsgrad des Baulandes
- Zugleich werden im Bereich der finanziellen Aufwendungen für den komplexen Wohnungsbau in den meisten Fällen die Orientierungswerte erreicht. Bei starken Neigungen ist eine Einhaltung dieser Werte kaum möglich.

So bewegen sich die Einwohnerdichten bei Hangneigungen bis fünf Prozent im Rahmen der Richtlinienwerte. Zwischen fünf und zehn Prozent muß eine Unterschreitung des Minimalwertes der Richtlinie erwartet werden, die bei 15 Prozent Hangneigung mindestens zehn Prozent erreicht. Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß mit zunehmender Hangneigung eine lineare Verringerung der Einwohnerdichte auftritt (s. Abb. 6).

Die mit der Verringerung der Einwohner-

1

dichte zusammenhängende Zunahme des Flächenbedarfs vollzieht sich aber nicht in allen Kategorien gleichmäßig. Schwerpunkte der Flächenentwicklung sind:

- Freiflächen des Wohnbaulandes (im besonderen durch die Abstandsforderungen des Lärmschutzes bzw. der Technologie)
- Sportflächen (durch wachsende Böschungen und Traversen)
- Flächen des fließenden Verkehrs durch Verlängerung der Erschließungsstraßen (vgl. hierzu Abb. 7).

Das bedeutet, bezogen auf die finanziellen und materiellen Aufwendungen:

Schwerpunkt hangspezifischer Aufwendungen und zugleich des Suchens nach rationelleren Lösungen st der Sektor Erschließung. Das gilt insbesondere für die stadttechnische Erschließung. Darüber sind detaillierte Angaben in dem Forschungsbericht zu diesem Thema enthalten.

Mit zunehmender Hangneigung erhöhen sich auch Anforderungen an den Tiefbau. Wie die Bebauungsstudien erkennen lassen, steigt die Erdmassenbewegung für den Wohnungsbau von 100 (bei 5 Prozent Hangneigung) auf 250 (bei 15 Prozent Hangneigung) und für Sport-, Schul- und Vorschulflächen sogar von 100 auf 430.

Ein Teil dieser Leistungen ist jedoch kompensierbar, wenn es gelingt, die **effektivste Gesamtlösung** zu realisieren, das heißt die verschiedenen Aufwendungen ungeachtet der betrieblichen Kompetenzen optimal zu reduzieren.

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Betrachtungen und Ergebnisse üben zwei Teilprobleme großen Einfluß auf die funktionelle Gliederung und Gestaltung aus:

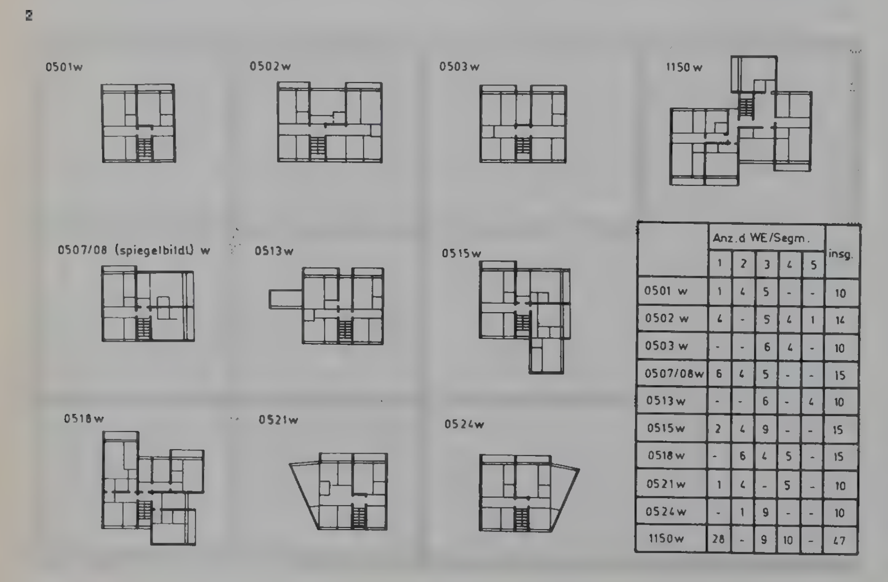
- die Entwicklung der zulässigen Wegeentfernungen und
- die Entwicklung der Bebauungsabstände.

Die in der Komplexrichtlinie ausgewiesenen Wegeentfernungen gelten für ebenes Gelände. Für Hangbebauungen sind differenzierte Abminderungen der zulässigen Wegeentfernungen zu berücksichtigen.

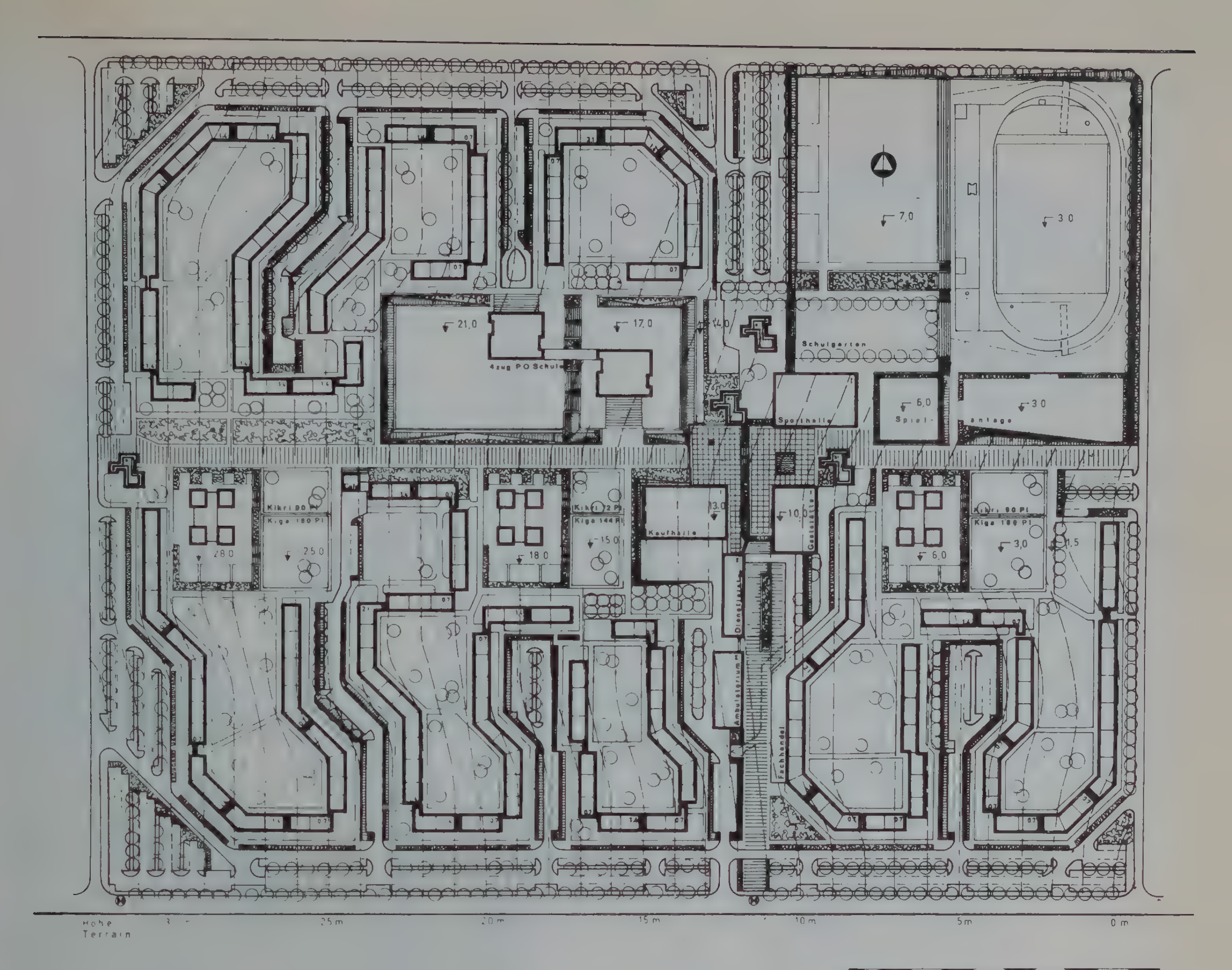
Diese Umrechnungsfaktoren sollten aber nicht generell in Ansatz gebracht werden, sondern nur für die Teilstrecken, die tatsächlich senkrecht zur Hangneigung verlaufen.

Für Abweichungen von der Hangparallelen (Hanganschnitt) sollte jeweils nur die (zu ermittelnde) tatsächliche Neigung und der dementsprechende Umrechnungsfaktor eingesetzt werden. Wird überschläglich mit einem Einzugsradius gerechnet, so ergibt sich, daß das in der Ebene kreisförmige Einzugsgebiet sich am Hang zu einem ellipsenförmigen entwickelt (s. Bild 7).

2



	Anz. d WE/Segm.					insg.
	1	2	3	4	5	
0501 w	1	4	5	-	-	10
0502 w	4	-	5	4	1	14
0503 w	-	-	6	4	-	10
0507/08w	6	4	5	-	-	15
0513w	-	-	6	-	4	10
0515w	2	4	9	-	-	15
0518w	-	6	4	5	-	15
0521w	1	4	-	5	-	10
0524w	-	1	9	-	-	10
1150w	28	-	9	10	-	47



3

Für Standardsituationen (30, 45, 60 und 90° Abweichung von der Hangparallelen) wurden die Einzugsradien ermittelt und können der Tabelle 2 direkt entnommen werden.

Die Bebauungsabstände unterliegen drei Einflußfaktoren:

- Besonnungsabstände
- Lärmschutzabstände
- technologisch bedingte Gebäudeabstände

Entsprechend der Himmelsrichtung der Hangneigung entstehen unterschiedliche Besonnungsabstände. In Tabelle 3 sind Orientierungswerte für den allgemeinen Fall der parallelen Bebauung mit 5geschossigen Gebäuden im Verlauf der Höhenlinien (hangparallele Bebauung ohne Längenbegrenzung) angegeben.

Die Einflüsse des Verkehrslärms erfordern bestimmte Mindestabstände zwischen parallelen Gebäuden (s. Tabelle 4). Durch die Technologie entstehen Abstandsforderungen gemäß Tabelle 5.

Aus der Überlagerung der unterschiedlichen Abstandsforderungen ergibt sich, daß die Besonnungsabstände nur in wenigen Fällen bestimmend sind, da sie bereits in der Ebene von Lärmschutzforderungen bzw. technologischen Anforderungen übertroffen werden. Das gilt im besonderen für die Ost-, Süd- und Westhänge, deren günstige Besonnungsabstände nur dort wirksam werden, wo verkehrsfreie und montagefreie Grünräume erreicht werden.

1
Bebauungsstudie – Hangneigung 0 Prozent

2
Verwendete Gebäudeteile der WBS 70

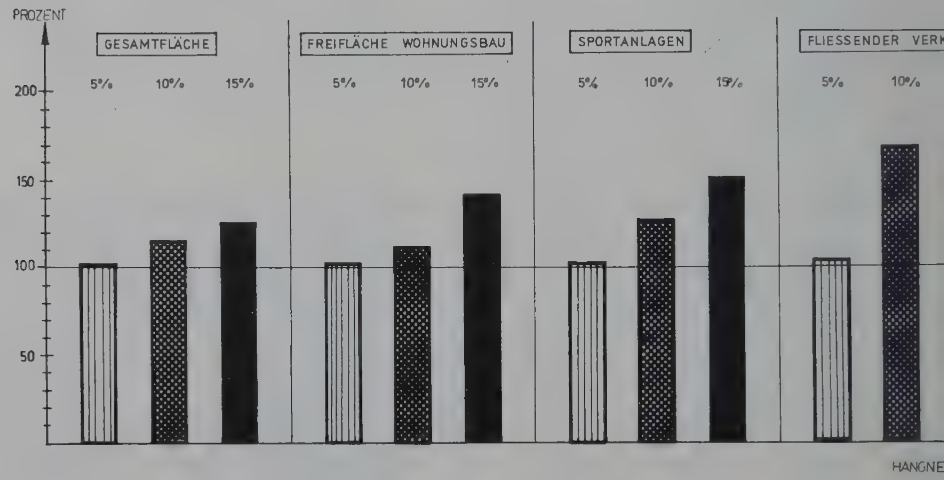
3
Bebauungsstudie – Hangneigung 5 Prozent

Tab. 1 Flächenbilanzen und Einwohnerdichten

Flächenkategorie	Richtwert in m²/Ew	Hangneigungen: 0 Prozent ha	0 Prozent m²/Ew	5 Prozent ha	5 Prozent m²/Ew	10 Prozent ha	10 Prozent m²/Ew	15 Prozent ha	15 Prozent m²/Ew
Wohnbauland	15-21x	17,23	20,10	17,23	20,37	18,19	22,24	22,1[illegible]	25,[illegible]
davon bebaute Fläche		[illegible]	4,70	4,06	4,82	4,12	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Freiflächex		13,17	15,40	13,70	15,55	14,07	17,20	18,16	21,76
Gesellschaftl. Einricht.	7,5-9,5	7,65	8,92	7,65	9,05	[illegible]	9,75	7,43	[illegible]
davon Vorschuleinricht.	2,3-3,3	[illegible]	2,74	2,35	2,78	2,58	3,13	2,25	[illegible]
P.O. Schulen	2,4-2,9	2,52	2,94	2,52	2,93	[illegible]	[illegible]	2,85	3,40
Gesellsch. Zentren, Fußgängerbereich u. a.	2,8-3,3	2,78	3,24	2,78	3,29	2,59	3,18	2,33	2,79
Sport- und Spielanlagen	5,0	4,53	5,28	4,53	5,35	5,20	6,36	5,34	[illegible]
davon Sportanlagen	4,0	3,65	4,26	3,65	4,31	4,42	[illegible]	4,46	[illegible]
Spielanlagen	1,0	0,88	1,02	0,88	1,04	0,78	0,96	0,88	1,05
Verkehrsflächen	9,5-11	6,19	7,22	6,22	7,35	7,48	9,15	8,75	[illegible]
davon ruhender Verkehr	6,5-7,5	4,25	4,96	4,25	5,02	4,37	5,34	[illegible]	[illegible]
fließender Verkehr	3,0-3,5	1,94	2,26	1,97	2,33	3,11	3,81	3,70	4,13
Gesamtfläche	37,0-46,5	35,60	41,53	35,63	42,12	[illegible]	47,50	[illegible]	[illegible]
Wohnungseinheiten		2612		2571		2528		2519	
Einwohner		8572		8457		8176		8351	
Einwohner/ha		241		237		211		191	
Geschossigkeit 5 : 11 gesch. (%)		92,81/7,19		92,66/7,34		92,56/7,44		94,4[illegible]	
Einwohner/Raum	(1,1)	1,15		1,15		1,14		1,14	
Einwohner/WE		3,30		3,28		3,29		3,31	

x einschl. Vegetationsflächen am Rande der Wohngebiete

4

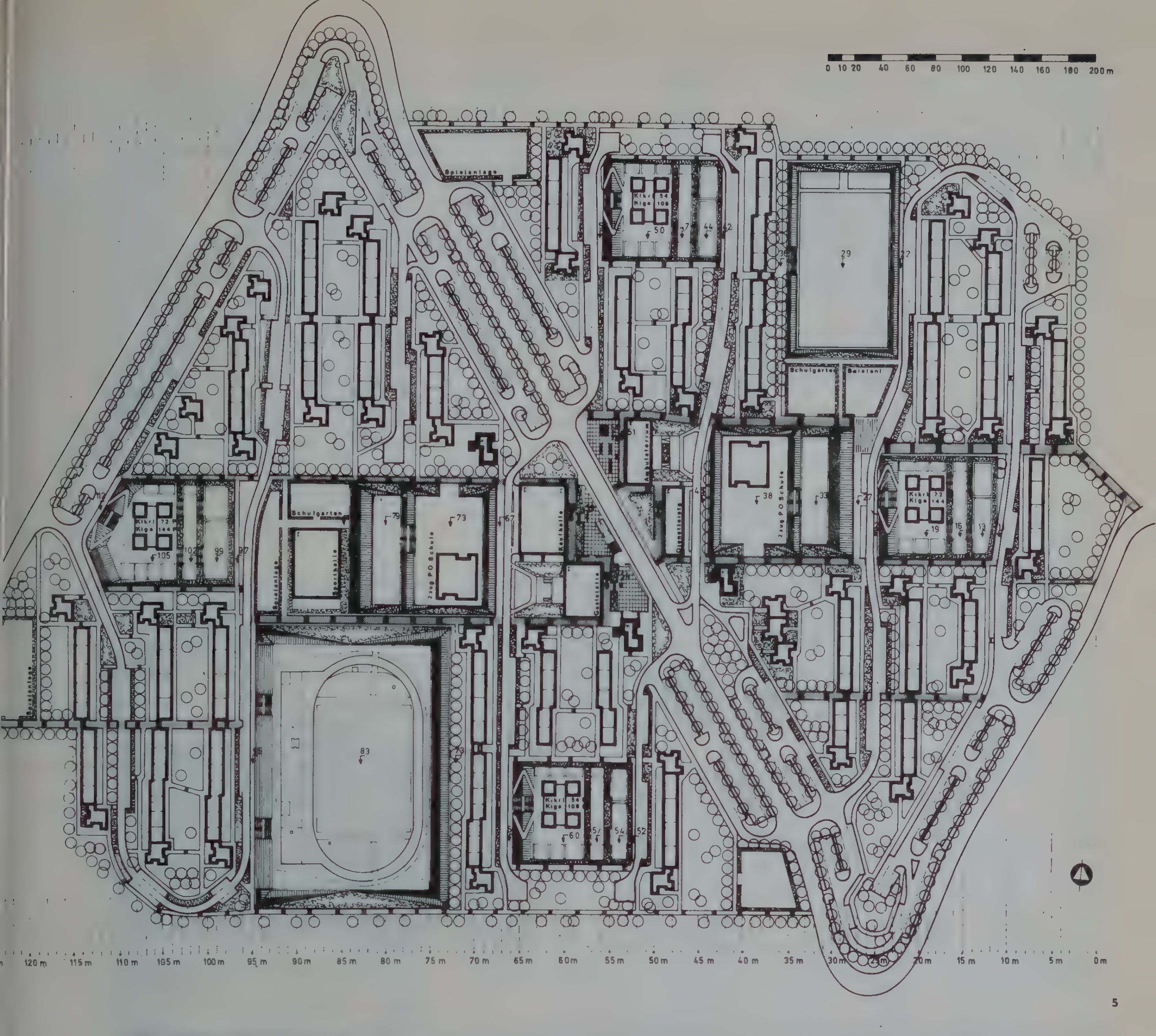


6

4
Bebauungsstudie – Hangneigung 10 Prozent

5
Bebauungsstudie – Hangneigung 15 Prozent

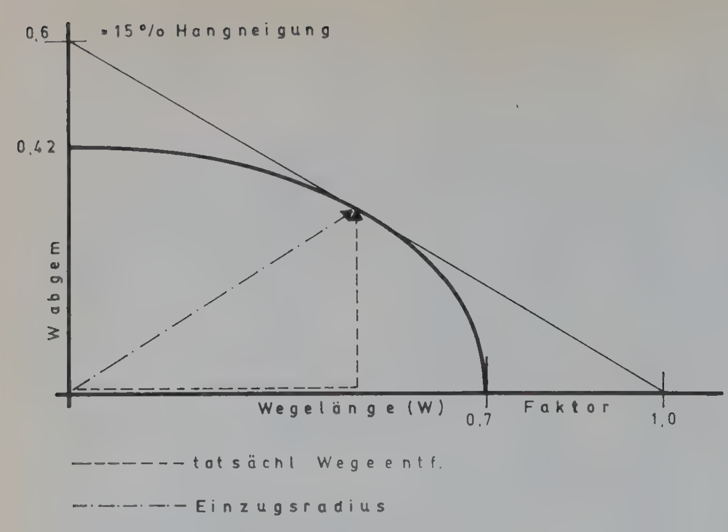
6
Proportionen des Flächenbedarfs in Abhängigkeit von der Neigung des Baugeländes (ebene Fläche = 100 Prozent)



5

Tabelle 2 Abgeminderte Einzugsradien

Hangneigung (%)	Abweichg. von der Hangparallele	Tatsächliche Weglängen (m)						Für Massenverkehrsmittel (m)			
		300	600	750	800	1000	1250	450	550	700	850
5 %	0°				575	700	875				600
	30°		400–425	500–525	550	675	850	300–325	375–400	475–500	575
	45°	200			525	675	825				575
	60°		375–400	475–500	525	650	825	275–300	350–375	450–475	550
	90°				500	625	800				525
10 %	0°		425	525	575	700	875	325	400	500	600
	30°	180–200	400	475	500	650	800	300	350	450	550
	45°		350	450	475	600	750	275	325	400	500
	60°	160–180	325	425	450	550	700	250	300	375	475
	90°		300	400	425	525	650	225	275	350	450
15 %	0°	200	425	525	575	700	875	325	400	500	600
	30°	175	350	425	475	575	725	275	325	400	500
	45°	150	300	375	400	500	650	225	275	350	425
	60°	125–150	275	350	350	450	550	200	250	325	375
	90°		250	325	325	425	525	175	225	300	350
20 %	0°	200	425	525	575	700	875	325	400	500	600
	30°	175	325	400	425	525	650	250	300	375	450
	45°	150	275	325	350	450	550	200	250	300	400
	60°	125	250	300	300	400	500	175	225	275	325
	90°	100	200	250	275	350	450	150	200	250	300
25 %	0°	200	425	525	575	700	875	325	400	500	600
	30°	150	275	350	375	460	575	200	250	325	400
	45°	125	225	275	300	400	475	175	200	250	325
	60°	100	200	250	250	325	400	150	175	225	275
	90°	75	175	200	225	275	350	125	150	200	250



7 Wegeentfernungen bei hängigem Gelände

Tabelle 3 Besonnungsabstände am Hang - ausgewählte Fälle^{x} in m

Hangneigung in %	Südhang	Südost Südwest	Ost West	Nordwest Nordost	Nordhang
5 (2, 5°)	26, 6	19, 6	31, 1	24, 8	35, 6
10 (5, 4°)	23, 3	17, 4	26, 8	28, 0	42, 0
15 (8, 3°)	20, 4	15, 6	23, 3	31, 9	50, 2
20 (11, 2°)	18, 1	14, 0	20, 3	36, 6	61, 3
25 (14, 0°)	16, 0	12, 7	17, 9	42, 3	77, 5

x schattenwerfende Gebäudehöhe in der Ebene = 14, 6 m, Gebäudetiefe = 12, 0 m, gleiche Schnittpunkte zwischen Hangfallinie und Gebäuden

Tabelle 4 Mindestabstände durch Verkehrslärm

Fensterschalldämmung	Anordnung von Parkplätzen im Erschließungsbereich keine	einseitig	zweiseitig
23 dB (AI)	28, 0 m	50, 0 m	61, 0 m
25 dB (AI)	28, 0 m	35, 5 m	43, 0 m
28 dB (AI)	28, 0 m	34, 0 m	40, 0 m

Tabelle 5 Technologisch erforderliche Abstände

Krantyp	Kranbahn	Anzahl Palett.	Hangneigung	Mindestabstand
KB 160	bergseit.	1	5 %	25, 4 m
			10 %	26, 6 m
			15 %	28, 9 m
			20 %	31, 1 m
			25 %	33, 3 m
KB 160	talseitig	1	5 %	25, 5 m
			10 %	27, 7 m
			15 %	29, 1 m
			20 %	31, 2 m
			25 %	33, 6 m
KB 160	2 Kräne im Erschließg. Raum	1	5 %	35, 7 m
			10 %	36, 9 m
			15 %	39, 1 m
			20 %	41, 3 m
			25 %	44, 1 m
KB 160	2 Kräne im Erschließg. Raum	2	5 %	39, 6 m
			10 %	42, 7 m
			15 %	45, 2 m
			20 %	48, 5 m
			25 %	52, 0 m
UK 240	1 Kran im Erschließg. Raum	1	5 %	29, 1 m
			10 %	31, 3 m
			15 %	33, 5 m
			20 %	35, 7 m
			25 %	37, 9 m
UK 240	1 Kran im Erschließg. Raum	2	5 %	36, 0 m
			10 %	39, 0 m
			ab 15 %	entf.

Probleme des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus in hängigem Gelände

Dipl.-Ing. Wolfgang Mehnert

Ausgehend von den Studien und den dabei verwendeten Gebäudeteilen der WBS 70 sowie den speziellen Untersuchungen zur Einordnung der Wohn- und Gesellschaftsbauten in das hängige Gelände lassen sich folgende prinzipielle Erkenntnisse ableiten:

Wohnungsbau

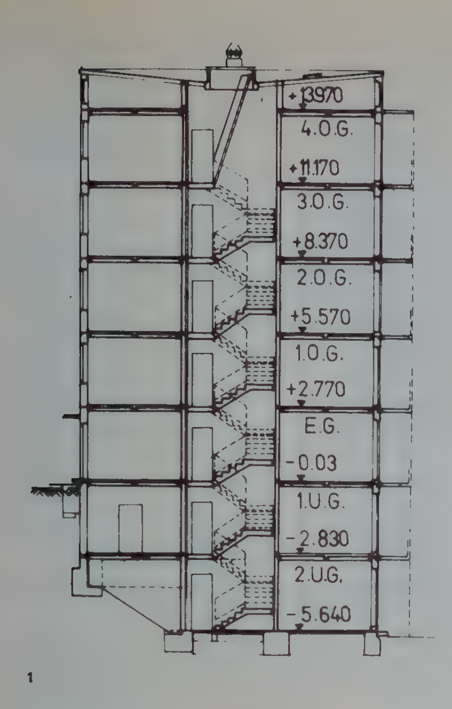
Prinzipiell ist das industrielle Bauen (Vorfertigung und Montage) im Hanggelände möglich. Allerdings sind die Erzeugnisse stärker auf die Besonderheiten der Hangbebauung zu orientieren. Das gilt im besonderen für

- **eine größere Flexibilität insbesondere mittels Versätzen und Richtungsänderungen**
- **die Entwicklung punktförmiger, reihbarer Wohngebäude (mehrgeschossig und vielgeschossig).**

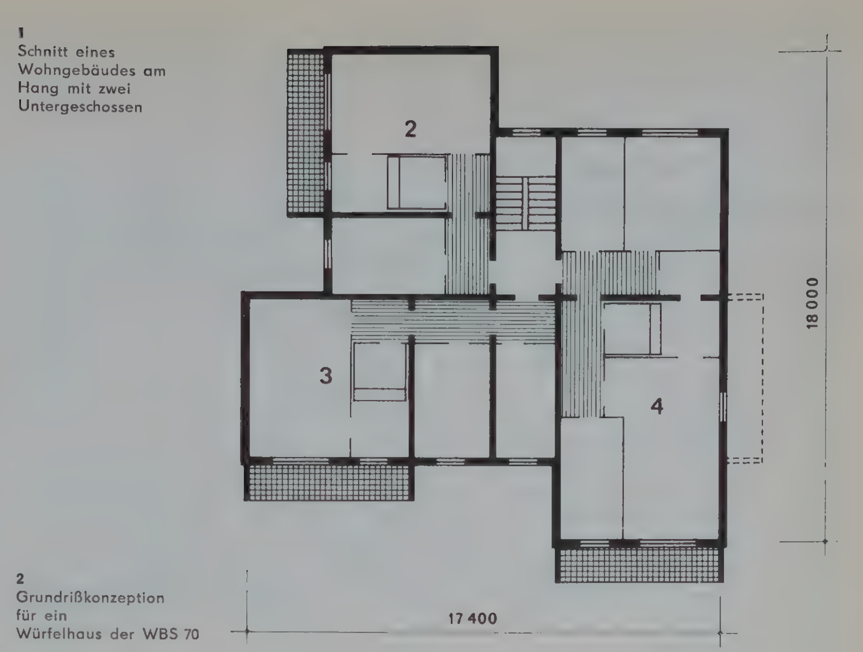
Im einzelnen ergeben sich zur Realisierung von Hangbebauungen folgende Anforderungen:

- kurze Gebäudeteillängen, insbesondere technologisch günstige 4-Segment-Einheiten in gebrochenen Formen, d. h. Abweichungen vom einfachen geraden Block durch Einbeziehung von Versätzen, Abwinklungen und Krümmungen
- Horizontalversätze mit und ohne Abhängigkeit von Kranreichweite und Gebäudetiefe, aber abgestimmt mit Kellerleitungsgangsystem
- Vertikalversätze in Viertelgeschoßsprüngen bis zum Ganzgeschoßversatz (In vielen Fällen ist zur Vermeidung größerer Erdbewegungen nach 2 bis 3 Segmenten ein vertikaler oder/und horizontaler Versatz erforderlich.)
- differenzierte Geschossigkeit. Es sind folgende Vorzugshöhen anzustreben: 5 – 8 – 11 – 14 (15) und 17 (18) Geschosse. Für Baugebiete, die aus unterschiedlichen Gründen nicht durch vielgeschossige Gebäude akzentuiert werden können oder sollen, ist zur Gewährleistung einer hohen städtebaulichen Qualität auch eine Abzonung des mehrgeschossigen Wohnungsbaues auf **4 oder 3 Geschosse** anzustreben.
- Spezifische Untergeschoßausbildung (Sonderwohnformen, Funktionsüberlagerungen)

Der Funktion und Gestaltung des unteren



1
Schnitt eines Wohngebäudes am Hang mit zwei Untergeschossen



2
Grundrißkonzeption für ein Würfelhaus der WBS 70

Gebäudebereiches muß bei Hangbebauung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es bieten sich hierbei Sonderwohnformen an wie

ebenerdig zugängliche Behindertenwohnungen
Maisonette-Wohnungen u. ä.

Bei größeren Hangneigungen bzw. auch bei beabsichtigter Funktionsüberlagerung kann die Anordnung von einem oder mehreren Untergeschossen vorgenommen werden (ohne oder mit Teilunterkellerung, vgl. Bild 1)

Als Gegenhangbebauung können verschiedene Bebauungsformen realisiert werden, wie z. B.

die reine Gegenhangzeile mit viertel- bis ganzgeschossigen Vertikalsätzen, mit gleichbleibender oder ungleicher Geschoßzahl
Würfelhausgruppen gegen den Hang und Gegenhangzeile bzw. Würfelhaus in Eckverbindung mit hangparalleler Zeilenbebauung.

Die Gegenhangbebauung in Verbindung mit hangparalleler Zeile hat gegenüber den Formen reiner Gegenhangbebauung und reiner hangparalleler Zeilen die größere Bedeutung. Sie vereinigt in sich die Vorteile hangparalleler Zeilenbebauung mit den Erfordernissen des Raumabschlusses und gewährleistet als geschlossene Bauform ähnlich wie in der Ebene eine günstige Bebauungsdichte (quartier- und mäanderartige Strukturen).

▪ Mehrgeschossige Punkthäuser (Würfelhaus)

Diese Gebäudeform ist für die Bebauung im hängigen Gelände ein notwendiges Element. Damit können z. B. realisiert werden:

horizontale und vertikale Versätze nach jedem Segment
kurze Gebäudeteile als Ecklösung
günstige Gegenhangbebauung

Erschließung von topografischen Bereichen, die für die Zeilenbebauung nicht nutzbar sind.

Somit ist das Würfelhaus neben seinen gestalterischen Qualitäten ein zweckmäßiges, ökonomisches und technologisches Element, das an der Stelle einer Vielzahl von aufwendigen Teillösungen (Versätze, differenzierte Abknickungen) städtebaulich hochwertige und flächenwirtschaftlich effektive Lösungen ermöglicht oder die Bebauung bestimmter Gebietsteile überhaupt erst realisierbar macht.

Die bisher entwickelten und zum Teil angewendeten mehrgeschossigen Punkthäuser sind im Sinne der Reihbarkeit, der Kopplung mit Zeilen, der Besonnung und der Montage noch nicht uneingeschränkt einsetzbar. Den städtebaulichen Anforderungen am nächsten kommt die WBS-70-Konzeption, die auch in den Bebauungsstudien verwendet wurde (Bild 2).

Für die Weiterentwicklung sowohl dieser als auch anderer Entwurfskonzeptionen zeichnen sich drei Richtungen ab:

a) allseitige zwangspunktfreie Reihungsmöglichkeit durch wechselseitig geschlossene Fronten, die in Varianten (Einzelstellung, Eckverbindung, Zeilenglied) geöffnet werden können (Fassadenvarianten)

b) Verringerung der maximal erforderlichen Montageentfernung (Beachtung der Kranreichweite)

c) Einbeziehung von Punkthäusern in das Taktstraßensystem der mehrgeschossigen Zeilen (bei Kombinationen).

▪ Entsprechend den internationalen Erfahrungen werden terrassierte Hangbebauungen bereits bei 15 Prozent Hangneigung effektiv.

In Suhl liegen erste Vorschläge für 3geschossige Terrassenhäuser vor, die einen großen Spielraum in der Hanganpassung zulassen und gegebenenfalls mit dem Krantyp KB 160 noch montierbar sind.

Gesellschaftsbau

Die gesellschaftlichen Bauten sind – ebenso wie der Wohnungsbau – stärker auf die Besonderheiten der Hangbebauung hin zu entwickeln.

Das gilt im besonderen für die

▪ verstärkte Orientierung auf kleinere Vorzugsgrößen

▪ größere vertikale Kombinationsfähigkeit untereinander

▪ Verringerung der Gebäudetiefen

▪ addierbare (terrassierte und staffelbare) Teilkomplexlösungen (in Anwendung von Funktionsbausteinen).

So besteht mit wachsender Hangneigung die Tendenz zu den minimalen Einrichtungsgrößen.

▪ Schulkomplexe mit 2 × 2 Zügen sind zwar bis 15 Prozent möglich, doch ist zwischen 10 und 15 Prozent Hangneigung die Orientierung auf 2zügige Schulen zweckmäßig.

▪ Soll bei Vorschuleinrichtungen die empfohlene Entferung (300 m) eingehalten werden, so sind teilweise schon bei 5 Prozent Hangneigung Kombinationen von 54/108 Pl. erforderlich.

▪ Bereits ab 5 Prozent Hangneigung sind Kaufhallen unter 1000 m² VRFl. in Betracht zu ziehen. Als untere Regelgröße sind bei steileren Hängen 400 m² VRFl. anzusehen. Die verstärkte Orientierung auf kleinere Vorzugsgrößen ergibt sich durch die Reduzierung der zulässigen Wegeentfernungen und der Einwohnerdichte, und zwar wird diese Tendenz um so größer, je kleiner die ursprünglich zulässige Wegeentfernung ist (300 bis 750 m).

Bei Einrichtungen mit einer zulässigen Wegeentfernung über 1000 m treten im allgemeinen keine Schwierigkeiten auf, sofern die Versorgungsbereiche nicht mehr als 8000 bis 10 000 Einwohner umfassen.

Von den gegenwärtigen Projekten sind nur die zeilenförmigen Baukörper ohne besondere konstruktive Veränderungen für Hangbebauung geeignet.

Deutlich wird, daß bei der Entwicklung der Schulen und Vorschuleinrichtungen noch nicht ausreichend die Spezifik der Hangbebauung beachtet worden ist.

Noch problematischer sind Kaufhallen. Mit ihren Dimensionen von 30 × 48 m bis zu 48 × 60 m sind die Kaufhallen der Serie ESK 400/600 bis ESK 1400/1700 in unveränderter Wiederverwendung wenig für steilere Hanglagen geeignet.

Von etwa 10 Prozent Neigung an werden bei Kaufhallen Funktionsüberlagerungen zwingend notwendig. Denkbar wären die talseitige Untergeschoßanordnung für Gaststätte und Dienstleistungstrakt, aber auch zweigeschossige Kaufhallen.

Bereits bei 5 Prozent Hangneigung macht sich bei Wohngebietszentren die Terrassierung der Fußgängerebenen eforderlich.

Deshalb sollten Funktionsbausteine aus bewährten kleineren Betriebsgrößen Anwendung finden.

Entwicklungsprobleme der Technologie des Wohnungsbaus und des Tiefbaus in hängigem Gelände

KRAN KB 160
BAUZUSTAND
Lösung 2
ENDZUSTAND
33,7
BAUZUSTAND
Lösung 1
ENDZUSTAND
35,7
5 %
E ERSCHLIESZUNGSRAUM
B BAUSTRASZE
R RAMPE MIT PALETTE
G GARAGE
P PARKPLATZ
S STRASZE
F FUSZWEG
ST STÜTZMAUER
V VEGETATION
ERDABTRAG
ERDAUFTRAG

1

Dipl.-Ing. Wolfgang Heger

Technologie

Die bautechnischen Anforderungen in hängigem Gelände zwingen zu einer Weiterentwicklung der Grundsatztechnologie der WBS 70. So erweisen sich unter diesen Bedingungen als zweckmäßig:

- **die zweiseitige Montage**
- **die Weiterentwicklung der Transporttechnik**
- **Montagemöglichkeiten und Lastfahrten in der Kurve (Kran) zur ökonomischen Realisierung von Gegenhangbebauungen**
- **Anzustreben sind die Entwicklung und der Einsatz eines Krans mit großer Reichweite.**

Im einzelnen ergeben sich folgende Erkenntnisse:

Die Montage und der Ausbau sollten möglichst aus dem Erschließungsraum heraus erfolgen. Der spätere Freiraum sollte weitgehend frei vom Baugeschehen, das heißt „regulierungsfrei" bleiben. Vielfach wird aber dieses Prinzip, das auch von Geologen unterstützt wird, noch nicht berücksichtigt. Bei der Planung von Baustraßen sind folgende Lösungen anzustreben:

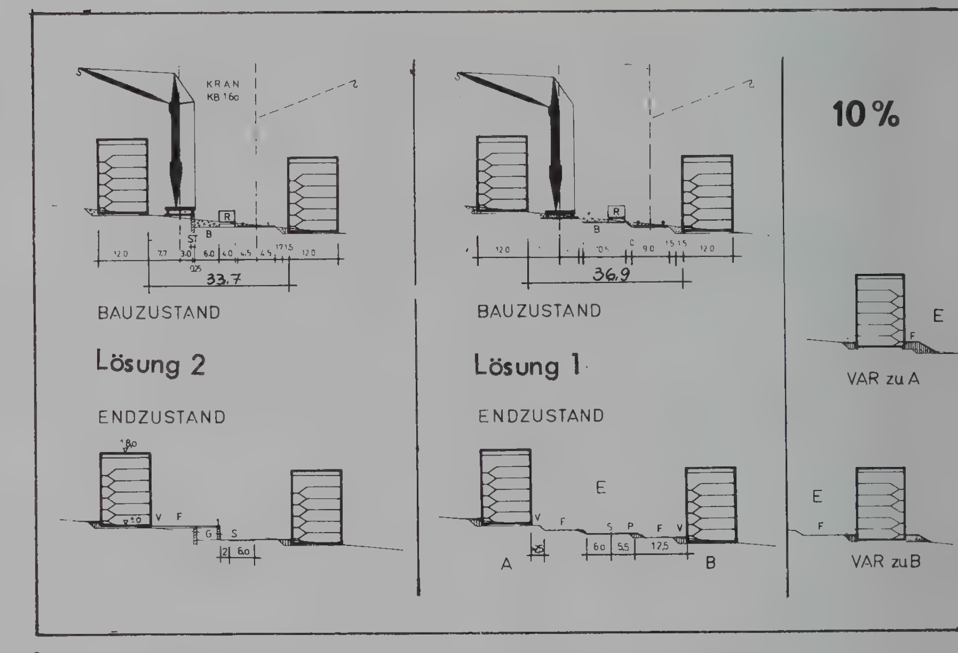
- weitgehende Übereinstimmung von Bau- und (späteren) Erschließungsstraßen (wird bereits auf vielen Baustellen realisiert)
- Anordnung durchgehender Baustraßen in hängigem Gelände

Stiche und Wendeschleifen sind zu vermeiden. Im allgemeinen kann angenommen werden, daß ab fünf Prozent Hangneigung Baustellen nur noch auf diese Weise versorgt werden können. Bei mäanderförmiger und ähnlicher Bebauung sind deshalb entsprechende Öffnungen oder Lücken vorzusehen.

Für komplizierte Situationen (Steigungen, Straßen- und Brückenprofile u. a.) macht sich eine Veränderung der Transporttechnik erforderlich, insbesondere von Sattelaufliegern anstelle von Palettenfahrzeugen.

Voraussetzung für Sattelaufliegertransporte ist eine einwandfreie Belieferung der Baustelle nach Fahrplan.

Neben den gängigen Krantypen, wie KB 401 A, ist der Einsatz von Kränen größerer Reichweite notwendig. Mit einem Kran größerer Reichweite lassen sich folgende Probleme in hängigem Gelände effektiv lösen:



2
3

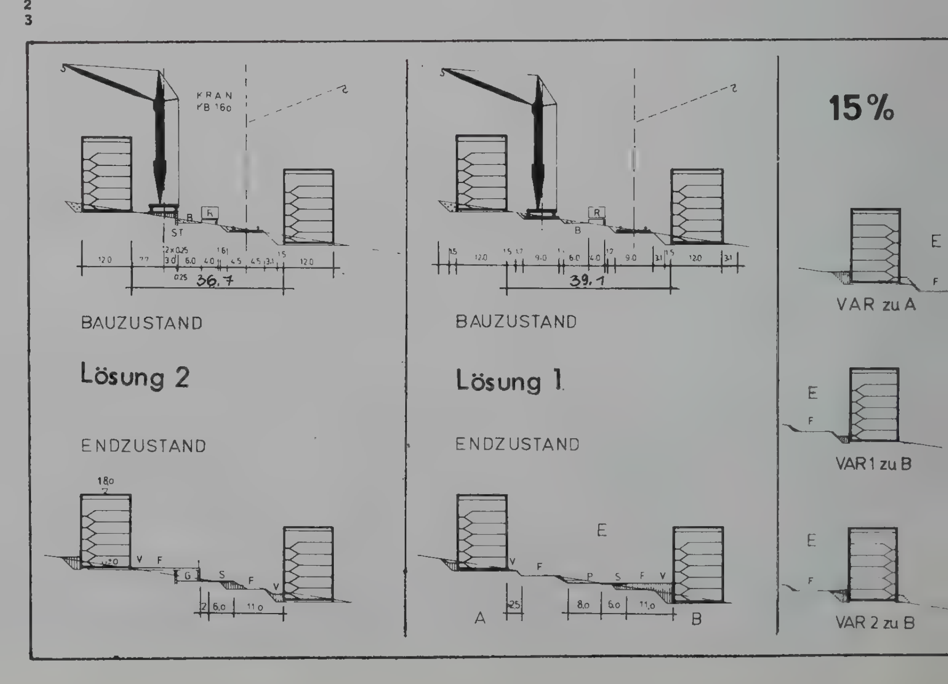


Tabelle 1: Auswertung der Baustelleneinrichtungspläne für die Bebauungsstudie von 5 bis 15 Prozent Hangneigung

Teil 1

	Hangneigung 5 Prozent	Hangneigung 10 Prozent	Hangneigung 15 Prozent
Bebauung H = hangparallel G = Gegenhang W = Würfelhaus	Geringe Veränderungen gegenüber der Ebene H: Fast ohne Versätze G: ~ 30 % der mehrgesch. WE (62 Segmente) 0,7 - 1,4 m H-Versatz nach 2 Segm. Versätze: 1/4 1/2 3/4 4/4 G. — 22 17 4 0 Zu G: mehrere Segmente am Freiraum erfordern komplizierte Baustelle (einschl. Baustraße gegen Hang)	Erhöhte Veränderungen gegenüber der Ebene H: 64 % der mehrgesch. WE, z. T. Versätze G: 26 % der mehrgesch. WE (55 Segmente) Versätze: 1/4 1/2 3/4 4/4 G. — 9 12 5 15 W: 10 % der mehrgesch. WE (16 Segmente)	Starke Veränderungen gegenüber der Ebene H: 72 % der mehrgesch. WE, ca. 20 Versätze G: entfällt W: 28 % der mehrgesch. WE, (44 Segmente)
Montierbarkeit	Technologische Einheiten enden an Abknickungen, dadurch oft keine 4-Segment-Einheiten; bei geschlossenen Baugruppen Reihenfolge besonders wichtig; Gegenhangbebauung nicht mehr aus durchgehender Kranbahn (Bild 70), 90° abgeknickte technologische Einheit (2 + 2 Segmente)	an Gebäudeknicken der hangparallelen Bebauung größere Versätze (Umbau oder Absenkung der Kranbahn nötig, Bild 63); 90° abgeknickte technologische Einheit in Ausnahmefällen Versatz nach 1 Segment; 8 Würfelhäuser in Vorkopf-Montage, die anderen mit komplizierter Kranbahn, Kombination Würfel/Zeile technologisch noch nicht gelöst	keine Gegenhangbebauung mehr, am Ende der hangparallelen Bebauung Würfel (angeschlossen oder frei); bei 35 Würfelhäusern komplizierte Kranbahn (Standkran, Kurve gegen den Hang) - Vorkopfmontage ist unbedingt anzustreben (Bild 84)
Kranbahn (Länge) - hangparallel	2 130 m	2 250 m	2 250 m
- Gegenhang	900 m	700 m	500 m (an den Würfelhäusern)
- Krankurven (60 - 90°) (ohne Umsetzstrecken)	ca. 25	ca. 30	ca. 25 (nur an den Würfelhäusern)
- Demontagen	28 mehrere Demontagen durch horizontale Umsetzkrangleise vermeidbar (ca. 4 x 100 m); Umbau der Kranbahn hangparallel ohne Absenken (Bild 81)	33 zur Verringerung von Demontagen Umsetzkrangleis mit Gefälle anordnen	35 (einschl. Würfelh.) Umsetzkrangleise zur Senkung der Demontagen nicht sinnvoll
	maximale Böschungshöhe an Gegenhangkranbahn = 2 m Kranbahnniveau ≙ späteren Fußweg	hoher Aufwand an Kranbahnen durch Absenken, Unterbau aus Plattenstapeln, Lage auf Fundamentsohle, Aufschüttungen; maximale Böschungshöhe = 3 m Kranbahnniveau nur z. T. späterer Fußweg	noch größere Zusatzmaßnahmen als bei 10 %, Überarbeitung erforderlich; maximale Böschungshöhe = 5 m, Kranbahnniveau nur z. T. späterer Fußweg

Teil 2

	Hangneigung 5 Prozent	Hangneigung 10 Prozent	Hangneigung 15 Prozent
Baustraßen	insges. 5 250 m, trassengleich = 3 750 m (72 %) Hauptbaustraße 100 % auf Sammelstraße (max. 5 % Neigung), Nebenbaustraße auf Erschließungsstraße, 1. Ausbaustufe (Bild 62) ca. 1 500 m zusätzliche Verbindungstrasse (nicht weitergenutzt), möglichst keine Nebenbaustraße gegen den Hang, da Neigung über 10 % (Bild 83), ca. 5 Fundamentüberfahrungen	insges. 5 750 m, trassengleich = 4 450 m (78 %) Hauptbaustraße 100 % auf Sammelstraße (z. T. über 5 % Neigung; 2. Zugmaschine nötig Nebenbaustraße wie [illegible] 5 %, Gefällestrecken zwischen Fertigteilabsetzanlagen, ca. 1200 m zusätzliche Verbindungstrassen (nicht weiter genutzt, [illegible] einem Mäander zum anderen [illegible] Erdbewegung nur [illegible] Neigung über 10 %)	insges. 6 250 m, trassengleich = 5000 m (80 %) Hauptbaustraße 100 % auf Sammelstraße Neigung max. 8 %, 2. Zugmaschine nötig Nebenbaustraßen nur z. T. in Lage und Höhe identisch mit Erschließungsstraße, ca. 1 250 m Verbindungstrassen mit hohem Gefälle
Fertigteilabsetzanlage	Hangparallel - ca. 30 Rampen auf Stelzen (je 1 x 6) (Bild 104) Gegenhangbeb.: a) Sonderlösung "R" 20 x (analog Bild 72) b) Sonderlösung (R) 6 x (Rampe senkrecht zum Hang)	30 Rampen, allgemeine Lösung 22 Rampen, Lösung "R" für Gegenhangbebauung	Da in vielen Fällen Palettenabsetzanlagen nicht oder nur im beschränkten Umfang [illegible] werden können (Bild 84) sind [illegible] sowie geringe Bevorratung auf der Baustelle vorzusehen
Baustelleneinrichtung (Objekte)	Bauarbeiterversorgung in späterer Gaststätte Unterkünfte in Block mit 50 WE Lager und Reparaturplatz auf späterer Spielanlage (evtl. einschl. Turnhalle)	analog 5 Prozent Hangneigung	keine zentrale Baustelleneinrichtung möglich
Erdmassenbewegung - Aushub für Baustelle "Gegenhang" (Baustraße entfällt)	4 000 m^3	9 500 m^3	Trotz Wegfall der Gegenhangbebauung sehr hoher Massenanfall
- Aushub für Baustelle "hangparallele Bebauung"	14 500 m^3	42 000 m^3	
- Aushub für Gebäude	20 000 m^3	45 500 m^3	
- insgesamt	38,5 Tm^3	97,0 Tm^3 Massenausgleich nicht erreichbar, zentrale Kippe außerhalb des Gebietes mit Straßenanschluß vorsehen;	130,0 Tm^3

- Montage von Würfelhäusern und Würfelhausgruppen
- Montage stark gegliederter Grundrisse
- Vorkopfmontagen
- gekoppelte Horizontal- und Vertikalversätze
- Verringerung des Erdaushubes an Kranbahnen bei Gegenhangbebauungen
- Vermeidung von Aufschüttungen und Plattenstapeln unter Kranbahnen.

Ein wesentlicher Effekt dabei ist die Montage von zwei parallelen Gebäudereihen aus einer Kranbahn.

Einige Probleme bedürfen noch einer eingehenderen Durchdringung, besonders in Hinsicht auf die gesamtvolkswirtschaftlichen Auswirkungen.

Tiefbau

Von größter Bedeutung für die Verbesserung des Gesamtergebnisses ist die Senkung des Erd- und Tiefbauaufwandes. Die Reserven liegen in einer verbesserten Abstimmung zwischen Hochbau, Tiefbau und Städtebau. Eingeschlossen in dieses Problem ist die Notwendigkeit einer umfassenderen technologischen Vorbereitung.

Eines der wesentlichen Mittel zur Senkung des Tiefbauaufwandes ist der Massenausgleich. Das bedeutet, so zu planen, daß die anfallenden Erdmassen sofort in der Nähe eingebracht werden können. Dazu kann die städtebauliche Planung und insbesondere die Freiflächenplanung in hohem Maße beitragen, und zwar durch die

- Planung von Spiel- und Rodelbergen
- Ausbildung von Traversen an Sportanlagen u. ä.
- Gestaltung von Lärmschutz- und Sichtwällen an Verkehrsanlagen und Parkplätzen
- Geländeprofilierungen in Erholungsbereichen (Wohngebietspark u. ä.).

Die Problematik der gegenwärtig nur sehr schwierig in den Hang einordbaren Wohnungs- und Gesellschaftsbauten kommt in der Erdmassenbewegung deutlich zum Ausdruck. So ergibt die Berechnung in den Studien für den Wohnungsbau, daß bei Beibehaltung der Bebauungsstruktur bei einer Vergrößerung der Hangneigung im

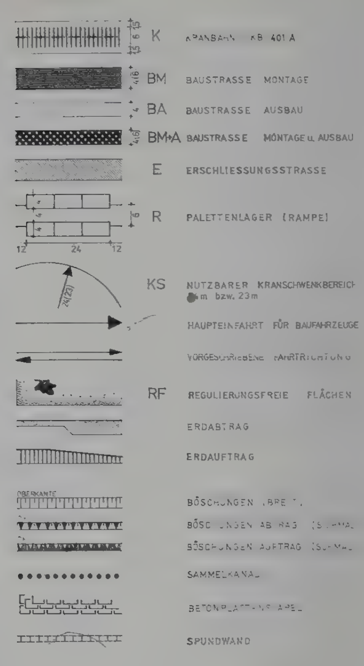
Hangparallele Bebauung mit Böschungen ohne Stützmauern (Lösung 1), sowie mit Böschungen und Stützmauern 2,5 m (Lösung 2)

1
Hangneigung von 5 Prozent

2
Hangneigung von 10 Prozent

3
Hangneigung von 15 Prozent

4
Technologie zum Bebauungsdetail der Studie mit 5 Prozent Hangneigung



5
Technologie zum Bebauungsdetail der Studie mit 10 Prozent Hangneigung

6
Technologie zum Bebauungsdetail der Studie mit 15 Prozent Hangneigung

fünf Prozent fast eine Verdoppelung der Erdmassenbewegung zu erwarten ist. Darüber hinaus steigt die Anzahl der technologischen Ebenen, und eine Zunahme von Kranmontagen und -umsetzungen muß berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage der genannten Grundsätze wurden die Studien 5, 10 und 15 Prozent Hangneigung ausgewertet (vgl. Tabelle 1). Da sich aber zwischen hangparalleler und Gegenhangbebauung bestimmte Unterschiede ergeben, werden sie auch getrennt ausgewertet.

Die Abbildungen 1 bis 3 verdeutlichen die technologischen Bedingungen für hangparallele Bebauung; die Tabelle 2 weist die rechnerischen Ergebnisse aus.

Für die Gegenhangbebauung bieten sich unterschiedliche Lösungswege an. Sie und ihre Vor- und Nachteile sind in Tabelle 3 ausgewiesen, in Tabelle 4 die quantifizierten Aussagen.

Aus der Tabelle 3 ist ersichtlich, daß bei der Errichtung mäanderförmiger Bebauungen bis 15 Prozent Hangneigung sich die gesamten Erdmassenbewegungen zur Errichtung der Wohngebäude bei einer Zunahme der Geländeneigung um jeweils fünf Prozent verdoppeln (bei Beibehaltung der Montageform)

die anteiligen Massen für Aufschüttungen mit steigender Hangneigung relativ sinken, wogegen die Aushubmassen bei einer Zunahme der Hangneigung um fünf Prozent um rund einhundert Prozent steigen.

bei 15 Prozent Hangneigung kaum noch Aufschüttungen auftreten

sowohl die Anzahl der Versätze als auch die Versatzhöhen zunehmen (die Hälfte der Versätze bei 15 Prozent Hangneigung sind ganzgeschossige Versätze).

Hinzuweisen ist auch darauf, daß das Prinzip der Montage aus dem Erschließungsraum nicht dogmatisch angewendet werden darf, da unter bestimmten Bedingungen bei einer Vor-Kopf-Montage durchaus günstige Effekte durch eine Montage aus dem Grünraum heraus erreicht werden können.

An ausgewählten Details aus den Bebauungsstudien werden die technologischen Abläufe demonstriert, und zwar

- bei Hangneigung = 5 Prozent (Abb. 4)
- bei Hangneigung = 10 Prozent (Abb. 5).
- bei Hangneigung = 15 Prozent (Abb. 6).

Alle aufgeführten technologischen und tiefbautechnischen Ergebnisse gehen von Gebäuden aus, die nicht hangspezifisch entwickelt worden sind.

Ein im Wohnungsbaukombinat Suhl angestellter Überschlag sagt aus, wie sich eine hangspezifische Entwicklung des Wohnungsbaus auf die Erdmassenbewegung auswirken würde:

Verwendetes Erzeugnissortiment bei 18 % Hangneigung	Umfang der Massenbewegung
Sortiment ohne Anpassung	100 %
gleiches Sortiment, an den Hang angepaßt	78 %
speziell für den Hang entwickeltes Sortiment	60 %

Auf diese relativ einfache Weise wird deutlich, daß mit der Anpassung der Gebäude oder durch ein spezielles Sortiment 20 bis 40 Prozent der Erdmassenbewegungen eingespart werden können.

Es kann eingeschätzt werden, daß der Mehraufwand im Hochbau wesentlich geringer als der Tiefbauaufwand ist und damit ein hoher volkswirtschaftlicher Effekt erreicht werden kann.

Tabelle 2: Auswertung der Varianten (Abb. 1 bis 3)
(Lösung 1 und Lösung 2) der Hangparallelbebauung

	Hangneigung	0 % bzw. allgemeine Bemerkungen	5 %		10 %		15 %	
1	Gebäudeabstände Lösung 1 mit Böschung (allgemeiner Fall)	36,6 m	35,7 m		30,9 m		39,1 m	
2	Gebäudeabstände Lösung 2 mit Stützmauer	-	33,7 m		33,7 m		36,7 m	
3	Höhenunterschied zwischen Straße und Wohngebäude bei Lösung 1		nach oben 0,8 m	nach unten 0 m	nach oben 2,4 m	nach unten 1,2 m	nach oben 3,2 m	nach unten 0 m
4	Erdaushub im Erschließungsraum bei Lösung 1 (Böschung)		19,3 m^3/lfm		45 m^3/lfm		61,5 m^3/lfm	
	bei Lösung 2 (Stützmauer)		39,8 m^3/lfm		44,6 m^3/lfm		53,5 m^3/lfm	
5	Erdauftrag im Erschließungsraum (Bauzustand) bei Lösung 1 (Böschung)		1,5 m^3/lfm		-		-	
	bei Lösung 2 (Stützmauer)		0,2 m^3/lfm		4,2 m^3/lfm		6,3 m^3/lfm	
6	nachträglicher Erdauftrag im Erschließungsraum bei Lösung 1 (Böschung)	ENDZUSTAND	11,0 m^3/lfm		11,5 m^3/lfm		23,0 m^3/lfm	
	bei Lösung 2 (Stützmauer)		15,0 m^3/lfm		12,5 m^3/lfm		40,0 m^3/lfm	
7	Garage an Stützmauer (Lösung 2)		nicht sinnvoll, da Höhenunterschied zu gering		sinnvoll [illegible]		sinnvoll	
8	Lage des Treppenhauses (T) und Geschoßanzahl (G) (nur zur Lösung 1 mit Böschung)	im allgemeinen 5geschossig mit bergseitigem Treppenhaus	bei beiden Zeilen [illegible]		bei beiden Zeilen T. [illegible] A, B [illegible] Lösung		T. [illegible] Variante A [illegible] bei Variante [illegible] bei den Varianten geringerer Erdauftrag	
9	Wohnungen für Behinderte (ebenerdiger Zutritt) bei Lösung 1	bei bergseitigem Gebäude der Lösung 1 in jedem Fall von vorn, beim talseitigen Gebäude von hinten betretbar	Bei Gebäude A vom Erschließungsraum		wegen Zwischenböschungen nicht geeignet; bei Gebäude B von hinten betretbar		wegen Zwischenböschungen nicht geeignet Variante 3 B [illegible]	

Tabelle 3: Auswertung der Varianten der Gegenhangbebauung
(Übersicht)

Varianten	Hangneigung 5 Prozent	10 Prozent	15 Prozent
1	Lösung scheidet auf Grund der hohen Erdbewegungen für die weitere Bearbeitung aus	entfällt	entfällt
2	insgesamt günstige Lösung	Die Erdmassenbewegung ist im Verhältnis zu den Varianten 4 und 5 sehr hoch	insgesamt sehr komplizierte Erdbewegungen notwendig, Umfang [illegible]
3	auf Grund der extrem hohen Erdbewegung scheidet die Lösung für die weitere Bearbeitung aus	entfällt	entfällt
4	relativ geringe Erdmassenbewegung durch gute Anpassung an das Gelände	relativ günstige Erdmassenbewegung	relativ günstige Erdmassenbewegung
5	relativ geringe Erdmassenbewegung durch gute Anpassung an das Gelände	gegenüber Variante 4 geringe Erdmassenbewegung	gegenüber Variante 4 geringe Erdmassenbewegung

Tabelle 4: Zusammenstellung der Variantenergebnisse
(Erdbewegung, Vertikalversätze, Kranbahn- und Baustraßenlängen)

	Bild	Erdbewegungen gesamt m^3	davon Aushub m^3	Aufschüttung m^3	WE-Anzahl x)	Erdbewegungen/WE gesamt (= 100 %) m^3/WE	darunt. Aushub m^3/WE	%	Anzahl der Vertikalversätze				Gesamtlänge der Kranbahn m	davon gegen den Hang m	Gesamtlänge der Baustraßen m
Hangneigung 5 %															
Var	1	4 730	3 650	1 080	150	31,5	24,3	77	1	-	1	-	194	70	285
	2	3 680	2 380	1 300	150	24,5	15,9	65	2	1	-	-	224	84	185
	3	6 030	5 730	300	150	40,2	38,2	95	3	1	-	-	228	86	195
	4	2 170	2 170	-	146	14,9	14,9	100	-	2	-	-	110	-	80
	5	1 650	1 650	-	120	13,8	13,8	100	1	-	-	-	100	-	70
Hangneigung 10 %															
	2	6 830	5 910	920	150	45,5	39,4	86	-	1	1	1	227	84	135
	4	4 370	4 320	50	146	29,9	29,6	99	1	-	1	1	110	-	80
	5	3 710	3 650	60	120	30,9	30,4	99	1	1	-	-	100	-	70
Hangneigung 15 %															
	2	15 520	15 200	320	150	103,5	101,3	98	-	1	-	2	230	82	185
	4	10 010	9 900	110	146	68,6	67,8	99	-	1	-	2	110	-	80
	5	5 700	5 600	100	120	47,5	46,6	99	1	-	1	-	100	-	70

x) bei 2,5 WE/Geschoß bei Sektionslänge 14,40 m

Die Entwicklung der Freiflächen in hängigem Gelände

Diplomgärtner Heidrun Günther

Als grundsätzliche Erkenntnisse können vorangestellt werden:

Das Bauen am Hang ist ein weitaus empfindlicherer Eingriff in die Landschaft als in der Ebene. Dafür werden zusätzliche Leistungen und Bauwerke erforderlich, die jedoch Gestaltungselemente von hoher Qualität darstellen.

Schwerpunkte der Freiflächengestaltung sind die flächenintensiven gesellschaftlichen Einrichtungen (Schulkomplexe, Vorschuleinrichtungen und Sportanlagen), **die größere ebene Bereiche benötigen. Sie bestimmen in hohem Maße die Bebaubarkeit von Hängen. So hört bei durchgängig 15 Prozent Hangneigung eine volkswirtschaftlich vertretbare Freiflächengestaltung auf.**

Im einzelnen sind folgende Problemstellungen zu berücksichtigen:

- Im Wohnbereich sollte der Bau von Stützmauern, größeren Treppenanlagen, aufwendigen, terrassierten Bepflanzungen und ähnliches zurückhaltend eingesetzt werden. Diese Anlagen sind mehr den öffentlichen Bereichen vorzubehalten
- Im halböffentlichen Bereich bieten sich Wohnterrassen und Mietergärten für die Erdgeschoßzone an
- Je nach der anstehenden Bodenklasse sind Böschungen bei einer Neigung von 1 : 2 bis 1 : 5 standsicher. Zur Gewährleistung einer rationellen, maschinellen Pflege sollten Böschungen aber nur bis zu einer Neigung von 1 : 3 geplant werden
- Zur Überwindung von großen Höhenunterschieden sind Mauern, Treppen und Rampen notwendig. Schwergewichtsmauern sind vorwiegend vom Hochbau zu fertigen und müssen deshalb bereits in der Planungsphase festgelegt werden
- Wichtig ist die Wasserführung bei Hanganschnitten. Hier entstehen zwingende Querverbindungen zur Vorbereitung des Baugeländes und zur Wasserabführung vom Hochbau (Dränagen)
- Ein besonderes Problem in hängigem Gelände liegt in der Bespielung der Böschungen. Es ist deshalb erforderlich, so attraktive Spielplätze zu bauen, daß sich die Kinder dort konzentrieren und die anderen Böschungen meiden.

Die genannten großflächigen gesellschaftlichen Einrichtungen werden auf Grund der Problematik ihrer Einordnung in hängiges Gelände im folgenden näher betrachtet.

Sporteinrichtungen

Es wird bei den Bebauungsstudien davon ausgegangen, daß alle Sportflächen eben sind, und die Nebenflächen als Böschungen ausgebildet wurden, die generell eine Neigung von 1 : 3 haben. Dadurch nimmt der Flächenbedarf mit größer werdenden Hangneigungen zu (siehe Tabelle 1).

Aus den Abbildungen 1 bis 3 wird die Expansion der Sportanlage deutlich.

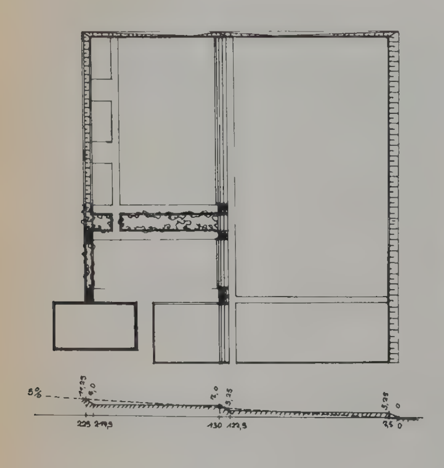
Bei einer kompakten Anlage gemäß Beispiel treten Höhenunterschiede zwischen 11,25 m (5 Prozent) bis 33,80 m (15 Prozent) auf.

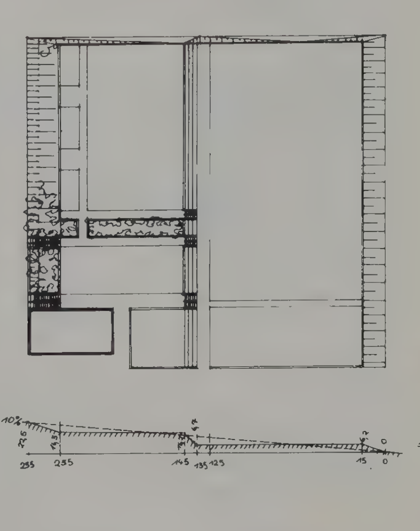
Im allgemeinen gelten folgende Grundsätze:

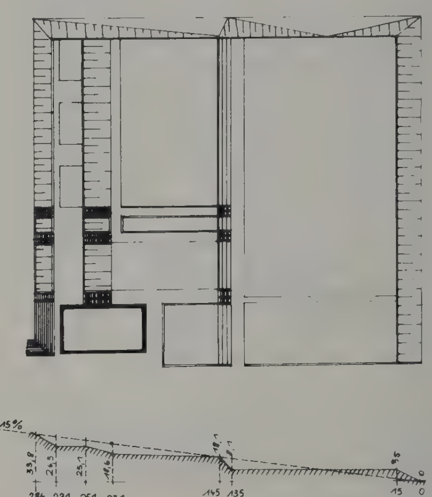
- die Spielfelder sind eben auszubilden, können aber zur Oberflächenentwässerung ein Gefälle von maximal 0,5 bis 1 Prozent aufweisen
- Nebenflächen können geneigt sein (Rasenflächen bis 2 Prozent, Zuschaueranlagen bis maximal 1 : 2, bepflanzte Böschungen von 1 : 4 bis 1 : 1)
- Böschungen mit Neigungen von > 1 : 3 müssen mit Gehölzen bepflanzt werden, die im ausgewachsenen Zustand einen wirksamen Erosionsschutz bilden. Im Randbereich sind sie aus hygienischen Gründen mit einer Deckpflanzung zu versehen. Die Böschungen innerhalb des Sportbereiches zwischen den Spielfeldern können bei einer Neigung bis 1 : 3 mit Rasen angesät werden und als Liegewiesen dienen, sofern kein Zuschauerandrang zu erwarten ist
- Die Vegetationsflächen sind von den Spielfeldern und Verkehrsflächen durch Stützmauerelemente, die gleichzeitig als Sitzgelegenheit dienen können, jedoch zumindest durch Hochbord abzugrenzen.

Vorschuleinrichtungen

In den Bebauungsstudien sind Terrassen, Spielplätze, Spielrasen und Wegeflächen ($^2/_3$ bis $^3/_4$ der Fläche) eben, funktionsbedingte Nebenflächen weitgehend als Bö-

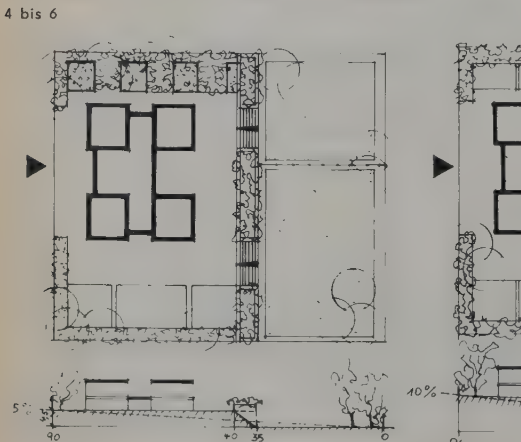


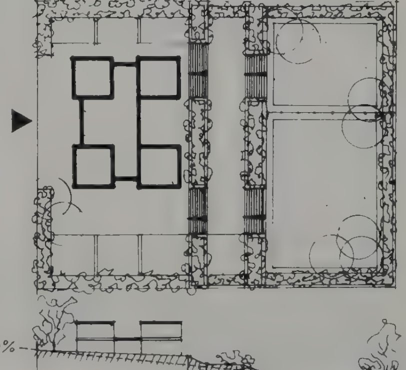


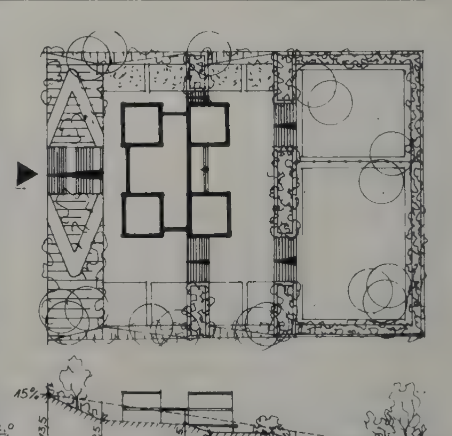


1 bis 3

4 bis 6







schungen ($^1/_3$ bis $^1/_4$ der Fläche) mit einer Neigung von 1 : 3 angelegt.

Die Flächenvergrößerung ist in Tabelle 2 ausgewiesen.

Die Abbildungen 4 bis 6 zeigen die Gliederung und flächenmäßige Entwicklung der Vorschuleinrichtung. Der Höhenunterschied bewegt sich zwischen 4,50 m (5 Prozent) und 13,50 m (15 Prozent).

Es sollten folgende Grundsätze beachtet werden:

- Böschungen haben in Vorschuleinrichtungen vorwiegend gliedernde Funktionen und trennen Spielbereiche voneinander. Sie müssen dementsprechend klar abgegrenzt und abgesichert sein. Alle Böschungen sind Spielbereicherungen, wenn sie zum Beispiel am Ende des Grundstücks liegen und nicht überwunden werden müssen
- Die zum Krippenbereich gehörenden Freiflächen müssen eben sein, da jede Böschung zum Hindernis im Freiluftaufenthalt der Kinder wird (z. B. unsicheres Laufen, kein Abschätzen der Gefahr beim Rennen und Fahren). Im Krippenbereich sollten möglichst keine Treppen, sondern Rampen angelegt sein. Wenn eine Treppe notwendig wird, ist sie am oberen Ende durch ein Tor zu sichern
- Im Kindergartenbereich sind Bodenbewegungen erwünscht, da sie das motorische wie auch das Rollenspiel dieser Altersgruppe fördern
- Höhere Stützmauern können zum Beispiel als Kritzelwand, Ballspielwand und bei entsprechender Gestaltung als Spielnische mit Absperrung zum Theaterspiel genutzt werden.

Schulen

Es ist davon ausgegangen worden, daß alle Nutzflächen eben sind (Pausenhöfe, Vorplätze, Lesegarten bzw. Liegewiesen oder Gymnastikwiese).

Funktionsbedingte Nebenflächen sind als Böschungen mit einer Neigung von 1 : 3, die gleichzeitig Funktionsbereiche trennen, angelegt.

Die Flächenvergrößerungen sind in der Tabelle 3 ausgewiesen. Die Abbildungen 7 bis 9 vermitteln die Entwicklung des Schulgrundstückes. Auch hier treten erhebliche Höhenunterschiede auf, und zwar zwischen 9,80 m (5 Prozent) und 29,30 m (15 Prozent).

Bei der Anordnung der einzelnen Funktionen ist zu beachten:

- ebene Flächen: Pausenhof (bis 2 Prozent Neigung), Vorplatz, Spielplatz (bis 2 Prozent Neigung), Lesegarten
- Liegewiesen können bis 5 Prozent Neigung aufweisen
- Aus hygienischen Gründen ist das Schulgrundstück zu umpflanzen; dafür sind die Böschungen zu nutzen
- im Pausenbereich und im Bereich des Vorplatzes sind Pflanzenflächen nicht erhaltungsfähig; hier sind Stützmauern angebracht.

Flächenentwicklung einer Sportanlage

1 Hangneigung von 5 Prozent
2 Hangneigung von 10 Prozent
3 Hangneigung von 15 Prozent

Flächenentwicklung einer Vorschuleinrichtung

4 Hangneigung von 5 Prozent
5 Hangneigung von 10 Prozent
6 Hangneigung von 15 Prozent

Flächenentwicklung einer polytechnischen Oberschule

7 Hangneigung von 5 Prozent
8 Hangneigung von 10 Prozent
9 Hangneigung von 15 Prozent

Hangneigung	Länge d. Sportanlage (in m)	Flächenentwicklung in Prozent	
0 %	225,00	100	
5 %	258,75	115	
10 %	292,50	130	
15 %	325,43	145	Problem-
20 %	[illegible]	[illegible]	grenze
25 %	393,75	175	

Tab. 1

Hangneigung (%)	Länge d. Grundstückes (m)	Flächenentwicklung (%)	
0	195	100	
5	224,4	115	
10	[illegible]	130	
15	282,9	145	Problem-
20	318,0	160	grenze
25	341,4	175	

Tab. 2

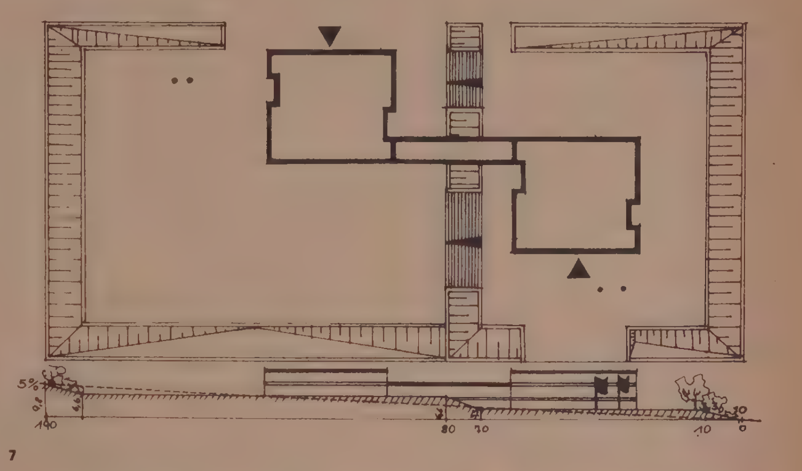
Hangneigung (%)	Länge des Grundstückes	Flächenentwicklung (%)	
0	[illegible]	[illegible]	
5	[illegible]	[illegible]	
10	[illegible]	[illegible]	
15	[illegible]	148	
20	144,0	160	Problem-
25	153,8	175	grenze

Tab. 3

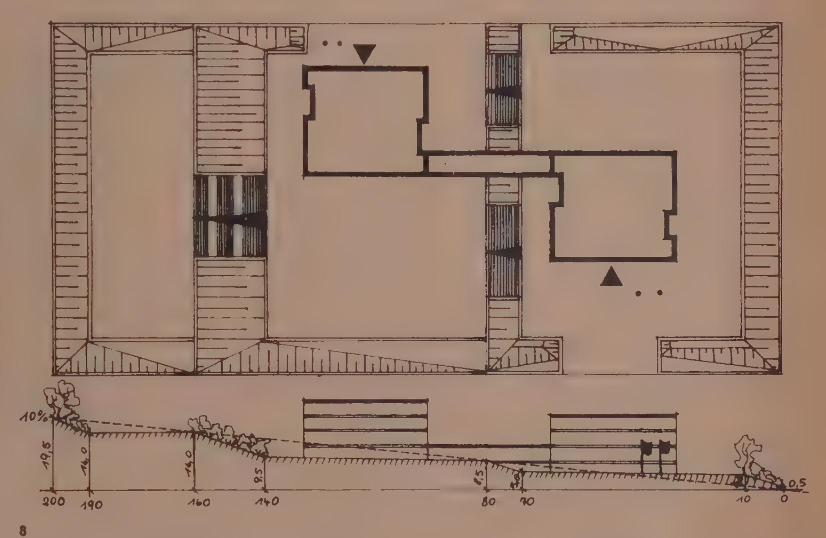
Tabelle 1: Flächenentwicklung bei Sportanlagen

Tabelle 2: Flächenentwicklung bei Vorschuleinrichtungen

Tabelle 3: Flächenentwicklung bei polytechnischen Oberschulen

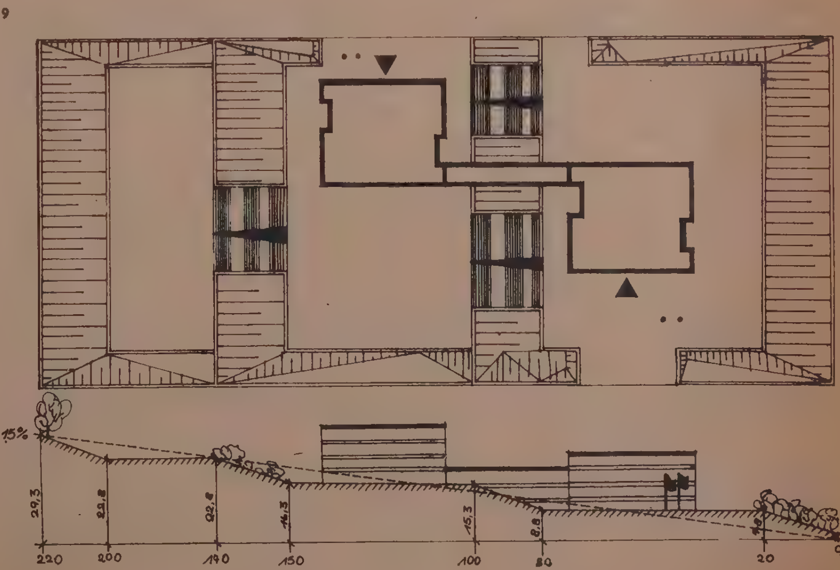


7



8

9



Verkehrserschließung von Wohngebieten in hängigem Gelände

Dr.-Ing. Günter Arlt

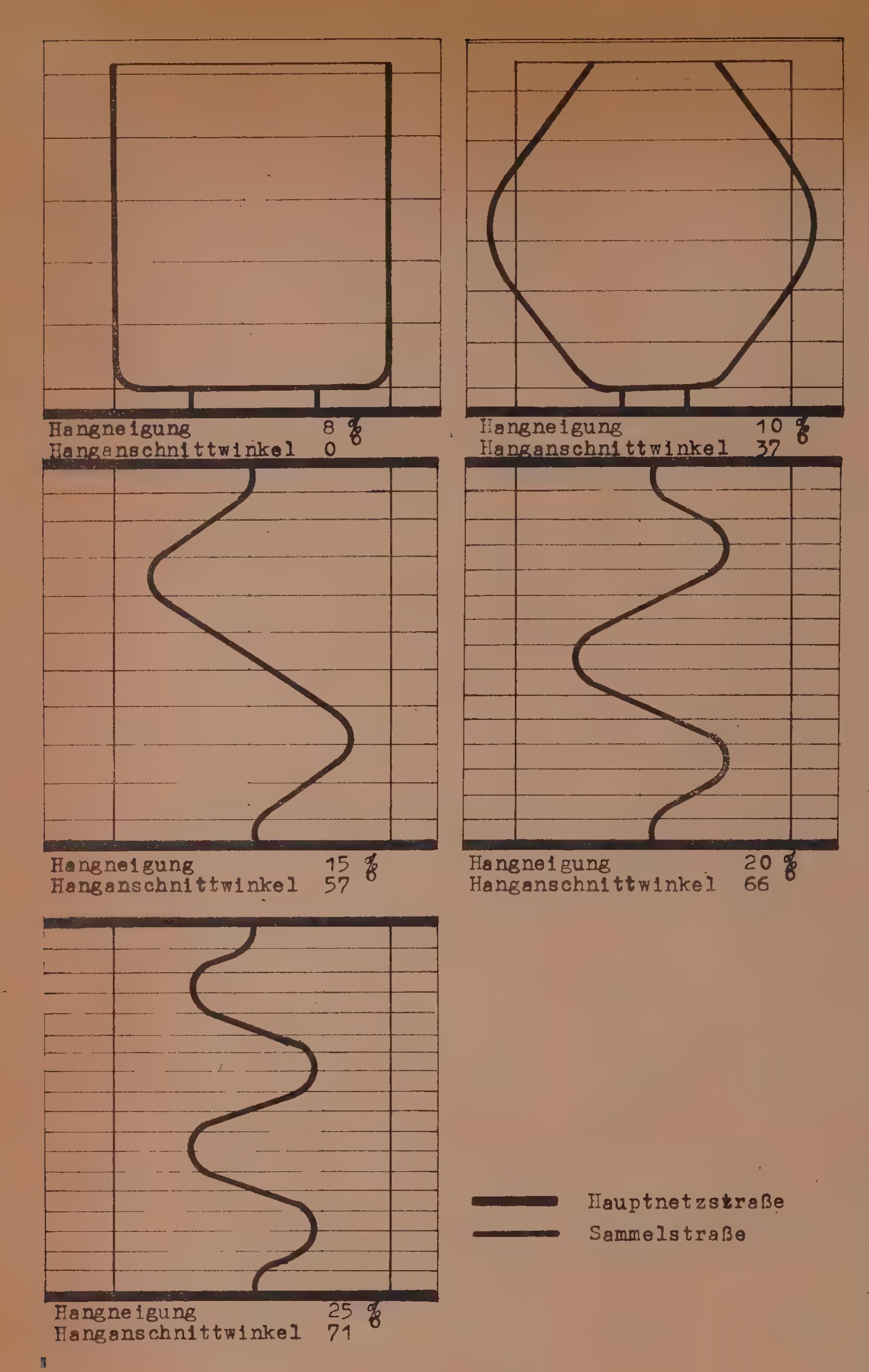


Tabelle 1
Zulässige Längsneigungen von Verkehrsanlagen
(Angaben in %)

Verkehrsanlage	zulässige Längsneigung (M) Richtwerte	Grenzwert[1])
Industriesammelstraße	7	8
Sammelstraße	8	10
Anliegerstraße	10	12
Knotenpunktbereich	5 ... 6	
S-V-Bahn	2, 5 (4)	
Metro	4	
Schnellstrab	6	
Strab[2])	5	
Bus	8	
Bahnsteiggleise		
S-V-Bahn	1	
Metro	0, 17	
Schnellstrab	1	
Strab	1	
Bahnsteigfahrspur		
Bus	5	
Radbahnen	4	
Fußwege	entsprechend der Fahrbahn	
Fußwege selbständig geführt		12

[1]) Anwendung der Grenzwerte nur auf kurzen Streckenabschnitten

[2]) bei Neubauten sind Werte der Schnellstrab zu empfehlen

Die Verkehrserschließung in hängigem Gelände ist an Erschließungsprinzipien zu orientieren, die in der

- Komplexrichtlinie für die Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten
- Richtlinie für die verkehrliche Anbindung und Erschließung von Neubauwohngebieten
- Richtlinie für die Planung der Anlagen des ruhenden Verkehrs in den Städten und Gemeinden der DDR
- Anleitung zur Ermittlung der Lärmimmissionen bei der städtebaulichen Planung

enthalten sind. Sie beziehen sich auf eine mehr- und vielgeschossige Bebauung. Bei ein- bis dreigeschossiger Bebauung in hängigem Gelände können auch andere Erschließungsprinzipien wirksam werden.

Ausgehend von den zulässigen Längsneigungen der Verkehrsanlagen (Tabelle), ist bei Hangneigungen bis zu 10 Prozent die äußere Erschließung möglich und aus funktionellen und städtebauhygienischen Gründen anzustreben. Bei Hangneigungen größer als 10 Prozent wird auf Grund der notwendigen Hanganschnittführung der Sammelstraßen (Abb. 1) die innere Erschließung unumgänglich.

Eine schematische Übersicht von Erschließungsformen zeigt Abbildung 1. Während bei Hangneigungen kleiner 10 Prozent die Hauptnetzanbindung an der Hangsohle oder in der Kammlage erfolgen kann, ist in der Regel bei Hangneigungen größer 10 Prozent die Anbindung an der Hangsohle und in der Hang- und Kammlage erforderlich.

Der unmittelbare Anliegerbereich und die Gebäude sollten durch hangparallele Anliegerstraßen und befahrbare Wohnwege erschlossen werden. Dabei sind Längsneigungen zwischen 0 und 3 Prozent anzustreben.

Abbildung 3 gibt eine Übersicht der möglichen Erschließungsarten von Gebäuden unter Berücksichtigung der lärmschutzbedingten Gebäudeabstände.

Aus städtebauhygienischen Gründen sollten Anliegerstraßen und befahrbare Wohnwege als Stichstraßen ausgebildet werden, da Schleifen in jedem Falle Längsneigungsstrecken aufweisen. Günstige Lösungen sind mit kurzen befahrbaren Wohnwegen zu erzielen, wenn der ruhende Verkehr durch

Auffangparkplätze vom Anliegerbereich ferngehalten werden kann.

Die Längsneigung der Stellflächen wird durch die Längsneigung der Verkehrs- und Sammelstraßen bestimmt. Sie ist auf 8 Prozent zu begrenzen. Bei der Querneigung ist von $\leqq$ 5 Prozent auszugehen.

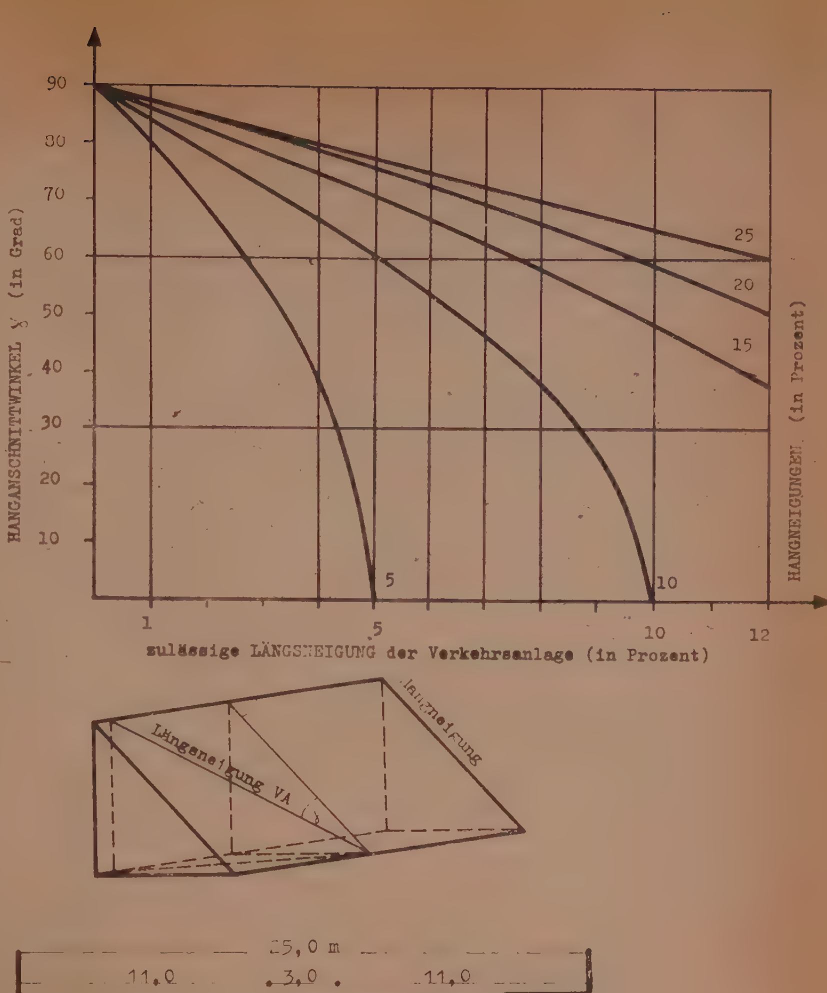
Stellflächen in Randlage erfordern insbesondere bei Hangneigungen über 10 Prozent große Erdmassenbewegungen und unter Umständen die Anlage von Stützkonstruktionen. Deshalb sollte unter Beachtung der Lärmschutzforderungen des unmittelbaren Anliegerbereiches die nach der Komplexrichtlinie auf 30 Prozent begrenzte „innere Lage" der Stellflächen ausgeschöpft werden oder die Anteile für „innere Lage" erhöht werden.

Aus Lärmschutzgründen sollte insbesondere bei Hangneigungen von mehr als 5 Prozent, ausgehend von den technisch-ökonomischen Möglichkeiten, ein höherer Anteil geschützter Anlagen angestrebt werden. Möglichkeiten für die Anwendung von Flachgaragen ergeben sich aus der Nutzung technologisch bedingter Stützmauern.

Die spätere Realisierung von Parkpaletten sollte grundsätzlich berücksichtigt werden, wobei aus der Sicht des Lärmschutzes bei geschützter Parkdeckaufstellung ein wesentlich größerer Anwendungsbereich möglich wäre. Die Entwicklung lärmschutzgerechter Erzeugnisse ist notwendig.

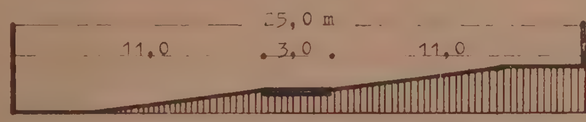
Die bei Hangneigungen über 6 Prozent notwendig werdende Erschließung mit Kraftstoffomnibussen muß auch den Forderungen des Lärmschutzes Rechnung tragen. Da sich mit Zunahme der Längsneigung die Lärmimmissionen erhöhen, ist die Einhaltung gesetzlich zulässiger Lärmimmissionen durch Lärmschutzabstände städtebaulich häufig nicht möglich.

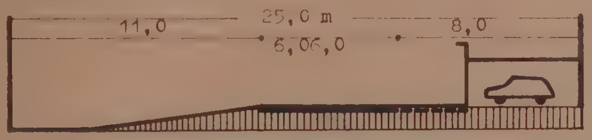
Aus diesem Grunde sollten Möglichkeiten des Einsatzes von O-Bussen bei der Erschließung in hängigem Gelände untersucht werden. Das gilt besonders für Städte mit vorhandener O-Buserschließung. Dabei müssen nicht nur die wesentlich geringere Lärmimmission, sondern auch die Schadstoffimmissionen berücksichtigt werden, die in hängigem Gelände bei Verkehrsmitteln mit Kraftstoffbetrieb erheblich sein können.

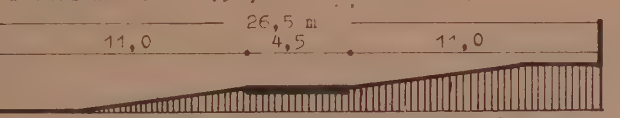


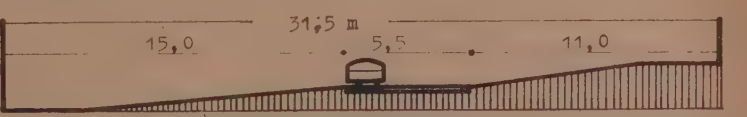
2

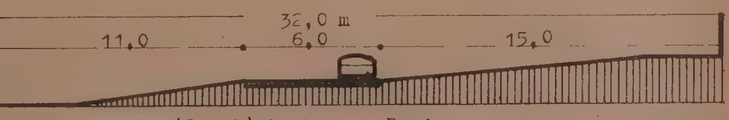
3

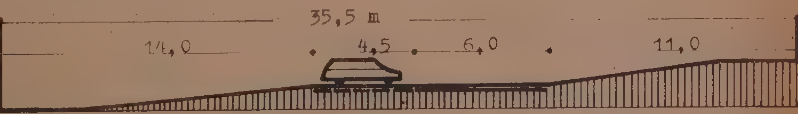












1
Schematische Übersicht der Sammelstraßenführung von Wohngebieten in hängigem Gelände Notwendigkeit der inneren Erschließung bei Hangneigung größer als zehn Prozent

2
Diagramm der Hanganschnittwinkel

3
Verkehrserschließung von Gebäuden. Erforderliche Gebäudeabstände unter Berücksichtigung der zulässigen Lärmimmission (Fensterschalldämmung 25 dB) und einer Straßenlängsneigung zwischen 0 und 3 Prozent



1

Zur Methodik der Analyse von Betriebsstandorten der produktiven Bereiche in vorhandenen Mischgebieten

1
Umgestaltungsgebiet Dresden Äußere Neustadt

2
Gliederung des Analyseprozesses

3
Hypothese für die Analyse

Dr.-Ing. Gerhard Kirkamm
Büro des Stadtarchitekten Dresden

Problemstellung

Der Begriff „Mischgebiet" bezeichnet eine Kategorie vorhandener Flächennutzung. Durch ihn werden im städtebaulichen Planungsprozeß städtische Teilgebiete charakterisiert, die im Zusammenhang mit der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Mischbebauung entstanden waren und die in ihrem Wesen bis zur Gegenwart erhalten geblieben sind (Abb. 1).

Mischgebiete sind durch ein mehr oder weniger kleinteiliges, planloses und unmittelbares, nutzungsseitig und ideell-ästhetisch unbefriedigendes Neben- und Übereinander von Flächen bzw. baulichen Objekten des Wohnens und anderer Bereiche der sozialen Infrastruktur, der technischen Infrastruktur sowie der Betriebe und Einrichtungen der produktiven Bereiche gekennzeichnet.

Der ungenügenden technischen und räumlichen Qualität des Wohnungsfonds bei gleichzeitiger Unterausstattung mit bestimmten gesellschaftlichen Einrichtungen und Freiflächen stehen baulichen Grundfonds der produktiven Bereiche gegenüber, welche oft einen relativ hohen physischen und moralischen Verschleißgrad bei stark uneinheitlicher Restnutzungsdauer sowie eine der Realisierung materieller Dienste und Leistungen hemmende körperliche Kleinteiligkeit und formale Vielfalt aufweisen. Das Bindeglied zwischen beiden, die technische Infrastruktur, entspricht kaum mehr den ständig wachsenden Anforderungen aus den Belastungen des Verkehrs sowie der Ver- und Entsorgung.

Die zwangsläufig aus den dargelegten Verflechtungsbeziehungen der produktiven und nichtproduktiven Bereiche resultierenden gegenseitigen Behinderungen und Belästigungen haben oft zu schwierigen Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens geführt. Wie die Praxis beweist, sind Mischgebiete zugleich Schwerpunkte vielseitiger Probleme.

Zum anderen sind den zahlreichen, volkswirtschaftlich keinesfalls zu unterschätzenden Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe der produktiven Bereiche mit der vorhandenen Standortsituation trotz Intensivierungsbestrebungen durch den Zustand der baulichen Grundfonds oft Grenzen der Produktivitätssteigerung gesetzt. Gegenwärtig aber gilt es, diese umfangreichen Grundfonds noch weitgehend zu erhalten und zu nutzen.

Zusammenfassend sind Mischgebiete vorrangige Umgestaltungsgebiete im Sinne unserer Hauptaufgabe, da sie als ehemals typische Arbeiterwohngebiete durch innere, dem erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstand nicht mehr entsprechende Lebensbedingungen (einschließlich Produktionsbedingungen) gekennzeichnet sind und als die unmittelbaren Vorstädte unserer alten Stadtkerne zumeist eine zentrale Lage in der Stadtstruktur aufweisen. Sie sind planmäßig zu Siedlungsformen umzugestalten, welche den Bedingungen der Lebensweise in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerecht werden (1).

Diese doppelte Negation von Mischgebieten, welche im theoretischen Konzept unserer Generalbebauungspläne bereits vollzogen ist, muß vor allem auf zwei Aspekte orientieren:

- Aufheben (im Sinne von Bewahren) positiver, aus den nahräumlichen Beziehungen einzelner Funktionen resultierender Bedingungen sowie kulturhistorisch bedeutsamer Objekte und Ensembles
- Aufheben (im Sinne von Beseitigen) historisch überkommener und nicht zeitgemäßer Erscheinungen, insbesondere der vielfältigen Störungen der vermischten Funktionen untereinander.

Das verlangt eine Entflechtung der historisch gewachsenen baulich-räumlichen Struktur mit dem Ziel, für den konkreten Umgestaltungsfall charakteristische, unseren gesellschaftlichen Verhältnissen adäquate städtebauliche und architektonische Raum- und Formqualitäten mit vertretbarem ökonomischem Aufwand zu schaffen, die unter Einbeziehung des kulturhistorisch Wertvollen, typischer Gebäude und Raumsituationen sowie nutzbarer und nachnutzbarer baulicher Substanzen unterschiedlichsten Bedürfnissen dienen können und damit zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unserer Werktätigen beitragen.

Es ist von der Erkenntnis auszugehen, daß eine Grundvoraussetzung der Umgestaltung in der Änderung vorhandener Flächennutzungen (sowohl Geschoß- als auch Grundstücksflächen) besteht. Tiefgreifende Verbesserungen der Wohnbedingungen setzen

zumeist zwingend eine Umgestaltung der Betriebsstandorte der produktiven Bereiche voraus.

Der Umgestaltungsprozeß vorhandener Mischgebiete stellt sowohl den gesellschaftlichen Auftraggeber als auch uns Architekten und Städteplaner vor qualitative und quantitative Probleme bisher ungekannter Dimensionen. Er bedarf einer intensiven theoretischen Erforschung und praktisch-experimentellen Erprobung.

Die dafür notwendigen personellen Voraussetzungen sind in den Stadtplanungsbüros nicht immer gegeben. Die Koordinierung der Stadtplanung mit der Industriebauplanung seitens der BMK und IBK sowie bedeutender Industriebetriebe des Territoriums wird noch nicht in erforderlichem Maße beherrscht.

Das Vorherrschen empirischer Methoden in einigen Bereichen der Stadtplanung kann angesichts der anstehenden Aufgaben nicht befriedigen. Die Ursachen für diesen Zustand sind u. a. darin zu suchen, daß einige Begriffe und Methoden der materialistischen Erkenntnistheorie und des Erkenntnisprozesses sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmungen als auch ihrer dialektischen Wechselwirkungen untereinander nicht richtig angewandt werden bzw. noch unzureichend zweckorientiert erschlossen sind.

Problemlösung

Aus dem Gesagten leitete sich für den Verfasser die Aufgabe ab, ausgehend von grundsätzlichen Zusammenhängen des Erkenntnisprozesses, die Dialektik von Analyse und Synthese herauszuarbeiten, dieses Wissen auf die Analyse von Betriebsstandorten der produktiven Bereiche in Mischgebieten anzuwenden und eine Analysemethodik zu entwickeln (3).

Diese Analyse muß ihren Ausgangspunkt in der Phase der Generalbebauungsplanung haben und bei Beibehaltung und gleichzeitiger Detaillierung der gewählten Methodik ständiges Arbeitsprinzip aller Leitungsebenen sein und die Planung durch alle Realisierungsphasen begleiten.

Das Analyseverfahren sollte deshalb auf der Einheit von Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung territorial bezogener Daten und Informationen basieren und durch den Nachweis der Standorteignung sowie durch die Ermittlung künftig anzuwendender Reproduktionsformen baulicher Grundfonds der produktiven Bereiche Hilfestellungen für weitgehend objektivierte Entscheidungen hinsichtlich möglicher Umgestaltungsstrategien der Stadtstruktur liefern. Die Wechselbeziehungen zwischen Analyse und Planung sind als wesentlich hervorzuheben.

Lösungsweg

Unter Einbeziehung und Auswertung methodischer Empfehlungen der einschlägigen Literatur (2) sowie eigener Analyseerfahrungen wird aus rationalen und methodologischen Erwägungen eine inhaltlich-zeitliche Gliederung des Analyseprozesses in Phasen und Arbeitsschritte, denen jeweils spezifische Methoden und Hilfsmittel zugeordnet sind, vorgeschlagen (Abb. 2).

■ Die Vorbereitungsphase umfaßt die theoretische, ideologisch-fachliche und organisatorisch-technische Vorbereitung der Analyse.

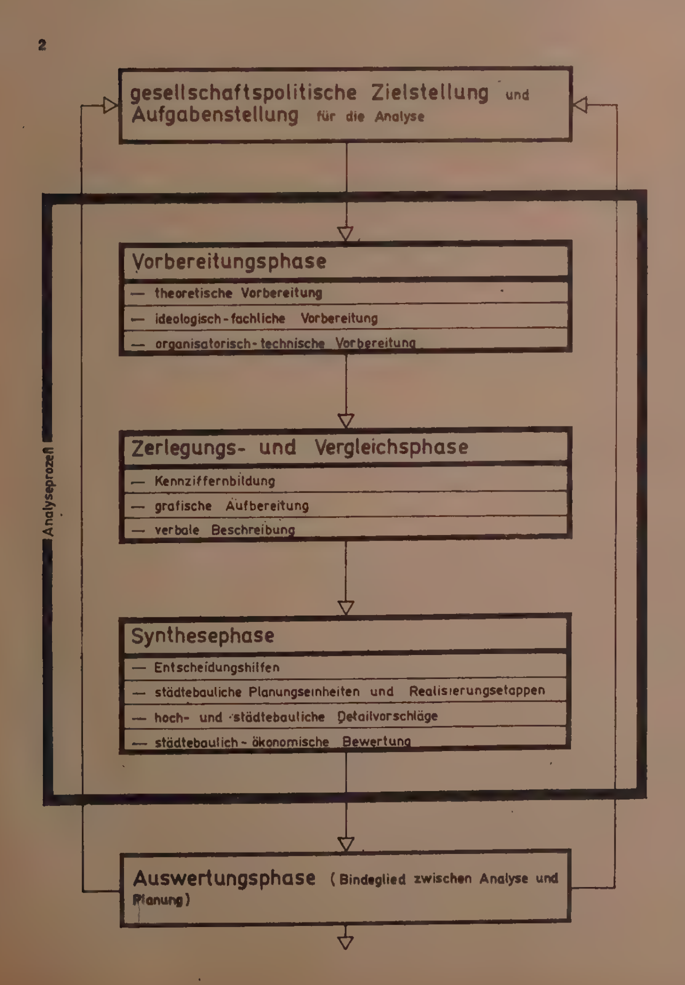
– Aufgabe der theoretischen Vorbereitung ist es, neben der Schaffung begrifflicher Klarheit die Hypothese für die Analyse zu formulieren (Abb. 3), welche im Ergebnis der Analyse zu einer wissenschaftlich fundierten Entscheidungsgrundlage zu qualifizieren ist.

Das eigentliche Problem der Betriebsstandorte der produktiven Bereiche und damit auch ein Schlüsselproblem der Umgestaltung besteht im mehr oder weniger ausgeprägten Widerspruch zwischen (territorialen) Standortbedingungen und (betrieblichen) Standortanforderungen. Während die Kriterien beider Komponenten nominell identisch sein können, ergeben sich aus dem unterschiedlichen Grad ihrer konkreten Erfüllung (qualitativ und quantitativ) jedoch Widersprüche. Die Analyse hat die Ursachen dieser Wirkungen aufzudecken, indem auf der Grundlage einer entsprechenden analytischen Basis die jeweilige Standortsituation eingeschätzt wird. Aus der Erkenntnis der Standortsituation sind schließlich unter Berücksichtigung geplanter Standortbedingungen und geplanter Standortanforderungen – konkrete städtebauliche Maßnahmen für die Umgestaltung abzuleiten. Diese haben das Ziel, eine weitestgehende Übereinstimmung zwischen Standortbedingungen und Standortanforderungen, d. h. eine in territorialer wie betrieblicher Hinsicht optimale Zuordnung der Betriebsstandorte zu erreichen. In der Optimierung dieser Korrelation werden Hauptinhalt und -ziel der Umgestaltung von Betriebsstandorten in Mischgebieten gesehen.

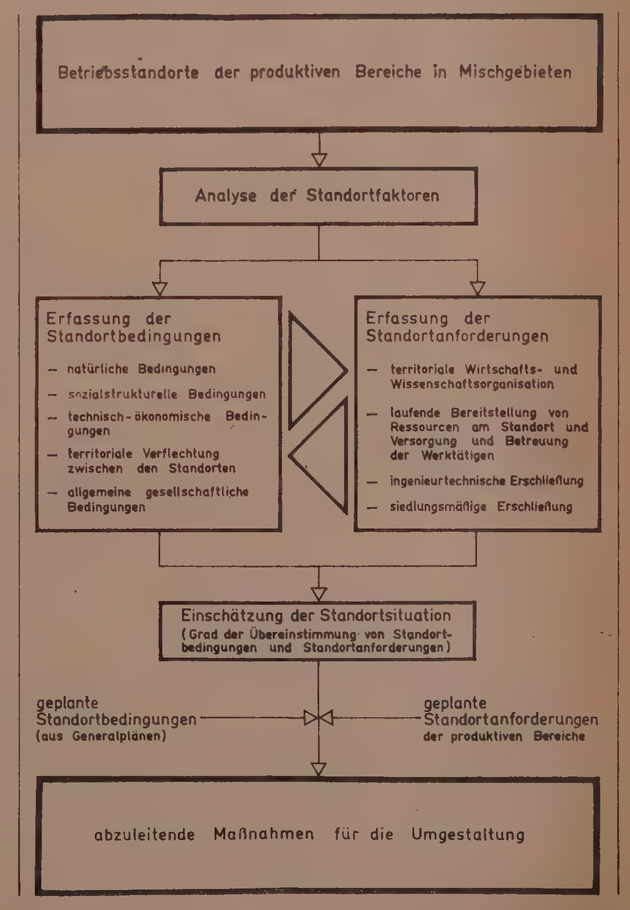
– Gegenstand der ideologisch-fachlichen Vorbereitung sind die Erarbeitung konkreter Arbeitsverfahren und Organisationsformen sowie die exakte Bestimmung des tatsächlichen Informationsbedarfes für die Analyse.

– Ziel der sich zwingend anschließenden organisatorisch-technischen Vorbereitung ist

2



3



die Schaffung einer analysegerechten Datenbasis.

■ Kernstück dieses Arbeitsschrittes ist die Erarbeitung des Datenprogrammes, welches grundsätzlich so wenig wie möglich, jedoch so viel wie nötig an Daten umfassen sollte.

Die vom Verfasser untersuchten Datenerfassungen zu generellen Standortproblemen der produktiven Bereiche waren mit Ausnahme der gegenwärtig laufenden Untersuchungen im Rahmen des Staatsplanes Wissenschaft und Technik dadurch gekennzeichnet, daß in zu großen Zeitabständen zu viele Daten erfaßt wurden, welche wiederum nicht im erforderlichen Maße Auswertung fanden.

Eine vergleichende Betrachtung mehrerer Datenprogramme, die von Forschungs- und Praxisinstitutionen zur Analyse des gleichen Gegenstandes vorgeschlagen oder angewendet wurden, ergab u. a., daß allein in fünf Datenprogrammen rund 650 voneinander verschiedene Primärdaten zur Erfassung vorgesehen waren.

Schlußfolgernd daraus wird im Interesse eines kontinuierlichen Analyseprozesses ein inhaltlich und zeitlich gestufter Aufbau der Datenprogramme bei gleichzeitiger Vereinheitlichung der Primärdokumente vorgeschlagen. Jedes der drei Programme entspricht nach Art und Menge der Daten den in der jeweiligen Planungsphase zu begründenden Entscheidungen. Neben allgemeinen Angaben und Stammdaten werden ausschließlich entscheidungsrelevante Sachdaten erfaßt.

■ Das Minimalprogramm (Abb. 4) ist für Erst- und zyklische Analysen im Rahmen der Generalbebauungsplanung vorgesehen und sollte im Drei- bis Fünfjahresrhythmus für alle Betriebsstandorte einer Analyseeinheit zur Anwendung kommen.

■ Das Normenprogramm ist in Fortsetzung der mit dem Minimalprogramm begonnenen Analysearbeit zyklisch oder einmalig zur analytisch-prognostischen Vorbereitung komplexer Umgestaltungsmaßnahmen anzuwenden.

Beide Programme sind datenverarbeitungsgerecht gestaltet und könnten als standardisierte Erhebungsbelege erste Bausteine für standardisierte Analysen im Städtebau liefern.

■ Das Maximalprogramm dient der unmittelbaren Projektierungsvorbereitung und ist für jeden Anwendungsfall modifiziert zu erarbeiten.

Die nach der Interviewmethode, der Methode der direkten schriftlichen Abforderung oder der Methode der indirekten schriftlichen Abforderung erfaßten Daten sind im folgenden entweder automatisiert, manuell oder in Kombination beider Formen zu speichern. Die Forderung nach automatisierter Datenverarbeitung auf der Basis eines Datenspeichers „Produktive Bereiche" gewinnt in dem Maße an Nachdruck, in dem planerische Aufgaben außerordentlich hoher Komplexität immer mehr zum Gegenstand der Stadtplanung werden und mit traditionellen Arbeitsmethoden qualitativ wie quantitativ kaum noch zu bewältigen sind.

■ In der Zerlegungs- und Vergleichsphase werden unter Anwendung erkenntnistheoretischer und mathematisch-statistischer Methoden Erkenntnisse über die Standortsituation der Analyseobjekte gewonnen, indem

– die Standortsituation mittels Kennziffern beurteilt und bewertet wird,

– bestehende Disproportionen zwischen Standortbedingungen und Standortanforderungen durch grafische Aufbereitung veranschaulicht und

– nicht quantifizierbare standortbezogene Informationen verbal beschrieben werden.

■ Gegenstand der Synthesephase ist eine Verallgemeinerung der gewonnenen Einzelerkenntnisse über die Standortsituation von Betrieben des produktiven Bereiches mit dem Ziel, der Auswertungsphase (Bindeglied zwischen Analyse und Planung) weitgehend wissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfen für die Leitung und Planung der Stadt und der produktiven Bereiche zu liefern.

– Ziel des Entscheidungsverfahrens über die Reproduktionsnotwendigkeit und Reproduktionsformen baulicher Grundfonds der produktiven Bereiche (Abb. 5) sind aus komplexer Sicht begründete Schlußfolgerungen zur Entwicklung eines jeden Betriebsstandortes, die als mögliche Entscheidungsvarianten in die komplexe Planung der Umweltgestaltung einfließen sollten.

– Aus den Entscheidungsvarianten sind Vorschläge zur Bildung städtebaulicher Planungseinheiten und zur Fixierung von Realisierungsetappen abzuleiten.

Städtebauliche Planungseinheiten sind städtische Teilgebiete oder deren Teilbereiche, welche zu

– Teilbereichen mit Wohncharakter,

– Teilbereichen mit Industriecharakter oder

– Teilbereichen mit Industrie-Wohncharakter (Mischcharakter)

umzugestalten sind. Diese Teilbereiche sollten hinsichtlich der Investitionspolitik der produktiven Bereiche durch die örtlichen Staatsorgane in verbindlichen Planungsdokumenten zu

– Teilbereichen mit absolutem Baustopp,

– Teilbereichen, in denen weiterhin Werterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden dürfen,

– Teilbereichen, in denen Rekonstruktionen und größere Baureparaturen genehmigt werden und zu

– Teilbereichen ohne Investitionsbeschränkungen für die produktiven Bereiche

erklärt werden. Auf dieser Grundlage wäre den örtlichen Räten die Möglichkeit gegeben, mit der Erteilung oder Nichtgewährung von Bauzustimmungen, städtebaulichen Bestätigungen und Standortgenehmigungen die Grundstücks- und Bruttoflächenentwicklung der Betriebe und Einrichtungen so zu lenken und zu planen, daß

– der vorhandene Mischgebietscharakter dort abgebaut wird, wo der Entwicklung des Wohnens und der produktiven Bereiche durch die verfügbaren Flächen objektive Grenzen gesetzt sind, vorhandene Störwirkungen nicht reduziert werden können und die Entstehung neuer, störender Funktionsüberlagerungen nicht auszuschließen ist und

– durch die Entwicklung oder Neuordnung vorhandener Verflechtungsbeziehungen und Funktionsüberlagerungen der Industrie-Wohncharakter dort erhalten und entwickelt wird, wo er Nutzervorteile bringt.

Durch Agglomeration sowohl der Betriebsstandorte der produktiven Bereiche als auch des Wohnens ist schrittweise eine räumliche Zonierung der Funktionen zu schaffen.

4

BERICHTERSTATTUNG
über d. Standortsituation d. Betriebsstandorte der produktiven Bereiche

Formblatt 1 – Datenspeicher Prod. Bereiche

Erheber: ....

Vorlagetermin: ....
Berichtsjahr: ....

Name und Anschrift des Betriebes bzw. Betriebsteiles:

Genehmigt als einmalige Berichterstattung
am ....
und registriert unter
Nr. ....
befristet bis zum ....
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

A. Stammdaten

Programme	Betriebsnummer	Betr.-teil	Wirtschaftsgruppennummer	WO-Schl.-Nummer	Eig.-form	TGS - Teil A: Bezirk	Kreis	Gemde.	Wohnbezirk
1	2		3	4	5	6			
1-2	3 – 12		13 – 17	18 – 21	-23	-25	-27	-29	30-32

....
verantw. Bearb. Tel.-Nr.

f. d. R. d. A.:

....
Direktor Datum

B. Beschäftigte, Leistung, Fläche

Beschäftigte insgesamt: Pers.	Beschäftigte insgesamt: VbE	davon weibl. VbE	dav. 1. u. Norm.-schicht VbE	Leistung zu kPP19.. in TM	Grundstücksfläche insgesamt in m^2	Bruttofläche in Gebäuden insgesamt in m^2	KA
7	8	9	10	11	12	13	14
33 - 36	37 - 40	41 - 44	45 - 48	49 – 57	58 – 67	68 – 77	78-80
							010
							110
							210

C. Fläche, Restnutzungsdauer

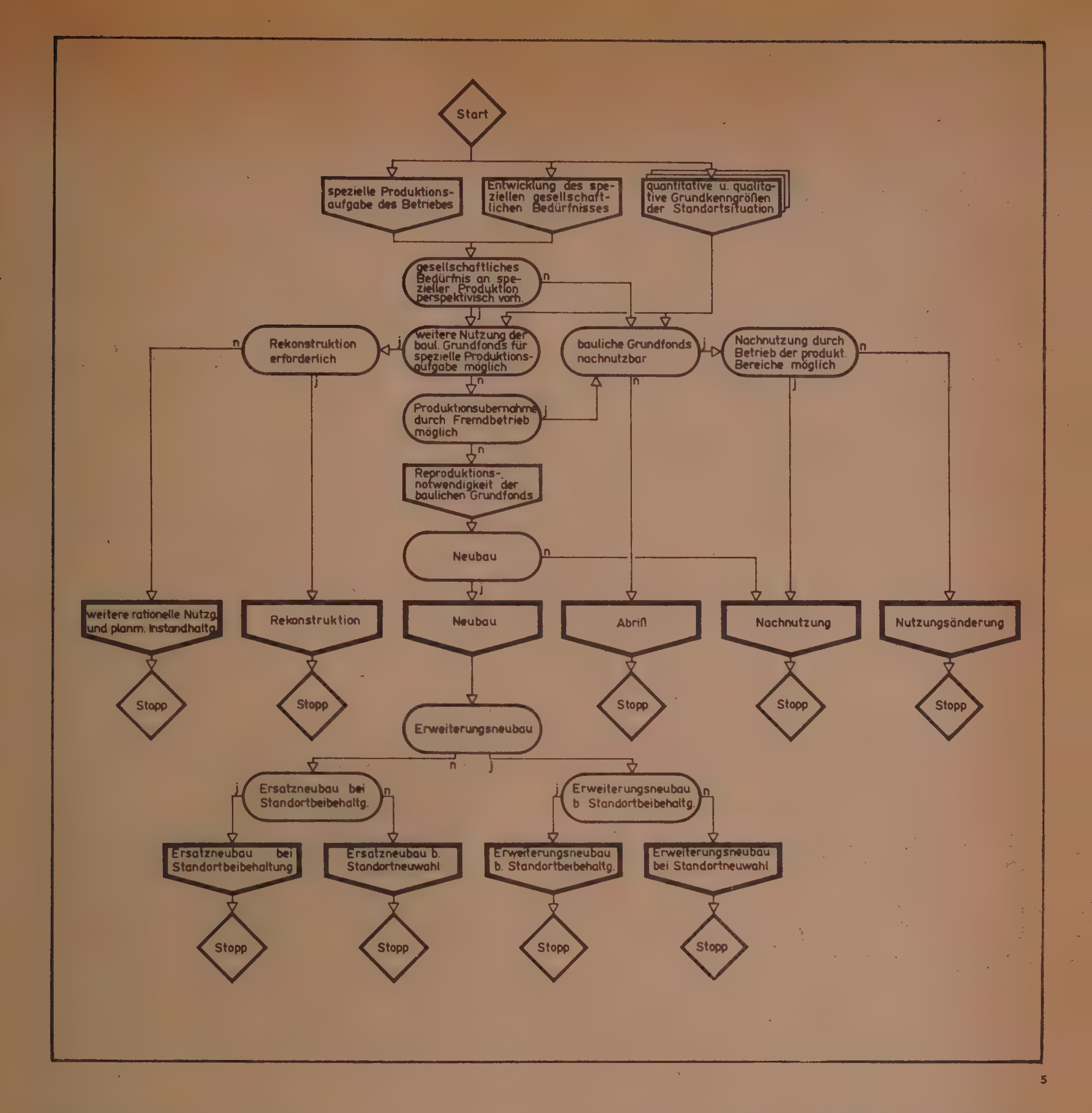
Grundstücksfläche bebaut in m^2	Bruttofläche in Gebäuden Restnutzungsdauer von ...... Jahren in m^2: bis 10	11 bis 20	21 bis 30	über 30	KA
7	8	9	10	11	12
33 – 41	42 – 50	51 – 59	60 – 68	69 – 77	78-80
					020

D. Umbauter Raum, Grundmittel

umbauter Raum in m^3	Grundmittel in TM – Bruttowert: insgesamt	Bruttowert: dav. Gebäude u. baul. Anlagen	Nettowert: insgesamt	Nettowert: dav. Gebäude u. baul. Anlagen	KA
7	8	9	10	11	12
33 – 41	42 – 50	51 – 59	60 – 68	69 – 77	78-80
					030

4
Formblatt: Datenspeicher – produktive Bereiche (Minimalprogramm)

5
Ablaufschema für die Entscheidungsfindung Reproduktionsnotwendigkeit und Reproduktionsformen baulicher Grundfonds der produktiven Bereiche



5

Als Voraussetzung für die Ermittlung zu erwartender Aufwände und Effekte der Umgestaltung sowie als Grundlage für die Präzisierung der langfristigen Entwicklungskonzeptionen der produktiven Bereiche sind vertiefende analytisch-prognostische Untersuchungen in Form hoch- und städtebaulicher Detailvorschläge (Bebauungsstudien in Varianten) erforderlich.

Langfristige Entwicklungskonzeptionen der produktiven Bereiche sind einer städtebaulich-ökonomischen Bewertung zu unterziehen. Insbesondere ist der (einmalige) Aufwand zu ermitteln und zuzuordnen, Aussagen über (laufende) Kosten aus der Nutzung zu treffen und der Nutzeffekt von Umgestaltungsmaßnahmen nachzuweisen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ökonomen und Stadtplanern ist zur Notwendigkeit geworden.

Einige Schlußfolgerungen und offene Probleme sollen abschließend thesenhaft umrissen werden:

- Die Analyse ist (ebenso wie der Umgestaltungsprozeß unserer Städte) als permanenter Prozeß zu verstehen und zu gestalten.
- Der Gegenstand der Analyse ist keinesfalls auf Datenerfassung und -darstellung reduziert. Ein Analysezyklus gilt erst dann als relativ abgeschlossen, wenn Entscheidungshilfen bezüglich der jeweiligen Planungsaufgabe abgeleitet worden sind.
- Die Verbesserung des Informationssystems als Kernstück analytischer Tätigkeit erfordert zugleich die Schaffung informationsgerechter Organisationsformen. Routinearbeiten sind zu automatisieren, um Zeit für schöpferische analytische, planungsorientierte Tätigkeiten freizusetzen.
- Die Beherrschung des Umgestaltungsprozesses in seiner Komplexität setzt die Verwirklichung sozialistischer Gemeinschaftsarbeit aller am Problem Beteiligten voraus.
- In Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Entwicklungsprobleme ihres Territoriums müssen durch die örtlichen Staatsorgane die vielfältigen Reserven zur Intensivierung der städtebaulichen Analyse und Planung konsequenter erschlossen werden.

Mit den gegebenen Vorschlägen und Hinweisen bezüglich einer klaren inhaltlich-zeitlichen Gliederung der Analyse, der Permanenz des Analyseprozesses sowie praktikabler planerischer Schlußfolgerungen sollte ein methodisches Instrumentarium für die Auseinandersetzung mit der Umgestaltungsproblematik geschaffen werden. Durch seine schöpferische Anwendung ist eine höhere Arbeitsproduktivität in Forschung und Praxis zu erwarten.

Literatur

(1) . . . , Umgestaltung von Mischgebieten. Experimentalplanung Dresden – Leipziger Vorstadt. Theoretische und methodische Beiträge zur sozialistischen Umgestaltung städtischer Mischgebiete. Forschungsbericht der Sektion Architektur, TU Dresden, Dresden 1975
(2) . . . , Schriftenreihe Städtebauliche Entwurfsgrundlagen für Industriegebiete. Hefte 1 bis 9. Bauakademie der DDR, Institut für Industriebau, Forschungsbereich Industriegebiet Halle, Berlin 1970 bis 1976
(3) Kirkamm, G.: Beitrag zur Methodik der Analyse von Betriebsstandorten der produktiven Bereiche in vorhandenen Mischgebieten. Dissertation (A) TU Dresden, Dresden 1978

Entwurfsstudie zur Rekonstruktion des Gutsparkes Mücheln

Erich Taschner
Innenarchitekt und Formgestalter Bau/Raum
Diplomarbeit an der
Hochschule für industrielle Formgestaltung
Halle Burg Giebichenstein

Dozenten:
Arthur Jungblut
Prof. Gerhard Lichtenfeld †

Der ehemalige Gutspark in Mücheln befindet sich im Ortsteil St. Ulrich an der Südseite des Geiseltales und grenzt unmittelbar an die Verwaltungs- und Betriebsräume des VEG (Z) Tierzucht Mücheln.

Der Gutspark ist eine Gartenanlage mit Terrassen, mehreren Gebäuden und einer trotzigen Einfriedung. Er ist Teil eines Landschaftsparkes, der in seiner wesentlichen Form Anfang des 18. Jahrhunderts angelegt wurde. Das bedeutendste Gebäude, das „Parkschlößchen" (verschiedentlich auch Teehäuschen genannt), ist ein klassizistischer Bau, der vor rund 90 Jahren entstand. Es ist ein in seinen Dimensionen bescheidenes Gebäude, das aber ausgezeichnet proportioniert ist. Das Haus kann über mehrere Ebenen erschlossen werden. Als Vorbild hierfür dürfte das barocke italienische Landhaus gedient haben. Weitere Bauten sind ein Wohnhaus, ein Eingangshäuschen und die Reste der ehemaligen Gärtnerei.

Unter Ausnutzung der Hangsituation ist der Park gegliedert in regelmäßige, aber gleichzeitig mit unterschiedlichen Höhen und Flächen versehene Terrassen. Im Schnittpunkt der Hauptachse und als deren Endpunkt im Terrassengarten ist das Parkschlößchen plaziert. Die Plastiken (vom Permoserschüler Valentin Schwarmberger) waren an den Hauptachsen plaziert und so in die Anlage einbezogen, daß sie innerhalb der Gesamtgestaltung die Architektur und die Parkgestaltung bereicherten, ohne sich zu verselbständigen.

Ohne den tatsächlichen Bestand zu berücksichtigen, kann man sagen, daß der Park eine qualitätsvolle Substanz hat mit ihm eigenen, unverwechselbaren Gestaltungsmerkmalen. Er ist ein Denkmal der Bau- und Gartenkunst und des Handwerks, das aber hohe wissenschaftliche, künstlerische und museale Ansprüche nicht erfüllt. Er ist von Bedeutung für den unmittelbaren Kulturkreis.

Grundlage für die „Wiederbelebung" war die Überlegung, den Park einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Mit der Nutzung als Kultur- und Bildungsstätte und gastronomische Einrichtung mit beschränkter Beherbergung (so wie z. B. auch im Schloß Molsdorf, Kreis Gotha) könnten kulturpolitische und gastronomische Forderungen und Bedürfnisse befriedigt werden.

Am Anfang der Überlegungen stand die Bewertung der Anforderungen des Rechtsträgers und des Gemeindezweckverbandes zur Nutzung nach deren Umfang. Dabei zeigte sich, daß die Forderungen im richtigen Verhältnis zu den Gegebenheiten standen. Dies setzt allerdings voraus, daß die vorhandene Bausubstanz sinnvoll ergänzt wird. Ergänzungsbauten sind dort notwendig, wo die Flächen für die Nebenfunktionsräume (Technik, Toiletten usw.) nicht ausreichen. Beim Eingangshäuschen wird die Änderung der Nutzung (geplanter Versorgungsstützpunkt) keine Veränderungen am Baukörper bewirken. Anders stellt sich die Situation für das Wohnhaus dar. Durch die gewählte Funktion (Gästehaus) ist ein neuer Baukörper unvermeidlich. Der neue Baukörper muß sich in die Parkanlage sinnvoll eingliedern, ohne die der Gesamtanlage eigene spannungsvolle Harmonie zu zerstören. Dies trifft auch für den überdachten Sitzbereich der untersten Terrasse zu, der auf der Fläche der ehemaligen Gärtnerei entstehen soll.

Die bildkünstlerischen Werke, die Plastiken und Reliefs, sollen ihren Stellenwert wieder erhalten; durch einen neuen Inhalt kann auch ein Bezug zum Volksgut geschaffen werden (Tierplastiken und Tierreliefs). Dabei sollten die Fragmente der barocken Plastiken in der Parkanlage mit aufgestellt werden. Bei der Neugestaltung der Parkanlage galt es, die romantisch-klassizistischen, die barocken Gestaltungselemente und die Gesichtspunkte, die mit der neuen Nutzung zusammenhängen, im Entwurf zu beachten. Der Park soll eine öffentliche Kultureinrichtung werden, eine Einrichtung des Verweilens und der Geselligkeit.

Die neue gestalterische Ordnung hatte diesem Sachverhalt zu dienen, ohne daß die gärtnerische Vielgestaltigkeit verloren geht. Die Gestaltung der Hauptfunktionsräume im Parkschlößchen ist unterschiedlich bei gleichzeitiger Erhaltung der Struktur des Gebäudes. Der historisierende Gesichtspunkt für die Gestaltung scheidet aus, da er zu einem Plagiat führt.

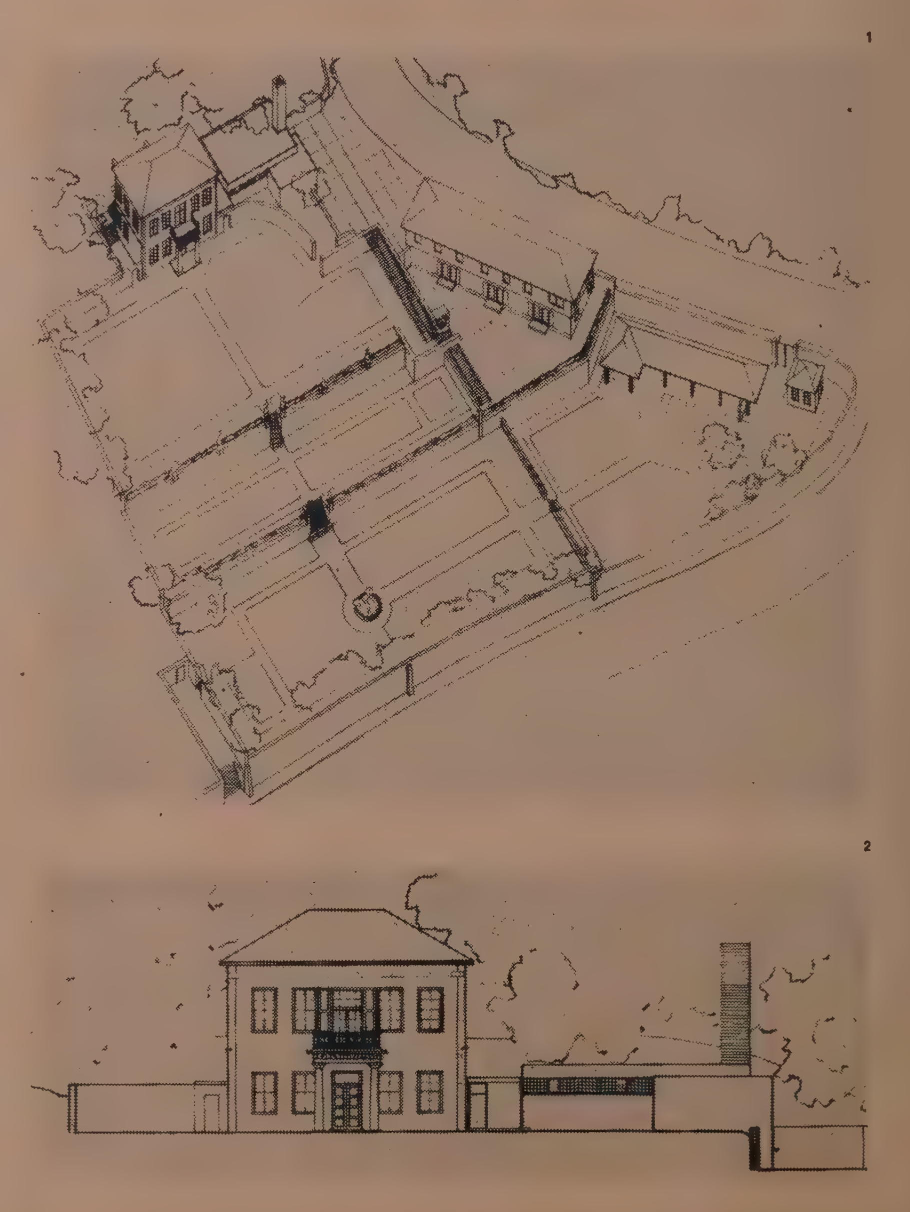
Durch diese Gestaltungskonzeption konnte erreicht werden, daß die geplante Rekonstruktion kein Refugium wird, und die Aspekte des Denkmalschutzes beachtet würden.

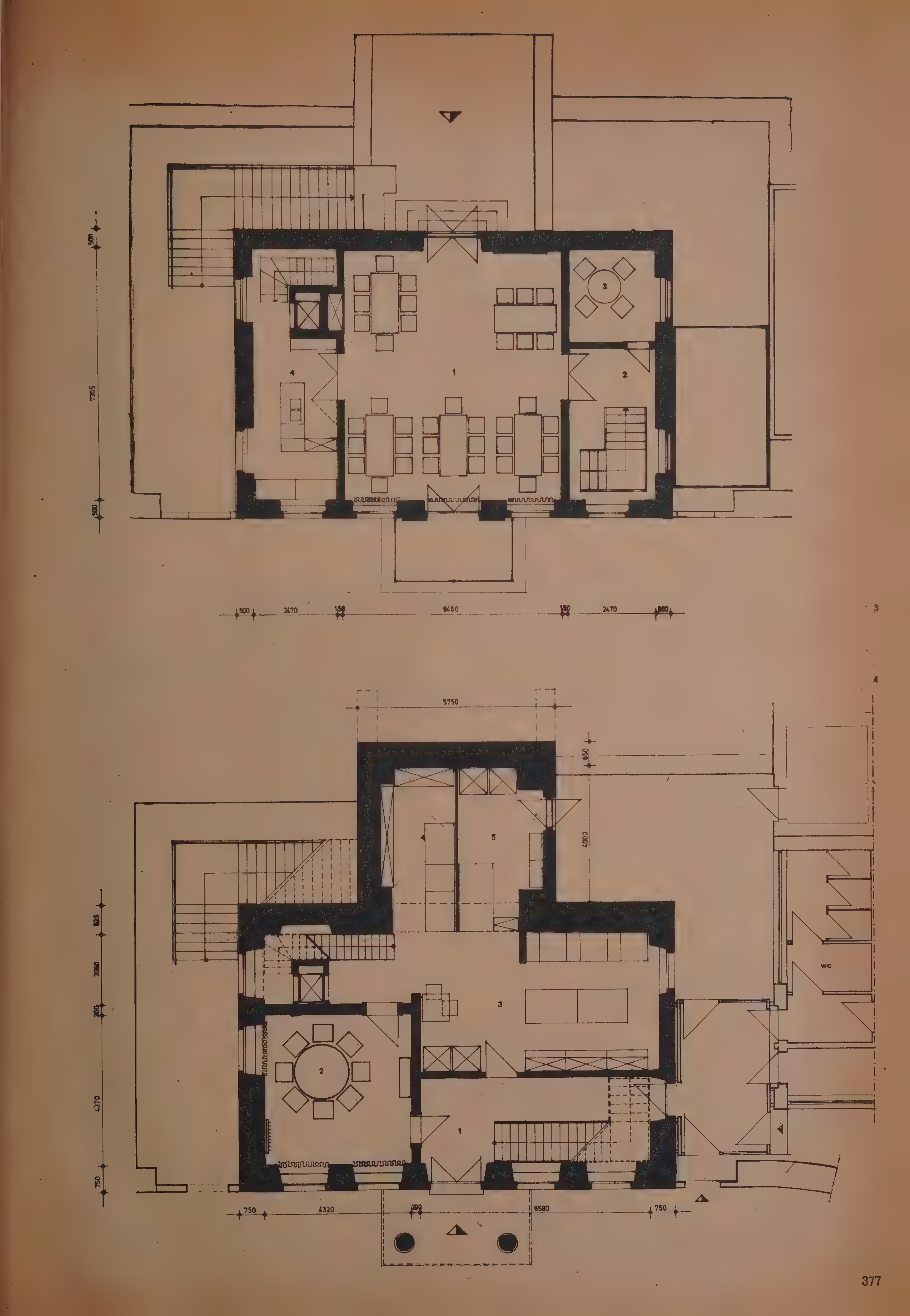
1
Gutspark Mücheln. Isometrie der Rekonstruktion

2
Ansicht von Süden

3
Obergeschoß im Gästehaus
1 großer Gastraum (37 Plätze)
2 Vorraum und Treppe
3 Sonderraum
4 Office

4
Edgeschoß im Gästehaus
1 Eingang mit Treppe
2 kleiner Gastraum
3 Küche
4 Spüle
5 Büfett




500
7305
500
1
2
3
4
500
2470
150
6460
150
2470
500
3
4
5750
650
4000
925
2060
200
4370
750
1
2
3
4
5
wc
750
4320
200
6590
750

Wachsende Städte erfordern intensive Baulandnutzung

Schon vor hundert Jahren setzte sich Friedrich Engels mit dem Problem des Wachstums der kapitalistischen Städte auseinander, als deren Ursache er das Wirken der herrschenden ökonomischen Gesetze erkannte. Seitdem hat das Wachstumstempo gerade vieler Millionenstädte absolut unbeherrschbare Maßstäbe angenommen. Unaufhörlich wachsen die Städte in das Umland. Nach Schätzungen der UNO wird der Weltbedarf an neuen städtischen Flächen bis zum Jahre 2000 nicht weniger als 60 Millionen Hektar betragen. Wissenschaftler rechnen für den Zeitraum von 1975 bis 2000 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate der Stadtbevölkerung der Erde von 3,8 Prozent und bei den Millionenstädten sogar mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich 5,4 Prozent.

In der DDR entwickelt sich die Urbanisierung unter grundlegend anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen als in den kapitalistischen Ländern. Das Wachsen unserer Städte ist nicht dem unheilvollen Einfluß der Bodenspekulation und dem Druck ökonomischer Interessen der Banken und Monopole unterworfen. Es erfolgt auf der Grundlage des für den Sozialismus charakteristischen ökonomischen Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und unter den Bedingungen einer allmählichen Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Dies drückt sich konkret in einer außergewöhnlich hohen Stabilität



in der Bevölkerungsverteilung und einem für die Lösung sozialer und städtebaulicher Aufgaben in den Städten vorteilhaften Zuwachs der Stadtbevölkerung aus, der im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1973 nur 0,2 Prozent betrug.
Die qualitativen Veränderungen in den Städten waren und sind jedoch auch bei geringem Bevölkerungszuwachs mit einem erhöhten Bedarf an bebauten Flächen verbunden, der uns keine Sorglosigkeit gegenüber unserer Umwelt gestattet. Seit 1950 wurde unsere land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche um rund 284 000 Hektar reduziert. Eine Zahl, die auch jedem Städtebauer und Architekten zu denken geben muß. Das Problem, das Wachsen der Städte bei intensivster Nutzung des Baulandes und geringster Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche, also mit minimalster Beeinträchtigung der Natur, zu realisieren, ist auch in unserem Land akut. Der Kampf um unseren Boden, als wichtigstes Produktionsmittel der Land- und Forstwirtschaft und als entscheidende Ernährungsbasis unseres Volkes, ist dringend notwendig. Er ist zugleich mit dem Bestreben verbunden, die Landschaft, Wälder und Felder den Menschen als Quell der Erholung und der Freude zu erhalten.
Die Erhöhung der Bebauungsdichte ist also in erster Linie ein humanistisches Anliegen unseres Städtebaus. Dieses zwingende Anliegen erfordert größte Sorgfalt im Umgang mit Bauland und zugleich ein Planen, das auch den Bäumen und Blumen in der Stadt eine Zukunft läßt. Nutzen wir die Forderung nach höherer Bebauungsdichte als eine Chance des sozialistischen Städtebaus für die lebensfreundliche Gestaltung unserer Umwelt. -z-

Zeichnungen: Bernd Vento, Berlin

Károly Kós

Architekt Timon Kálmán, Budapest

Der in Rumänien geborene, jedoch vorwiegend als Architekt in Ungarn wirkende Károly Kós ist im Alter von 94 Jahren in Cluj-Napoca, dem früheren Kolozsvár gestorben. Er wurde auf dem Házsongárder Friedhof beigesetzt, auf dem auch andere bedeutende Vertreter dieses Kulturkreises ihre letzte Ruhe fanden, so der Buchdrucker Miklós Misztótfalusi Kis (1650–1702), der Sprachforscher Albert Szenczi Molnár (1574 bis 1634) und der Pädagoge und Philosoph János Apáczi Csere (1625–1659).
In Sztána, einem abgeschlossenen, kleinen Bergdorf in der Nähe des heutigen Cluj-Napoca, lebte und arbeitete Károly Kós viele Jahre in seinem von ihm „Krähenschloß" genannten Heim. Er war in einer Person Architekt, Grafiker, Buchdrucker, Schriftsteller und Literaturorganisator – im Grunde ein Renaissancemensch des 20. Jahrhunderts.

Károly Kós wurde am 16. 12. 1883 in Temesvár geboren und hat seine Kindheit in Nagyszeben verbracht. Die Mittelschule besuchte er in Kolozsvár. 1907 erhielt er an der Technischen Universität Budapest zuerst das Ingenieur-, später auch das Architekturdiplom. Bald darauf entstanden einige seiner bedeutendsten Werke:

- die katholische Kirche von Zebegény (1908–1909). Mitarbeiter: Béla Jánszky
- die Tierhäuser des Budapester Zoos (1909–1910), Mitarbeiter: Dezsö Zrumeczky
- die Arbeiterwohnhäuser in Marosvásárhely (1909–1910)
- die Schule in der Városmajor-ut in Budapest (1910), Mitarbeiter: Dénes Györgyi
- das Szekler Nationalmuseum (1911 bis 1912)
- die reformierte Kirche in Kolozsvár (1912 bis 1913)
- eine Wohnsiedlung für Arbeiter und Beamte in Kispest, Budapest (1912–1913).

Budapest begann sich in dieser Zeit zu einer kapitalistischen Großstadt in der Österreich-Ungarischen Monarchie zu entwickeln. Im Rahmen dieser Entwicklung erhielt Károly Kós große und bedeutende Aufträge. Auf den Baustil dieser Periode wirkten die bestimmenden Kunstrichtungen am Anfang des 20. Jahrhunderts: die Wiener Sezession, das englische Kunstgewerbe (die Aktivitäten von Ruskin und Morris) und die finnische Architektur. Ein bedeutender Repräsentant der von der Volkskunst inspirierten ungarischen Sezession war Ödön Lechner (1845–1914), der die Ornamentik bevorzugte. Die neue Generation, zu der auch Károly Kós und seine Mitarbeiter Béla Jánszky, Dezsö Zrumeczky und Dines Györgyi gehörten, wollten die Architektur durch Elemente der Volksarchitektur erneuern. Wie Kodály und Bartók mit dem Phonograph Volkslieder sammelten, so durchwanderte auch Kós die Dörfer des Landes mit seinem Fotoapparat und der Zeichenmappe, um alte Gebäude zu vermessen und zu zeichnen und die schönsten Objekte in eine Faksimile-Ausgabe aufzunehmen.

Nach der Beendigung des ersten Weltkrieges ging Kós in seine nunmehr zu Rumänien gehörende Heimat zurück. 1918 bis 1919 verbrache er als Stipendiat zwei Jahre in Konstantinopel. Den ihm 1919 angebotenen Lehrstuhl an der Budapester Kunstgewerbehochschule lehnte er ab und widmete sich in Rumänien der Herausgabe einer Literaturzeitschrift der nationalen Minderheit und war Mitorganisator der Volkspartei. In diesem Zusammenhang entfaltete er eine reiche literarische Tätigkeit. Seine bedeutendsten literarischen Werke dieser Zeit sind: Lied vom König Attila (1909), die Theaterstücke „Budai Nagy An-

1





2

3







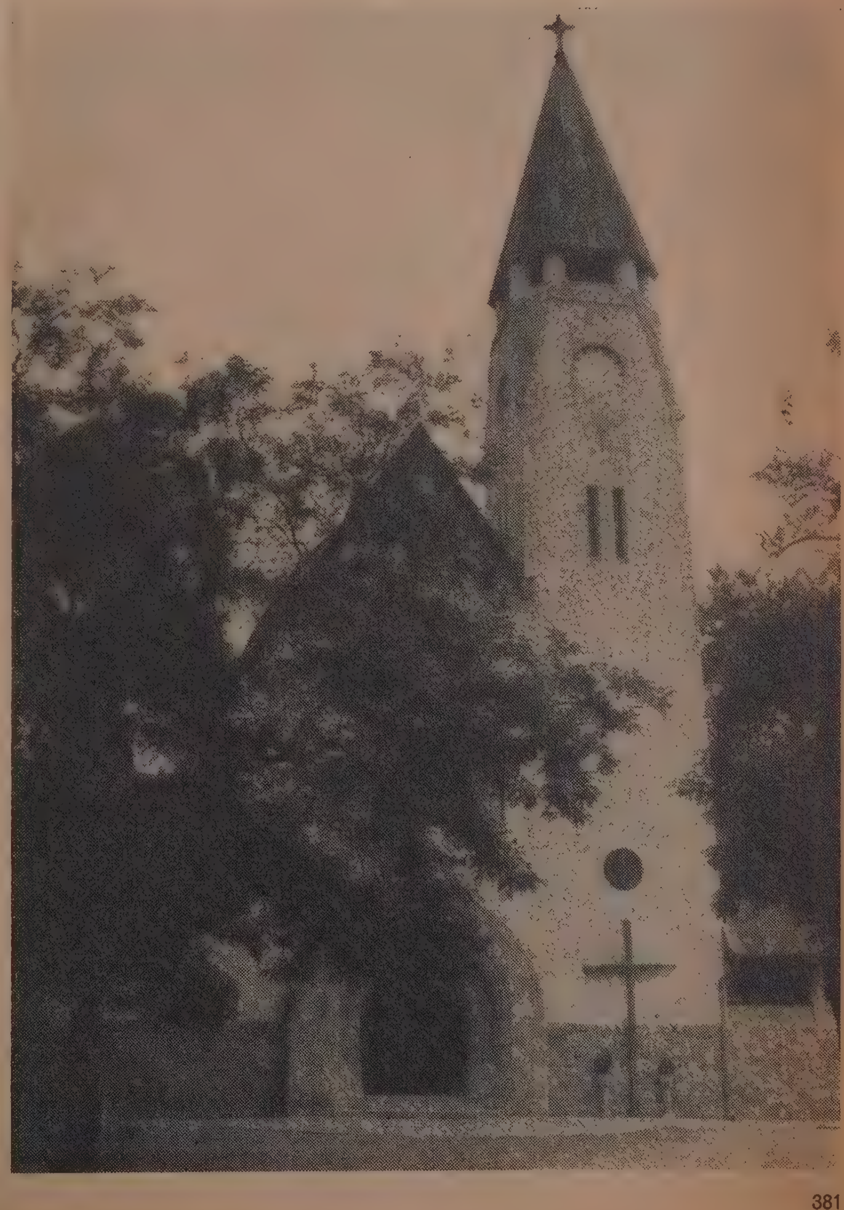
4

5

7



6



tal" (1936), „Das Krähen-Geschlecht" (1925), der Roman „Der Staatsaufbauer" (1934). 1944 war er leitend an der Rekonstruktion des gotischen Geburtshauses des Königs Matthias beteiligt.

Er war Ehrenmitglied des Verbandes Ungarischer Architekten. Nach seinem Tode gründete der Verband einen Károly-Kós-Kreis. Seine Mitglieder haben vor, seine Werke zu pflegen und auf internationalem Gebiet zu popularisieren.

1
Wohngruppen in Kispest

2
Ländlicher Haustyp im Gebiet von Torockó

3
Von Kós entworfener Sessel in seinem Haus in Sztána

4
Das „Krähenschloß" Károly Kós in Sztána

5
Eingangsbereich des Schulgebäudes in der Városmajor-ut in Budapest

6
Bauernhaus in Kalotaszeg

7
Kirche in Zebegény



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Roland Hänsel, Frankfurt (Oder), 1. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Ingeborg Jochmann, Rostock, 1. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Ulrich Balke, Jena, 3. Juli 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Karl Müller, Karl-Marx-Stadt, 3. Juli 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Günter Krumbein, Erfurt, 5. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Günter Tornow, Berlin, 7. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Egon Mahnkopf, Berlin, 11. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Heinz Dietrich, Dessau, 12. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Pötsch, Leipzig, 12. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Karl-Heinz Henze, Halle, 14. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Zilling, Berlin, 15. Juli 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Hermann Klauschke, Berlin, 16. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Gerhard Plahnert, Dessau, 16. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Clauß Ullrich, Leipzig, 18. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Siegfried Goldhardt, Erfurt, 20. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Arch. Roland Nestler, Mittelbach, 20. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Arch. Günther Michalk, Halle, 21. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Wolfgang Schreiner, Leipzig, 21. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Wilbert Thiele, Bad Freienwalde, 21. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Bruno Schramm, Dresden, 23. Juli 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Walter Kocker, Jena, 24. Juli 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Klaus Thiele, Potsdam, 24. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Anne-Monika Zorn, Magdeburg, 25. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Hochbauingenieur Günther Theiss, Seehausen, 26. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Hochbauingenieur Siegfried Schmidt, Magdeburg, 28. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Hans-Harald Gaudig, Jena, 29. Juli 1929, zum 50. Geburtstag

Bücher

Handbuch der Technischen Gebäudeausrüstung

Herausgegeben von
Prof. Dr.-Ing. habil. Günther Kraft,
mit Beiträgen von Kraft, Kraatz, Kurth, Roloff
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1978
1. Auflage, 432 Seiten, 562 Bilder, 362 Tabellen
Preis: 67,– M (DDR)

Mit der Herausgabe des Handbuches wurde eine langjährige Forderung der Praxis nach einem rationellen Arbeitsmittel für das Fachgebiet der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA) erfüllt. Das Handbuch schließt als Nachschlagewerk die Lücke zwischen den Lehr- und Fachbüchern der Heizungstechnik, Lüftungs- und Klimatechnik, Be- und Entwässerungstechnik, Gastechnik und der Fachbuchreihe HLS-Technik, die speziellen Themen dieser Fachgebiete vorbehalten ist.

Das Handbuch entspricht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik im Fachgebiet. Hervorzuheben ist die umfangreiche Auswertung in- und ausländischer, besonders sowjetischer und ungarischer Publikationen des TGA-Bereiches.

Sehr zu begrüßen ist die konsequente Anwendung des Internationalen Einheitssystems (SI). Damit wird wesentlich zur weiteren Vereinheitlichung wissenschaftlicher Darstellungen beigetragen.

Wertvoll für den Nutzer sind auch die im Buch gegebenen Hinweise und Auszüge der verbindlichen, gesetzlichen Bestimmungen des Fachgebietes, die in einer derartig komprimierten Form bisher nicht vorhanden waren.

Die verbalen Aussagen in den einzelnen Abschnitten sind auf ein Minimum begrenzt. Sie haben zusammen mit den formelmäßigen Darstellungen technischer Sachverhalte, der Angabe von Berechnungsalgorithmen und Beispielen sowie dem umfangreichen Tabellen- und Bildmaterial eine hohe Aussagekraft.

Das Buch ist in die Hauptkapitel
- Grundlagen der Technischen Gebäudeausrüstung
- Grundzüge des Rohrleitungsbaues
- Heizungstechnik
- Lüftungs- und Klimatechnik
- Gastechnik
- Be- und Entwässerung von Gebäuden
- Bauklimatik

gegliedert und nach weitgehend einheitlichen Gesichtspunkten gestaltet.

Die materiell-technischen, thermodynamischen, strömungstechnischen, schalltechnischen, physiologischen, hygienischen und meteorologischen Aspekte sind Gegenstand des Abschnittes – Grundlagen der TGA.

Dabei dominiert die Aufgabe der physikalisch-technischen Größen und Sachverhalte, ihre Berechnung und Bewertung sowie die Wiedergabe der erforderlichen Tabellen und Diagramme.

Im Abschnitt – Grundzüge des Rohrleitungsbaues – der vorrangig den Berechnungsverfahren der konstruktiven Bearbeitung gewidmet ist, sind die Ausführungen zur Korrosion und zum Korrosionsschutz hervorzuheben.

Der Abschnitt Heizungstechnik behandelt die Auswahl und Berechnung der Bauelemente von Heizungsanlagen, die Anlagen zur Wärmebereitstellung wie Heizhäuser, Heizräume, Druckhalteeinrichtungen, zentrale Warmwasserbereitstellung, Brennstofflagerung, die Fernwärmeverteilungssysteme einschließlich der Gebäudestation und die Auslegung der Gebäudeheizungsanlagen.

Analog dazu umfaßt der Abschnitt Lüftungs- und Klimatechnik die Bauelemente, Lastberechnungen, Lüftungssysteme, Klimatisierungssysteme sowie lüftungstechnische Anlagen für die Industrie.

Gasbedarf, Gasverteilung, Gasinstallation, Gasanwendungsanlagen und Fragen der Abgastechnik werden in dem Abschnitt Gastechnik behandelt.

Der Abschnitt zur Be- und Entwässerung von Gebäuden umfaßt die Baulemente, Wasseraufbereitung und Wasserbedarf, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen.

Probleme des winterlichen und sommerlichen Wärmeschutzes und der Raumlufttemperatur sind Gegenstand des abschließenden Kapitels Bauklimatik.

Durch die Vielfalt des Bild- und Tabellenmaterials, die Wiedergabe der technischen Parameter, die Darstellung der Berechnungs- und Auswahlverfahren sowie wichtige Einbau- und Projektierungshinweise ist das Handbuch ein hochwertiges Arbeitsmittel in der Projektierung, Produktion, Forschung und Lehre der Technischen Gebäudeausrüstung. Bei der Planungs- und Entwurfsarbeit des in der Projektierung tätigen Architekten und Bauingenieurs wird das Handbuch ein wertvolles Hilfsmittel sein. Es setzt bei beiden ein hohes Maß an Grundwissen auf dem Gebiet der TGA voraus, dafür bietet es ihnen aber auch eine Fülle von exakten Informationen und Details und ermöglicht ihnen einen guten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Technik sowie die zur Zeit verbindlichen Vorschriften. Gleichzeitig dient das Handbuch der Kommunikation zwischen dem Bauingenieur und dem TGA-Ingenieur bei der Bewältigung der interdisziplinären Zusammenarbeit.

Die ständige Aktualität und Vervollkommnung des Nachschlagewerkes zu sichern ist für die Autoren eine große Aufgabe und Verpflichtung. Für das vorliegende Werk gebührt Ihnen Dank und Anerkennung.

Dr.-Ing. W. Pfeifer

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Hampe
Spannbeton
Hochschullehrbuch
1. Auflage 1979, etwa 348 Seiten, 49 Abbildungen und zahlreiche Strichzeichnungen, L 6 Pappband, Inland 31,– M, Export etwa 48,– M
Aus dem Inhalt: Einführung in die Grundlagen und Anwendung der Vorspannung / Statische Wirkung der Vorspannung / Baustoffe für Spannbetonwerke / Berechnung vorgespannter Träger mit Verbund zwischen Spannglied und Beton (Zustand 1) / Verhalten von Spannbetonträgern im Riß- und Bruchzustand / Berechnung vorgespannter Träger ohne Verbund zwischen Spannglied und Beton / Spannkrafteinleitung / Konstruktive und technologische Besonderheiten des Spannbetons / Rechenbeispiele / Angestrebte Aneignungsgrade / Fragen zur Wissenvertiefung / Aufgaben zur Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Kleber
Grundlagen der Bauphysik
Lehrbuch
7., bearbeitete Auflage 1979 mit 75 Abbildungen und 40 Tabellen, L 7, Broschur, 4,50 M

Kleber/Fasold
Bauphysikalische Schutzmaßnahmen
Wärme-, Schall- und Feuchtigkeitsschutz
5., bearbeitete Auflage 1979, 432 Seiten mit 207 Abbildungen und 143 Tabellen, L 7 N, Pappband, 21,80 M

Kutschmar/Reincke
Grundlagen der Baugestaltung
Lehrbuch
1. Auflage 1979, 104 Seiten mit 370 Abbildungen, L 4, Pappband, etwa 9,80 M
Aus dem Inhalt: Ästhetische Grundlagen (Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten der baubezogenen Umweltgestaltung) / Architektonische Grundlagen (Beziehungen zu Mensch, Gesellschaft, Bautechnik) / Gestalterische Grundlagen (Innenraum, Einzelbauwerke, Bauensembles, Städtebau) / Übersichtstafeln zur Baustilentwicklung in Mitteleuropa

Langrock/Mönnig
Grundlagen der Bemessung von Straßenkonstruktionen
1. Auflage 1979, 168 Seiten mit 87 Bildern, 14 Texttafeln, Tafelanhang, L 7, Pappband 13,– M, Export 19,– M
Aus dem Inhalt: Bemessungsparameter, Elastisch-isotroper Halbraum, Mehrschichtsystem.

Pfestorf
Örtliche Raumheizung
Band 2
1. Auflage 1979, 256 Seiten mit 145 Abbildungen, 45 Tabellen, L 7, Pappband, etwa 9,80 M
Aus dem Inhalt: Schornsteinlehre / Leistungsgeregelte Raumheizung / Werkstoffkunde / Keramische Elektro-Nachtspeicherheizung / Gestaltungshinweise / Literaturverzeichnis / Bildnachweis / Bildbeilage / Sachwörterverzeichnis

Wilcke
1 × 1 Dachdeckungsarbeiten
3., bearbeitete Auflage 1979, 72 Seiten mit 72 Abbildungen und 13 Tafeln, L 7, Pappband, 5,– M

Kurzfassung

DK 711.432 711.4 – 167/168

Krenz, G.

Berlin – Bauten für Gegenwart und Zukunft 329

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 6, S. 329–333, 8 Abb.

Ein Schwerpunkt der Bautätigkeit in der DDR ist die weitere Gestaltung der Hauptstadt Berlin. Im Vordergrund steht auch hier die Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms der DDR. Von 1971 bis 1978 sind in Berlin rund 65 000 Wohnungen neugebaut und weitere 20 000 modernisiert worden. Mit dem Aufbau weiterer neuer Wohngebiete, darunter des Wohngebietes Berlin-Marzahn für 100 000 Einwohner, wurde begonnen.
Zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR werden in diesem Jahr das Wohngebiet Leipziger Straße, das Palast-Hotel, ein neues Centrum-Warenhaus und der Pionierpalast fertiggestellt. Zu den größten neuen Bauvorhaben im Stadtzentrum gehören der Bau der Charité, des modernsten medizinischen Zentrums der DDR, die Rekonstruktion des historischen Ensembles am Platz der Akademie und der Bau eines attraktiven Sport- und Erholungszentrums.

DK 711.58 (–201) 72.092 : 725/727

. . .

Wettbewerb Berlin-Marzahn
Gesellschaftlicher Hauptbereich 334

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 6, S. 334–345,
16 Abb., 19 Grundrisse, 3 Schnitte, 3 Ansichten, 6 Perspektiven

Für den gesellschaftlichen Hauptbereich des Neubaugebietes Berlin-Marzahn wurde vom VEB Kombinat Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin ein kombinatsinterner Wettbewerb ausgeschrieben. Er diente dem Ziel, einen spürbaren Beitrag zur Gestaltung neuer Wohngebietszentren zu leisten. Neben den üblichen Vorgaben und grundsätzlichen Anforderungen hinsichtlich einer hohen Qualität und Effektivität der Lösungen enthielt die Wettbewerbsausschreibung eine klare Orientierung auf die notwendige Komplexität der Bearbeitung und auf einen hohen Grad der Wiederverwendbarkeit der konzipierten Lösungen in anderen Wohngebieten der Hauptstadt der DDR. Alle fünf veröffentlichten Wettbewerbsarbeiten enthalten wertvolle Beiträge zur weiteren Qualifizierung der gesellschaftlichen Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaus. Es kann eingeschätzt werden, daß dieser Wettbewerb eine effektive und richtungsweisende Methode zur kollektiven Erarbeitung von neuen Lösungen für gesellschaftliche Einrichtungen (funktionell, gestalterisch, konstruktiv, technologisch, ökonomisch) für die Vorbereitung neuer Investitionskomplexe war.

DK 72.03 „Bauhaus Weimar"

Schädlich, Ch.

Die Architektur am Weimarer Bauhaus 346

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 6, S. 346–355, 29 Abb.

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung des Bauhauses in Weimar stellt der Autor, Professor an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, die Ausgangspunkte und prinzipiellen theoretischen Fundamente dieser in der Architekturgeschichte progressiven Entwicklung dar und erläutert an Hand zahlreicher Beispiele die richtungweisenden Arbeiten führender Architekten des Weimarer Bauhauses. Mit den Arbeiten, Projekten und Entwürfen, die in dieser Zeit entstanden, verbinden sich die Namen bedeutender Architekten und bildender Künstler, wie zum Beispiel W. Gropius, A. Meyer, L. Feininger, F. Forbat, G. Muche und M. Breuer.
Aus dem breiten Spektrum der bearbeiteten Themen und Projekte werden in Text und Bild unter anderem folgende vorgestellt: der von Gropius entwickelte „Baukasten im Großen" für Wohnhäuser, das Projekt für Serienhäuser nach dem Wabensystem, das Versuchshaus des Bauhauses, Wettbewerbsentwürfe für Etagenreihenhäuser, Wohnhäuser mit Kleinwohnungen sowie ausgeführte Einzelhäuser.

DK 711.581 711.6/8 69.035

Kress, S.; Mehnert, W.; Heger, W.; Günther, H.; Arlt, G.

Rationelles Bauen in hängigem Gelände 356

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 6, S. 356–371,
zahlreiche Pläne, Abbildungen und Tabellen

In vielen Städten der DDR, besonders in den südlichen Bezirken, sind die ebenen Flächen schon weitgehend bebaut, so daß neue Wohngebiete in zunehmendem Maße in hängigem Gelände geplant werden müssen. Eine Bebauung solcher Flächen erfordert in Abhängigkeit von der Hangneigung besondere Formen der Bebauung und spezifische Lösungen, die es ermöglichen, die topographischen Bedingungen auf effektive Weise zu nutzen. Bei allen Vorteilen, die eine Bebauung von Hängen für eine interessante und charakteristische städtebaulich-architektonische Gestaltung von Wohngebieten bietet, tritt dabei doch eine Vielzahl von Problemen auf, die im Interesse wirtschaftlich vertretbarer Planungen gelöst werden müssen.
Die Autoren legen in einem Beitragskomplex ihre wichtigsten Forschungsergebnisse zur rationellen Planung von Wohngebieten in hängigem Gelände dar. Dazu gehören Bebauungsschemata für unterschiedliche Hangneigungen, Aussagen zum Flächenbedarf, zur Gebäudegestaltung bei Wohn- und Gesellschaftsbauten, zu technologischen Möglichkeiten und Anforderungen der Erschließung und der Montage sowie zur Verkehrs- und Freiflächenplanung. Der Beitragskomplex enthält neben generellen Hinweisen zahlreiche praktische Planungsgrundlagen in Form von Tabellen und Schemata.

Содержание

УДК 711.432 711.4 — 167/168

Krenz, G.

Берлин — строить за настоящее и будущее

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 6, стр. 329—333, 8 илл.

Важней задачей в рамках строительной деятельности в ГДР является дальнейшее оформление столицы Берлина. И здесь на переднем фоне стоит осуществление долгосрочной программы жилищного строителства. С 1971 до 1978 гг. в Берлине построили ок. 65 000 новых и модернизовали 20 000 дальнейших квартир. Началось строение новых жилых районов, среди них Берлин-Марцан на 100 000 жителей. В честь 30-й годовщины со дня основания ГДР в настоящем году будут окончены жилой район на улице Лейпцигер Штрассе, гостиница Паласт-Хотель, новый универмаг «Центрум» и дворец пионеров. В состав самых больших объектов капитального строительства в центре города входят строение Шарите, самого современного медицинского центра в ГДР, реконструкция исторического ансамбля на площади академии и центр спорта и отдыха.

УДК 711.58 (—201) 72.092:725/727

. . .

Конкурс Берлин-Марцан
Главный общественный центр

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 6, стр. 334—345,
16 иллюстр., 19 планов, 3 разреза, 3 вида, 6 перспектив

Органиченный на сотрудников комбината конкурс на главный общественный центр района-новостройки Берлин-Марцан был объявлен народным предприятием Бау- унд Монтажекомбинат Инженерхохбау Берлин. Он должен был эффективно содействовать оформлению центров новых жилых районов. Кроме общепринятых заданий и принципиальных требований относительно высокого качества и эффективности решений, условия конкурса включили ясное ориентирование на необходимую комплексность обработки и высокий степень вторичной применяемости предложенных решений на других жилых районов столицы ГДР. В статье представлены пять работ, которые все включают ценные размышления, направленные в дальнейшую квалификацию общественных устройств комплексного жилого строительства. Можно сказать, что этот конкурс был эффективным методом коллективной разработки новых функциональных, проектных, конструктивных, технологических и экономических решений для общественных устройств в рамках подготовки новых комплексов капитальных вложений.

УДК 72.03 „Bauhaus Weimar"

Schädlich, Ch.

Архитектура Баухауза в г. Веймаре

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 6, стр. 346—355, 29 илл.

Автор, профессор вуза архитектуры и строительства в Веймаре, представляет по поводу 60-й годовщины основания Баухауза исходные пункты и принципиальные теоретические основания этого прогрессивного развития в истории архитектуры. На основе многих примеров он объясняет направляющие работы ведущих архитекторов Баухауза. Выдающиеся архитекторы и художники, как напр. В. Гропиус, А. Мейэр, Л. Фейнингер, Ф. Форбат, Г. Мухе и М. Бройэр в то время создали важные работы и проекты. Из широкого спектра тем и проектов представлены: Разработанный Гропиусом «Строительный ящик крупных размеров», проект серийных домов по системе сотов, экспериментальны дом Баухауза, наброски конкурса на этажные здания рядовой застройки, жилые дома с малыми квартирами и выполненные отдельные дома.

УДК 711.581 711.6/8 69.035

Kress, S.; Mehnert, W.; Heger, W.; Günther, H.; Arlt, G.

Рациональное строительство на откосной территории

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 6, стр. 356—371,
Больщое число планов, иллюстраций и таблиц

Во многих городах ГДР ровные местности, особенно в южных округах, уже застроены. Так, новые жилые районы часто должны быть запланированы на откосной территории. В зависимости от величины уклона, застройка таких площадей требует специфичные решения, позволяющие эффективное использование топографических условий. Несмотря на преимущества интересного и характерного градостроительно-архитектурного оформления жилых районов, при этом возникают проблемы, которые должны быть решены в интересах экономического планирования. В настоящем комплексе статей авторы представляют важнейшие результаты исследований рационального планирования жилых районов на откосных местностях. Указанные работы включают схемы застройки различных уклонов, высказывания о потребности в площади, об оформлении жилых и общественных зданий, о технологических возможностях и о требованиях инженерного открытия, монтажа и планировании площадей, занятых дорогами, улицами и другими транспортный сооружениями и незастроенных пространств. Кроме общей информации, комплекс статей также содержит большое число данных из практического планирования, приведенных в виде таблиц и схем.

Summary

DK 711.432 711.4 – 167/168

Krenz, G.

Berlin – Construction for Now and Tomorrow 329

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 6, pp. 329–333, 8 illustrations

Continued building activity for the renewal of Berlin is a priority in the building sector of the GDR. Emphasis is being laid, like elsewhere in this country, on work to implement the GDR's long-term housing construction programme. Roughly 65,000 new dwellings have been completed and another 20,000 modernised in Berlin alone, between 1971 and 1978. More new housing areas are under construction, including the one of Berlin-Marzahn where dwellings will be provided for 100,000 residents.
Among the structures which will be completed in the course of 1979 in honour of the 30th anniversary of the GDR are Leipziger Strasse housing area, Palast Hotel, another Centrum department store, and the Young Pioneers' Palace of Berlin. The buildings of Charité, the most modern medical centre of the GDR, renewal of "Platz der Akademie", a cluster of historic bulidings and monuments, and a big new centre for leisure sports and recreation are some of the biggest new building projects in the centre of the GDR capital.

DK 711.58 (–201) 72.092 : 725/727

. . .

Berlin-Marzahn Contest – Community Precinct 334

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 6, pp. 334–345,
16 illustrations, 19 floor plans, 3 sections, 3 views, 6 perspectives

An intra-company contest has been instituted by VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin for the community precinct of Berlin-Marzahn, a new housing area now under construction. The contest is intended to be a palpable contribution to the design and layout concept of centres of new housing areas as a whole. While all the usual demands and policy requirements were included, such as good quality and high effectiveness of solutions proposed, new elements were added to the contest rules, among them an unambiguous orientation towards complexity of approach and a very high re-use potential of all conceptualised solutions for other housing areas of the GDR capital. Valuable contributions to further improvement of public buildings and amenities in complex housing construction are contained in the five entries published. The contest may be considered as an effective and orientating method for the collective treatment of new solutions for public service structures and for more efficient preparation of investment ventures. The potential benefits are of functional, architectural, structural, technological, and economic nature.

DK 72.03 „Bauhaus Weimar"

Schädlich, Ch.

Architecture of Weimar Bauhaus 346

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 6, pp. 346–355, 29 illustrations

The author of this article, professor at the School of Architecture and Building Design in Weimar, makes reference to the foundation of Bauhaus in Weimar, 60 years ago. He elaborates on the points of departure and principal theoretical foundations of this progressive development so far unique in the history of architecture. Many examples are quoted in an account of vanguard achievements made by senior architects affiliated to the Bauhaus of Weimar. The names of important and outstanding architects and sculptors are linked to projects, design solutions, and individual creations of that period in history. W. Gropius, A. Meyer, L. Feininger, F. Forbat, G. Muche, and M. Breuer are some of them.
Here are some of many subjects, themes, and projects described in text and illustrations: the "macro-building-box" by Gropius for apartment houses, a project for standard houses by the honeycomb system, the experimental structure of Bauhaus, drafts of multi-storey row buildings which had been prepared for contests, blocks with small flats, and completed detached residential houses.

DK 711.581 711.6/8 69.035

Kress, S.; Mehnert, W.; Heger, W.; Günther, H.; Arlt, G.

High-Economy Construction on Sloping Ground 356

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 6, pp. 356–371,
numerous plans, illustrations, and tables

Most of the even ground in many towns of the GDR, and more particularly in the southern regions, has already been used up in construction. More and more new housing areas, therefore, have to be planned for completion on sloping ground. Any construction on such ground requires, depending on the given angle of inclination, special forms of building and specific solutions by which optimum advantage can be taken of the given topographic conditions. With all the potential advantages provided by sloping ground for attractive, extraordinary, and characteristic design and layout of housing areas, there is a sizeable number of problems which have to be tackled and resolved in terms of economically justifiable planning.
An account is given by the authors of their own most important results obtained from studies into high-economy planning of housing areas on sloping ground. Included are site diagrams for various inclinations, data on space requirements, information on the design of housing and public bulidings, reference to technological possibilities and to demands on exploration for service installations. Also covered are aspects relating to assembly as well as to the planning of traffic areas and open spaces. Suggeltions of general validity are presented, together with many practice-oriented planning concepts in the form of tables and diagrams.

Résumé

DK 711.432 711.4 – 167/168

Krenz, G.

Berlin – des constructions pour aujourd'hui et demain

Architektur der DDR, Berlin 23 (1979) 6, p. 329–333, 8 illustrations

L'aménagement ultérieur de Berlin, capitale de la R.D.A., constitue le point crucial des activités de construction dans notre République. La réalisation du programme de construction de logements à long terme de la R.D.A. se trouve, éaglement ici, au centre de l'intérêt. De 1971 à 1978, on a édifié à Berlin env. 65 000 nouveaux logements et 20 000 autres logements ont été modernisés. De concert avec l'édification de nouvelles zones résidentielles parmi lesquelles la région de Berlin-Marzahn pour 100 000 habitants, d'autres objectifs seront réalisés.
On va achever en cette 30e année de la fondation de la R.D.A. la zone résidentielle Leipziger Strasse, l'Hôtel du Palais, un nouveau grand magasin Zentrum et le Palais des Pionniers. Parmi les projets de construction les plus grands au centre-ville, on compte la Charité, centre médical le plus moderne de la R.D.A., la reconstruction de l'ensemble historique à la Place de l'Académie et la construction d'un Centre de sport et de récréation attractif.

DK 711.58 (–201) 72.092 : 725/727

. . .

Concours pour Berlin-Marzahn
Zone sociale principale

Architektur der DDR, Berlin 23 (1979) 6, p. 334–345,
16 illustrations, 19 sections horizontales, 3 coupes, 3 vues d'ensemble,
6 perspectives

La VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin a promu un concours au sein du Combinat pour la zone sociale principale de la nouvelle zone résidentielle de Berlin-Marzahn.
Il sert au but de fournir une contribution remarquable à l'aménagement de nouveaux foyers résidentiels. Outre les données courantes préfixées et exigences principales quant à une qualité et efficience élevées des solutions, le concours englobait une orientation distincte vers un traitement complexe et un degré de réutilisation élevé des solutions conçues pour d'autres zones résidentielles dans la capitale, Berlin. Tous les cinq projets du concours présentés contenaient de précieuses suggestions concernant le perfectionnement ultérieur des établissements sociaux de la construction de logements complexe. On peut estimer que ce concours était une méthode efficace et dirigée pour l'élaboration collective de nouvelles solutions pour établissements sociaux (sous l'aspect fonctionnel, architectural, constructif, technologique, économique) en vue de la préparation de nouveaux complexes d'investissement.

DK 72.03 „Bauhaus Weimar"

Schädlich, Ch.

L'architecture au Bauhaus de Weimar

Architektur der DDR, Berlin 23 (1979) 6, p. 346–355, 29 illustrations

A l'occasion du 60e anniversaire de la fondation du Bauhaus à Weimar, l'auteur, professeur à l'Ecole supérieure de l'Architecture et du Bâtiment de Weimar, décrit les points de départ et les fondements théoriques principaux de ce développement progressiste dans l'histoire de l'architecture et il explique à l'aide de nombreux exemples les travaux pilotes d'architectes renommés du Bauhaus de Weimar. Les réalisations, projets et études qui sont nés à cette époque-là, sont liés aux nomes d'architectes et d'artistes sculpteurs comme W. Gropius, A. Meyer, L. Feininger, F. Forbat, G. Muche et M. Breuer.
De ce vaste spectre des thèmes et projets traités, l'auteur présente par texte et illustrations les suivants: le «jeu de construction en grand» étudié par Gropius pour maisons d'habitation, le projet pour maisons en séries selon le système à nid d'abeilles, la maison-type du Bauhaus, des projets de concours pour maisons à etages en bandes, maisons d'habitation avec mini-logements ainsi que des villas réalisés.

DK 711.581 711.6/8 69.035

Kress, S.; Mehnert, W.; Heger, W.; Günther, H.; Arlt, G.

Constructions rationnelles sur terrains en pente

Architektur der DDR, Berlin 23 (1979) 6, p. 356–371,
avec de nombreux plans, illustrations et tableaux

Dans de nombreuses villes de la R.D.A. surtout dans les districts méridionaux, les surfaces planes sont déjà largement bâties si bien qu'il faut projeter de nouvelles zones résidentielles dans une mesure crossante sur des terrains en pente. La construction sur ces surfaces demande en fonction de l'inclinaison de la pente, des formes particulières de construction et des solutions spécifiques permettant d'utiliser efficacement les conditions topographiques. Malgré tous les avantages que présente la construction sur des pentes pour une réalisation urbaniste et architectonique intéressante de foyers résidentiels, on rencontre de nombreux problèmes que l'on doit résoudre dans l'intérêt de planifications économiquement discutables.
Les auteurs expliquent dans cet article leurs résultats de recherche les plus importants en vue d'une planification rationnelle de zones résidentielles sur des terrains en pente. En font partie des schémas du sol pour différentes inclinaisons de la pente, informations concernant l'encombrement, l'aménagement d'immeubles d'habitation et sociaux, concernant les possibilités technologiques et les exigences de l'exploration et du montage ainsi que concernant la planification du trafic et de surfaces libres. L'article concernant la planifacation du trafic et de surfaces libres. L'article contient outre des remarques généraux également des bases de planification pratique sous forme de tableaux et de schémas.

Index 31 409